

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pro Nummer 10 Pf., wöchentlich 30 Pf., drei Monate 80 Pf., halbjährlich 1.50 Mark, jährlich 3.00 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags- und Feiertagsausgaben 10 Pf. Post-Zuschlag 1.10 Mark pro Monat. Eintragung in die Post-Zustellungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die hochgestellten Anzeigen oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (freigelegte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengelichte und Stellenstellen-Anzeigen das erste Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Fortsetzung über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 16. Oktober 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Schnapstrinken ist Unterstützung der Junker und der Regierung! Arbeiter, Genossen! beachtet den Parteitagbeschluss, den Branntweinboykott!

Der König und die Etatskrise.

London, 13. Okt.

In einer Zeit politischer Spannung und Ungewissheit, wo die Parteien fast gegen ihren Willen sich in einem heftigen Kampfe befinden, sind Gerüchte und Mutmaßungen unvermeidlich. Besonders aber sind Audienzen der Minister und Parteiführer beim König sehr geeignet, zu unbegründeten Spekulationen den Anlaß zu geben. So wird jetzt viel über Kompromißverhandlungen zwischen Unter- und Oberhaus in Sachen des Etats spekuliert, da Asquith, Balfour und Lansdowne beim König waren. Es soll hier gleich gesagt werden, daß diese Spekulationen aus liberaler Quelle kommen. Der konstitutionelle Kampf ist einem großen Teile der Liberalen unangenehm und sie appellieren an den König — an „Eduard den Friedensstifter“ —, die Führer der beiden Parteien zu einer gemeinschaftlichen Konferenz zusammenzubringen. Dagegen hebt die konservative Presse die konstitutionelle Stellung des Königs hervor, die ihm verbietet, die Nation politisch zu beraten.

Da es in England keine geschriebene Konstitution gibt, sondern konstitutionelle Gebräuche, Resolutions und Ansichten, die der Wirklichkeit folgen und sich mit ihr verhalten und entwickeln, so läßt sich die Frage über die konstitutionelle Stellung des Monarchen nicht mit einem Hinweis auf diesen oder jenen Paragraphen abmachen.

Der König von England könnte, wenn die Freiheitsliebe und die Wachsamkeit der Nation nachließen, ebenso die Regierung befürsorgen, wie der russische Zar das russische Reich. Es würden sich schon Staatsrechtslehrer finden, die einen derartigen Staatsstreich gesetzlich begründen könnten.

In England ist in der Regel das Gesetz reaktionär, die Wirklichkeit freibeweglich. Das Gesetz hinkt der Wirklichkeit nach. Zuerst kommt die Wirklichkeit, dann kommen Gewohnheit und Gebrauch als Anpassungen an die Wirklichkeit, und erst langsam erneuert sich dementsprechend das Gesetz, teils durch richterliche Interpretationen, teils durch parlamentarische Akte. Die Stellung der Richter in England ist deshalb eine sehr hohe.

Die zwei hervorragendsten Staatsrechtslehrer Englands sind gegenwärtig Dicey und Anson. Ueber die Stellung der königlichen Macht in England sagt Dicey: „In ihrem Kampfe mit der königlichen Macht haben die Führer des englischen Volkes nie versucht, die Autorität der Krone als Staatsoberhaupt zu vernichten oder zu zerstreuen, ausgenommen in Zeiten revolutionärer Stürme. In der Regel ging ihre Politik dahin, die Macht des Königs unberührt zu lassen, aber die Handlanger der Krone an ein gewisses Verfahren zu binden, das vorerst die Herrschaft des Gesetzes und dann die Souveränität des Volkes sichert.“

Und Anson erklärt: „Die Rolle der Krone dem Parlamente gegenüber ist, den Rat ihres Volkes anzunehmen und Gesetze zu machen, aber nicht irgend eine Politik zu formulieren, zu unterbreiten oder zu verteidigen.“

Die englische Krone ist jetzt machtlos, aber da sie existiert, ist sie einflußreich. Die Parteien können sich ihrer bedienen und ihr in Streitfällen die Rolle des Vermittlers zuweisen. Die eine oder die andere Partei ruft in solchen Fällen nicht die Macht der Krone an, sondern ihren Einfluß.

Was das Verhältnis des Königs zur Etatskrise ist, dürfte aus folgenden Stimmen der heute erschienenen Londoner Zeitungen hervorgehen. Die Bedeutung, die den Audienzen der Oppositionsführer beim König zugeschrieben wird, wird nach Ansicht der „Times“ von vielen übertrieben. Die Audienzen mühten auf Anraten des Premierministers erteilt worden sein. Allein mehr als Informationen entgegenzunehmen, konnte der König nicht. „Der König bemühte sich, genaue Informationen aus erster Hand zu erhalten über die Ansichten der beiden Parteien betreffend die ungewöhnlich heikle und schwierige Lage, die jetzt das politische Leben Englands beherrscht. Alle Spekulationen, die darüber hinausgehen, haben keinen Sinn. . . . Irgendwelche Unterhandlungen konnten nicht stattfinden und haben tatsächlich nicht stattgefunden.“

Der „Standard“ ist ähnlicher Ansicht. Die Audienzen der Parteiführer konnten nur auf Veranlassung des Premierministers gewährt worden sein. „Was die Haltung des Königs betrifft“, sagt das konservativ-katholische Blatt, „so ist keine Mutmaßung statthaft. Indem der König die offiziellen Führer der Opposition zu sich berief, konnte er nur dem Räte des Premierministers folgen. . . . Die Frage ist also: Was bezweckt Asquith?“ Das Blatt antwortet, er wünsche einen Ausgleich, da er den konstitutionellen Kampf nicht wünsche und nur von Lloyd George und Winston Churchill zum Kampf gedrängt werde.

„Daily Telegraph“ hält dafür, daß die Einladung des Königs an Lansdowne und Balfour eine unerhörte Entwidlung sei, die auf die unerhörte Etatskrise folge. „Allein die Umstände dieser Audienz seien derart, daß sie den König von aller Verantwortlichkeit, die mit den konstitutionellen Funktionen der Krone nicht vereinbar ist, freisprechen. Die Initiative kam von Mr. Asquith, der des Königs hauptsächlichster Berater ist. Jeder Forscher der Konstitution weiß, daß diese merkwürdige Episode nur das Ergebnis der Initiative des Premierministers sein konnte.“

Nach der „Daily News“ hat sich der Premierminister mit dem König in Verbindung gesetzt, um ihn zu veranlassen, den Führern der Mehrheit der Lords mitzuteilen, daß, falls sie keine Mehrheit für den Etat zusammenbringen könnten, der König bereit sei, durch einen Pairsschub (durch Schaffung der nötigen Zahl von Lords) ihnen die nötige Mehrheit zu geben. Bekanntlich wurde ein ähnlicher Druck im Jahre 1832 auf das Oberhaus ausgeübt, als dieses sich weigerte, die Reformbill (Reform des Wahlrechts zugunsten der Mittelklasse) passieren zu lassen.

Aus allen diesen Stimmen ergibt sich die herrschende Ansicht über die konstitutionelle Stellung der Krone, die nur auf Veranlassung des Premierministers, das heißt des Führers der parlamentarischen Mehrheit, in die Politik als Vermittlerin eingreifen kann. Im übrigen ist die Nachricht, daß der König persönlich für die Annahme des Etats ist, seit Wochen bekannt. Der Pariser „Lemps“ fügte sogar hinzu, daß der König die Folgen eines eventuellen konstitutionellen Kampfes für sehr ernst halte.

Zum Wahlkampf.

Freisinn und Staatssteuern.

Die offiziellen Organe des Freisinn, die Moniteure der Fischel, Wiemer und Genossen, die in der Durchführung der Massenaktion Unmögliches leisten, suchen es, entgegen den von uns des öfteren geschilderten tatsächlichen Vorgängen immer wieder so hinzustellen, als seien die freisinnigen Parteien angehöriger Mitglieder des Abgeordnetenhauses unschuldig daran, daß die Bevölkerung, vor allem die Beamten, Lehrer und Gewerbetreibenden, gleichzeitig mit der Steuererschöpfung durch das Reich auch eine solche durch den Staat über sich ergehen lassen müssen. Wir fühlen dem Freisinn nach, wie unangenehm es ihm ist, an seine Sünden erinnert zu werden, zumal in einem Moment, wo sein Liebesgierren um die Stimmen des Mittelstandes den Höhepunkt erreicht hat; aber das Interesse an der Wahrheit verbietet es uns, irgendwelche Rücksichten auf ihn zu nehmen.

Als die Regierung zu Beginn der verfloffenen Landtagsession neben der sogenannten Gesellschaftsteuer u. a. eine Erhöhung der Steuern für alle Einkommen über 7000 M. verlangte, da war es der Redner der freisinnigen Volkspartei, Abg. Dr. Wiemer, der am 31. Oktober mit dem ihn auszeichnenden Prusten der Heberzeugung mit Rücksicht auf den Mittelstand vor einem solchen Experiment warnte. Wirklich erklärte er nach dem amtlichen Stenogramm:

„Wir glauben, daß auch bei einer Grenze von 7000 M. solche Kreise des Mittelstandes in Betracht kommen, denen eine Steuererhöhung in diesem Augenblick außerordentlich schwer fallen würde, und für uns ist die Frage wohl erwägenswert, ob man nicht die Grenze heraufsetzen soll. Gegen eine Herabsetzung würden wir uns entschieden aussprechen müssen.“

Am 31. Oktober also wollen die Freisinnigen von einer Belastung des Mittelstandes mit neuen direkten Steuern nichts wissen; da sprechen sie sich noch „entschieden“ gegen eine Herabsetzung der Einkommensgrenze, von der ab die Steuern erhöht werden sollen, aus. Und wenige Monate später schieben sie hinter den Kulissen in der Kommission mit den Konservativen, den Nationalliberalen und dem Zentrum ein Kompromiß, dem zufolge sogar die Einkommen von mehr als 1200 M. stärker bluten sollen. Dies schone Verhalten ging selbst waschechten Blodfreisinnigen über die Gutschnur. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Rommsen veröffentlichte einen Artikel, worin es u. a. heißt:

„Die Tatsache, daß sich an dem in der Steuerkommission des Abgeordnetenhauses zustande gekommenen Kompromiß auch die freisinnigen Mitglieder beteiligt haben, wird in freisinnigen Kreisen zur Zeit lebhaft und, wie dürfen sagen, keineswegs zustimmend besprochen. Die Steuerzuschläge sollen, wie bekannt, entgegen dem ersten Vorschlag der Regierung bereits bei einem Einkommen von 1200 M. beginnen. Man darf mit Recht fragen, ob eine solche Maßnahme dem bisherigen Standpunkt der Freisinnigen entspricht, der eine Mehrleistung der niedrigen Einkommen schon mit Rücksicht auf die drohende Erhöhung der indirekten Steuern im Reich vermieden wissen wollte.“

Erst als dieser Artikel erschienen war, stellten die Freisinnigen ein Loch zurück, indem sie im Plenum wenigstens die Freilassung der Einkommen von 1200 bis 3000 M. kontrahierten; allerdings vergeblich: das Abgeordnetenhaus beschloß mit überwältigender Mehrheit, auch diese Steuerklassen zu schröpfen.

Trotzdem befaß der freisinnige Abgeordnete Ghysling die Dreistigkeit, in der Plenarsitzung am 19. Februar seine Freunde als diejenigen zu bezeichnen, die für die Entlastung der unteren Klassen eintreten wollen. Von den Sozialdemokraten auf den Widerspruch zwischen Freisinnsworten und Freisinnstaten aufmerksam gemacht, suchte Herr Ghysling sich damit herauszubeden, daß ein Kompromiß zwischen Regierung und bürgerlicher Mehrheit vorlag. Gevviß, aber wer in aller Welt hat denn die Freisinnigen zu diesem Kompromiß gezwungen, wer hat sie gezwungen, sich in diametralen Gegensatz zu ihren Worten vom 31. Oktober zu setzen und den Mittelstand so zu belasten? Doch einzig und allein ihre krankhafte Sucht, es mit der Regierung und ihren damaligen Blodbrüdern nicht zu verderben. Alles andere, was die freisinnigen Redner zu ihrer Entschuldigung vordrachten, lief auf leere Ausreden hinaus, an die sie selbst nicht glauben.

Fürwahr, es ist ein starkes Stück, in einer Zeit des wirtschaftlichen Niederganges, in einer Zeit, wo Angehörige des Mittelstandes nicht weniger als Angehörige der Arbeiterklasse in ihrem Einkommen geschmälert sind, zu einer Zeit, wo außerdem noch die Einführung neuer indirekter Reichssteuern unmittelbar bevorstand, einer solchen Maßnahme zuzustimmen. Und wenn die Freisinnigen wenigstens ehrlich gewesen wären und von vornherein Farbe bekant hätten! Aber das liegt nun einmal im Wesen der Führer des heutigen Freisinn, daß sie das Volk durch Nebensorten zu betören und zu belügen suchen. Der Mittelstand aber, der jetzt vor den Wahlen von den bürgerlichen Parteien unworken wird, mag sich bei der konservativ-national-freisinnig-kerifalen Mehrheit des Abgeordnetenhauses bedanken, daß neben der indirekten Steuerlast im Reich auch die direkte Belastung in Preußen immer unerträglicher geworden ist.

Der Mann mit der eisernen Stirn.

In der neuesten Nummer seines Sclandalblattes produziert sich Herr Wilhelm Bruhn, Mitglied des Reichstags, Nachfolger Ahlwardts im Mandat des Wahlkreises Friedberg-Arnswalde und in der geschäftlichen Ausbeutung von Berg-Andanten, wie sein Vorgänger der Erpressung in zahlreichen Fällen dringend verdächtig, als Mann mit der eisernen Stirn. In einem schwülstigen Artikel, dessen hohlem Dorfschmierenspathos man auf 100 Meter anhört, daß es mit dem Brustton edler Entrüstung nicht näher verwandt ist, als der Regenwurm mit dem Menschen, schildert er sich als den reinen und unerfrockenen Kämpen gegen stinkende Korruption. Herr Bruhn hat den Geschma, an die Spitze folgende Stelle aus dem Artikel abzurufen, mit dem sich die erste Nummer des Unternehmers zur Ausbeutung der Schande und des Unglücks einführt. Die Worte sind wert, wiedergegeben zu werden, sie sind ein schlagendes Beispiel dafür, was Leute vom Schlage Bruhns, was Plätter wie die „Wahrheit“ ihren Lesern bieten dürfen. Also sprach die „Wahrheit“ am Tage ihrer Geburt:

„Wer die Wahrheit als Evangelium künden will, weiß von vornherein, wo seine bittersten Gegner sitzen. Und er weiß auch, daß die herrschenden Gewalten wider ihn sein werden, weil sie ihr Dasein bedroht fühlen; weiß, daß sie kein Mittel scheuen, ihn zu vernichten. Wer also für die Wahrheit scheid, muß sich pangern vom Kopf zum Fuß und gewappnet sein jede Stunde des Tages für alle Fälle. So treten wir denn die Reise an, der in nebliger Ferne ein lodendes Ziel winkt. Mit jedem Tage wollen wir weiterbringen, bis die nächtlichen Schleier fallen und helles Licht uns den Tag erhellt. Der Wahrspruch aber, unter dem wir siegen wollen, soll heißen wie jener in des werdenden Reiches Jugendtagen:

„Wer die Wahrheit komet und sie nicht spricht,
 Der bleibt fürwahr ein erbärmlicher Wicht.“

Und heute schließt Herr Bruhn:

„Der Tag der Abrechnung aber wird kommen, und ein reinigendes Gewitter wird den Horizont erhellen. Unser Schild ist rein und unser Schwert ist blank. Wir werden uns, bauend auf eigene Kraft, gegen eine Reute ins Feld stellen, die zahllos ist wie der Sand am Meere. Und die „Wahrheit“ soll unsere Parole sein und unser Schlachtruf soll heißen: Dieu et mon droit! Und wir werden siegen, weil unsere Sache gut und unser Kampf ehrlich ist.“

Früher ist wohl selten die deutsche Sprache zu unsauberem Zwecken gemißbraucht worden.

Wir begnügen uns damit, hierher zu sehen, was das einstige Organ des Bruhn, die antimilitärische „Staatsbürger-Zeitung“, heute über das Organ des Gefinnungs-genossen von der anderen Fraktion schreibt. Da heißt es:

„Als Sclandalblatt schlimmster Sorte muß jedoch die von dem Reichstagsabgeordneten Wilhelm Bruhn herausgegebene „Wahrheit“ bezeichnet werden. In diesem Blatt wurde ziemlich planmäßig das Privatleben reicher und hochgestellter Personen dem öffentlichen Sclandal preisgegeben. Davor behüten konnte man sich nur dadurch, daß man der „Wahrheit“ durch Inseratenaufträge etwas zu verdienen gab. . . .“

Erfreulicherweise melden die Zeitungen, daß nun auch gegen den Verleger der „Wahrheit“, den Reichstagsabgeordneten Bruhn, das Ermittlungsverfahren eingeleitet ist. Hoffentlich gelingt es dem Gericht, das öffentliche Leben nicht nur von dem Blatt die „Wahrheit“, sondern überhaupt von den gesamten erbärmlichen Schundblättern wie die „Wahrheit“ zu befreien. Beachtenswert ist es, daß der Bahnhofsbandhandel neben anderer zweifelhafter Literatur bisher auch die „Wahrheit“ vertrieb. Hoffentlich befreit der Eisenbahnminister endlich die Bahnhöfliteratur von der Schundpresse und Schundliteratur.

Aber auch ein verdienstliches Werk würde es sein, wenn Herr Bruhn endlich einmal aus dem Reichstagsverstande verschwinden würde. Daß er sein Mandat selbst niederlegt, ist wohl nicht zu erwarten. Abg. Bruhn ist in Friedberg-Arnswalde als „Antisemit“ gewählt.

Wir haben neulich die „Staatsbürger-Zeitung“ ein hundsgemeines Blatt genannt und halten diese Bezeichnung auch jetzt aufrecht, da dieses antisemitische Organ sich bis jetzt noch nicht entschlossen hat, mitzuteilen, daß Genosse Gengsbach sofort die Klage gegen die Wieggersöhne und Richter eingeleitet hat, daß er den bekannten Brief als einen Lügenbrief bezeichnet hat. Über demgegen ist die „Staatsbürger-Zeitung“ im vorliegenden Falle um so unverständlichere Zeugin. Sie würde den antisemitischen Mitbruder — und wenn er auch nicht zur Gruppe der „Staatsbürgerin“, der Wirtschaftlichen Vereinigung, sondern zur Reformpartei gehört — sicher nicht preisgeben, wenn ihr nicht selbst die Bedung durch bloßes Stillschweigen zu gefährlich wäre. Uebrigens kommt dies Bedürfnis nach der Entfernung Bruhns aus dem Reichstag einige Jahre zu spät!

Auf die ihn vernichtende Erklärung des Antisemitbundes geht Herr Bruhn übrigens bezeichnenderweise gar nicht ein. Er unterschlägt sie seinen Lesern völlig. Der Mann mit der eisernen Stirn kann also nach Bedarf auch ein vorhöflicher Mann sein!

Wie lange, und trotz aller großen Worte wird er auch ein für die Öffentlichkeit toter Mann sein. Es bestätigt sich, daß gegen den antisemitischen Abgeordneten Bruhn das Strafverfahren wegen versuchter und vollendeter Erpressung eingeleitet ist. Die Voruntersuchung führt der Landgerichtsrat Schmidt. Ferner wird gemeldet, daß die Rechtsanwälte Werthauer und Puppe Strafantrag gegen Bruhn wegen Beleidigung gestellt haben. Herr Bruhn will sich freilich revandieren. Er verkündet, daß er seinerseits gegen die Rechtsanwälte Werthauer und Puppe und außerdem gegen Dajsel Beleidigungsklage erhebe. Gleich nach dem Prozeß hieß es, daß Herr Bruhn die Urheber der Verdächtigungen wider ihn verklagen wolle. Man konnte das nur so verstehen, daß der Herr die Zeugen, die den Herren Werthauer und Puppe zur Verfügung stehen, unschädlich machen wollte, indem er sie verklagte. Ob er diese edle Absicht noch hat, ist nicht bekannt. Aber auch durch solches bezeichnende Verfahren würde er sich schwerlich retten können. Denn die Verfolgung wegen Erpressung müßte allen diesen Klagen vorgehen. Und wenn sie erledigt ist, so dürften auch Herr Bruhn und seine Klagen erledigt sein!

Wann aber wird ihn der Schnapsbott, wann wird ihn vor allen Dingen die Rechte des Reichstags zur Niederlegung seines Mandats auffordern?

Neue Reichsverbands-Lügen.

Durch die bürgerliche Presse läuft folgende aus der „Korrespondenz des Reichsverbandes“ stammende Notiz: „Zu der Arbeiterschädigungsfrage in der Tabakindustrie geht uns folgendes Stimmungsbild aus Hamburg zu: In der ersten Woche nach Inkrafttreten des Gesetzes, mit dem gleichzeitig der Unterstützungsanspruch arbeitslos gewordener Arbeiter der Tabakindustrie begann, wurden in Hamburg bei der zuständigen Zahlstelle 120 Arbeiter als entlassen infolge der neuen Tabaksteuer angemeldet. Nun gibt es dort, abgesehen von den kleinen und weniger in Betracht kommenden Betrieben, etwa 30 Fabriken, für die ungefähr dieselben Voraussetzungen in bezug auf Produktionsbeschränkungen und Arbeiterentlassungen vorliegen. Trotzdem entließen von den 120 als unterstützungsbedürftig angemeldeten Arbeitern allein 80 auf eine, und zwar sozialdemokratische, Fabrik. Während also die bürgerlichen Arbeitgeber zunächst noch bemüht waren, ihre Arbeiter zu halten und selbst unter persönlichen Opfern durch Fortsetzung der Produktion die Arbeitsgelegenheit zu wahren, hatte die sozialdemokratische Fabrikleitung nichts Eiligeres zu tun, als ihre Pflichten gegen die Arbeiter auf den Staatsfußel zu schieben, indem sie diese zu Staatspensionären machte, die wenigstens drei Viertel ihres Arbeitslohnes als Unterstützung erhalten.“

Dazu schreibt uns Rudolf Hackelberg, der Gauleiter des Tabakarbeiterverbandes: „Mit jener „sozialdemokratischen Fabrik“ ist natürlich die Hamburger Tabakarbeiter-Genossenschaft gemeint, und ebenso natürlich ist es der Hwed des Geschreibsels, nicht nur der Verwaltung des Instituts, sondern auch der sozialdemokratischen Partei etwas am Zeug zu flicken. Daß man einen genossenschaftlichen Betrieb, dessen Mitglieder Arbeiter sind, ohne weiteres zu einem „sozialdemokratischen“ Betriebe stempelt, ist eine von jenen Unwissenheiten, die man in der dem Reichsverbande nahestehenden Presse unausgesetzt findet. Hierüber zu schreiben, verlohnt sich nicht.“

Wie liegt nun die Sache mit der Betriebsbeschränkung der Genossenschaft? Zunächst sei die Tatsache konstatiert, daß eine solche eintreten mußte. Die hiesige Fabrik der Tabakarbeiter-Genossenschaft fabrizierte dorgungsweise Zigarren, welche zu 6 Pf. detailliert wurden. Diese Sorten mußten durch die Wertsteuer im Verkaufspreise erhöht werden, und deshalb war von vornherein auf einen ganz bedeutenden Rückgang des Absatzes zu rechnen. Da verfuhr nun die Verwaltung der Genossenschaft nicht ebenso wie die meisten anderen Fabrikanten, daß heißt, sie setzte nicht die Art der Produktionsbeschränkung nach eigenem Ermessen fest, sondern sie schlug den für ein Arbeiterinstitut gebotenen Weg ein, die Art der Einschränkung mit dem Arbeiterausschuß des Betriebes und den Vertretern der Tabakarbeiterorganisationen zu vereinbaren. So wurde festgelegt, daß keine Entlassungen vorgenommen werden sollten, sondern Schichtwechsel in der Weise einzutreten habe, daß je ein Teil der Arbeiter umschichtig vierzehn Tage arbeiten und dann zwei Wochen feiern sollte. Diese Methode der Einschränkung erschien allen Beteiligten als die beste, da durch sie die Schädigung gleichmäßig verteilt und nicht nur einem Teile auferlegt wird. Die Rechnung war richtig, aber — ohne den Wirt gemacht, der in diesem Falle die Hamburger Zollbehörde war. Diese äußerte zunächst nur den Wunsch, die Verwaltung möge vom Schichtwechsel absehen, da dadurch für die Behörde viel Schreibeerei entfiel. Als die Verwaltung und die beteiligten Arbeiter ablehnten, erhielt die erstere vom Hauptkonsul Hamburg den schriftlichen Befehl, daß, falls der Schichtwechsel eintrete, die aus dem Betriebe tretende Schicht nicht als auf Grund der Tabaksteuererhöhung entlassen betrachtet würde und seine Unterstützung zu beanspruchen hätte!

Gegen diese Auffassung wandte sich die Genossenschaftsverwaltung beschwerdeführend an die Senatskommission für das Zollwesen. Als endlich von dieser entschieden wurde, daß der Schichtwechsel eintreten könne, waren mehrere Wochen vergangen, ein Teil

der feiernden Genossenschaftsmitglieder hatte anderswo Arbeit erhalten, so daß der geplante Schichtwechsel durch die Weislaufigkeiten der Behörden verzögert war. Hinzu kam noch, daß die Bremer Zollbehörde eine ganz eigenartige Methode bei der Entschädigung der am Schichtwechsel beteiligten Arbeiter befolgte und Anzeigen vorlegte, daß man ähnliches auch in Hamburg erwarten dürfte. Man zahlte nämlich dort dem feiernden Arbeiter das an Entschädigung weniger, was er in den Arbeitswochen mehr als Dreiviertel seines früheren Verdienstes erzielt hatte! Da absolut keine Veranlassung vorlag, dazu beizutragen, daß der Verdienst der Tabakarbeiter allgemein auf drei Viertel seines sonstigen Betrages herabgedrückt würde, so verzichteten die Beteiligten — also auch in diesem Falle: die Verwaltung, der Arbeiterausschuß, die Vertreter der Organisation — auf den Schichtwechsel. Dies die Tatsachen der Betriebsbeschränkung der Tabakarbeiter-Genossenschaft.

Das, was nun noch in jener Notiz von den „bürgerlichen“ Arbeitgebern gesagt wird, welche „zunächst noch bemüht waren, ihre Arbeiter zu halten und selbst unter persönlichen Opfern durch Fortsetzung der Produktion die Arbeitsgelegenheit zu wahren“, ist ein Geschwafel, über welches auch die hiesigen Fabrikanten lachen werden. Trotzdem die hiesigen Fabrikanten Zigarren in billiger Preislage hier überhaupt nicht machen lassen, sondern hierfür ihre Filialen in Süd-, Ost- und Mitteldeutschland haben, somit hierorts Ware herstellen, bei welcher ein wesentlicher Konsumrückgang viel weniger in die Erscheinung treten kann, wurde von vielen Firmen der Betrieb sofort eingeschränkt. Da sie im Gegenzug zur Genossenschaft hier keine Fabriken, sondern ausschließlich Hausarbeiter haben, so brauchten sie allerdings Arbeiterentlassungen weniger eintreten zu lassen; sie gaben eben ihren Hausarbeitern auf, eine geringere Zahl von Zigarren zu liefern! Trotzdem hatten wir im Stadtkomplex schon zwei Wochen nach dem Inkrafttreten der Wertsteuer 300 Arbeitslose, und circa 500 Tabakarbeiter verdienten nur die Hälfte des sonstigen Lohnes. Also mit dem „unter persönlichen Opfern die Fortsetzung der Produktion wahren“ ist es auch nichts. Jetzt treten die Arbeiterentlassungen der von dem Verfasser jener Schreibeerei gepriesenen „bürgerlichen“ Fabrikanten immer mehr ein. Ende voriger Woche betrug die Zahl der arbeitslosen Tabakarbeiter 800, wobei diejenigen Arbeiter nicht gerechnet sind, welche nur die Hälfte resp. zwei Drittel ihres sonstigen Quantum machen dürfen.

Leider ist alle Aussicht vorhanden, daß die hiesigen Zigarrenfabrikanten noch mehr Arbeiter entlassen werden. Also für „Staatspensionäre“ wird von den bürgerlichen Fabrikanten reichlich gesorgt. Auch der Umstand, daß nach den neuesten rigorosen Entscheidungen der Zollbehörden nur ein Bruchteil der Entlassenen eine „Pension“ erhalten dürfte, wird die Fabrikanten nicht veranlassen, die Produktion „unter persönlichen Opfern uneingeschränkt zu lassen“.

Die Generaldebatte über die bayerische Steuerreform.

München, 12. Oktober.

Sie wurde eingeleitet durch den Referenten des Ausschusses und Fraktionsredner des Zentrums, den Bauern doktor Heim, der in einer dreißigminütigen, sachlich sehr geschickten Rede den Standpunkt der Zentrumsfraktion präzisiert. Als Vertreter einer Agrar- und Mittelstandspartei legt er Gewicht auf den zahlenmäßig geführten Nachweis, daß die kleinen Bauern und Handwerker weniger und die mittleren nicht mehr als früher belastet werden. Die Ausführenden der Landwirte gegen die allgemeine progressive Einkommensteuer zu beseitigen. Die Tatsache, daß schon die kleinen Berufs- und Arbeitslosen eine geradezu ungeheuerliche Mehrbelastung erfahren, tut Heim mit der Bemerkung ab, daß diese Einkommen eben bisher viel zu niedrig besteuert waren. Ein großer Teil der Ausführenden des Redners ist dazu bestimmt, die Unmöglichkeit der sofortigen Einführung der Vermögenssteuer nachzuweisen. Es sind dieselben Gründe, die auch später der Finanzminister anführt: Andere Staaten haben die Vermögenssteuer erst eingeführt nach der allgemeinen Einkommensteuer; es müssen erst Unterlagen geschaffen werden zur Ermittlung des Vermögens und der Höhe der Verschuldung, das Rentamtspersonal kann die doppelte Arbeit nicht bewältigen. Das Zentrum lehne die Vermögenssteuer nicht ab, weil aber die Einführung auf sieben Jahre verschoben wissen.

Der Fraktionsredner der Liberalen, der berühmte Dr. Casselmann, anerkennt die Schwierigkeit der gleichzeitigen Einführung einer Vermögenssteuer, hätte sie aber sehr gewünscht. Er wendet sich besonders gegen die neue Gewerbesteuer, die in der Anlage total verschleht wäre. Seinen Jungliberalen „Freunden“ gegenüber, die die Ablehnung der ganzen Reform fordern, betont er ganz zweideutig, daß sie und die Wähler brauchen gar nichts zu sagen haben. Sechs Monate hat der Steuerausfluß gearbeitet, und Dr. Casselmann und seine Fraktion wissen heute noch nicht, ob sie für oder gegen die Gesetzesentwürfe stimmen werden.

Für die sozialdemokratische Fraktion spricht Genosse Dr. Haller mit großer Sachkenntnis in lebhafte, überzeugender Weise. Bei gutem Willen des Zentrums und der Regierung wäre die gleichzeitige Durchföhrung der Vermögenssteuer schon möglich gewesen. Aber das Zentrum wolle nicht, weil in den Reihen der Großgrundbesitzer und der Reichsräte ein großer Widerstand gegen die Vermögenssteuer vorhanden sei. Die Regierung wolle nicht, weil sie immer noch an den Ertragssteuern hänge, „bei denen der Finanzminister gar nichts zu denken brauche“. Im Namen der Fraktion lehnt der Redner die unvollständige und ganz besonders im Tarif unsoziale Steuerreform ab.

Beck, der Redner der Bauernbündler, erklärt seine Zustimmung zu dem Reformwerk, will jedoch den Tarif zugunsten der kleinen und mittleren Einkommen geändert wissen.

Zum Schluß verteidigt der Finanzminister die Stellung der Staatsregierung. Er legt ausführlich die schon von den Referenten angeführten Gründe dar, die für die vorläufige Beibehaltung der alten Ertragssteuern sprechen und redet besonders den Sozialdemokraten sehr eindringlich zu, den Steuergeetzen zuzustimmen.

München, 15. Oktober.

In der heutigen Fortsetzung der Beratung hat das Zentrum eine bedenkliche Verschlechterung der Reform durchgedrückt. Auf seinen Antrag wurde gegen die Stimmen der anderen Parteien das steuerfreie Existenzminimum, das im Regierungsentwurf auf 600 Mark normiert war, auf nur 300 Mark herabgesetzt. Die Sozialdemokraten hatten Steuerbefreiung bis 1200 Mark beantragt, die Liberalen und Bauernbündler waren für 800 Mark.

Weitere Demonstrationen gegen das spanische klerikale Regiment.

Der Sturm der Entrüstung über den feigen Barceioner Justizmord hat Donnerstag und gestern in verschiedenen Orten wiederum große öffentliche Demonstrationen gegen das klerikale Regiment ein Spanien hervorgerufen. Im Pariser Quartier Latin fanden Donnerstagabend wieder größere Menschenansammlungen statt und auf dem Boulevard Saint Germain wurden einige Kloske zerstört. Der Polizei gelang es jedoch, die Menschenmassen ohne ernstere Zwischenfälle auseinanderzutreiben. — Zum Schutze der

spanischen Volkshast waren umfassende Vorkehrungen getroffen. Ministerpräsident Briand erklärte einem Berichterstatter, daß die Straßenkrawalle am Mittwoch nur deshalb einen solchen Umfang angenommen hätten, weil die Aufrechterhalter der Untergrundbahn bis in die Nähe der spanischen Volkshast benutzen konnten.

Auch in Lyon wurde am Donnerstagabend vor dem spanischen Konsulat eine lärmende Kundgebung veranstaltet. Als ein Trupp in einem Café eindringen wollte, machte die Polizei von der Waffe Gebrauch und trieb die Menge auseinander. Hierbei fielen einige Revolverkugeln. Mehrere Personen wurden verwundet.

Ferner fanden in Triest und Florenz Kundgebungen statt, über die der offizielle Telegraph folgende Meldungen bringt:

Triest, 14. Oktober. Bei den heute abend veranstalteten Demonstrationen wollten etwa tausend Personen zum spanischen Konsulat vordringen, wurden aber von der Wache abgedrängt. Ein Teil durchzog darauf die Stadt und warf die Fenster ein. Auf die Wache wurde ein Revolverschuß abgefeuert, ohne zu treffen, dagegen wurde ein Wachmann durch einen Steinwurf schwer verletzt. Als später wieder mit Steinen gemorfen wurde, schritt eine größere Wachabteilung ein, die ebenfalls von den Demonstranten sowie aus den Häusern und von den Dächern mit Steinen beworfen wurde. Im ganzen wurden 51 Verhaftungen vorgenommen.

Rom, 14. Oktober. In Florenz kam es heute abend, als eine große Menschenmenge vor das spanische Konsulat ziehen wollte, zu einem Zusammenstoß mit dem Militär und der Polizei. Ein Offizier, vier Soldaten und vier Polizeibeamte sowie ein Teilnehmer an der Kundgebung wurden verwundet. Auch in Mailand fand zwischen einer Volksmenge, die zu dem spanischen Konsulat ziehen wollte, und der Polizei ein Zusammenstoß statt, wobei ein Polizeioffizier verwundet wurde.

London, 15. Oktober. (Privatdepesche.) In Birmingham fand gestern eine große sozialistische Versammlung statt, die gegen die Ermordung Ferrers protestierte. Zum Sonntag hat hier die Sozialdemokratische Partei eine Protestversammlung nach dem Trafalgar Square einberufen.

Rom, 15. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Generalstreik in Rom ist ordnungsmäßig und imponierend durchgeführt worden. Die Zeitungen sind nicht erschienen. Die Straßenreinigung unterblieb und der Straßenbahnverkehr ruht. Die Straßenbeleuchtung funktioniert sehr mangelhaft. Die Massenversammlung heute früh verlief ohne Zwischenfälle. Mangels Erscheinen der Tagesblätter ist der Nachrichtendienst aus den Provinzen verhindert, wo der Generalstreik fast allgemein durchgeführt ist. In Rom sind über 1000 Verhaftungen vorgenommen worden, doch befanden sich unter den Verhafteten vorwiegend minderjährige Aufrechterhalter. Die Läden sind sämtlich wegen der internationalen Trauer geschlossen. Für morgen ist die Arbeitsaufnahme beschlossen. Die spanische Gesandtschaft wird nach wie vor stark bewacht.

Brüssel, 15. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Verband sozialistischer Genossenschaften Belgien beschloß den Boykott aller spanischen Waren und eine entsprechende allgemeine Aktion beim Internationalen Verband der Genossenschaften zu betreiben. Die Brüsseler Parteiföderation veranstaltet am Sonntag anschließend an eine antimilitaristische Versammlung eine Protestmanifestation gegen die Ermordung Ferrers.

Bombenexplosionen in Barcelona.

Die Anarchisten Barcelonas haben auf die Erschießung Ferrers mit neuen Bombenattentaten geantwortet. Es platze dort am Donnerstagmorgen in der Nähe des St. Anna-Platzes eine Bombe; doch richtete sie keinen beträchtlichen Schaden an. Personen wurden nicht verletzt. Eine zweite Bombe wurde abends an der Ecke der Broqueriestraße aufgefunden. Man brachte sie in einen gepangerten Wagen, in dem sie explodierte, ohne Schaden anzurichten.

Der weiße Schrecken und die Bourgeoisie.

Die spanische Großbourgeoisie ist größten Teils mit dem von der Regierung in Barcelona befolgten Schreckenssystem völlig einverstanden. Die Präsidenten der großen Banken von Barcelona haben dem Zivilgouverneur ihr Einverständnis mit allen zur Aufrechterhaltung der „Ordnung“ ergriffenen Maßregeln erklärt. Dagegen zeigt die Sozialdemokratie die Tapferkeit, die man von ihr erwarten darf. Unser Madrider Parteiorgan „El Socialista“ schreibt: „Jeder an seinem Plage! Die Arbeiter von Barcelona haben den Generalstreik erklärt, um gegen den Krieg zu protestieren. Infolge des Verschaltens der Regierung stieg ein Teil auf der Barrikaden. Und andere Umstände, auch eine Folge des Verschaltens der Regierung und des Mordes, veranlassen andere, Klöster in Brand zu stecken. Aber diese haben, was man auch sage, weder getötet noch geplündert. Die getötet und geplündert haben, war das Lumpenproletariat, das Produkt gerade der bestehenden Ordnung, das manchmal von der herrschenden Macht selbst in seinem Treiben unterstützt wird. Bürgerliche Politiker aller Richtungen, von der Rechten, dem Zentrum und der Linken, haben das Tun der Arbeiter verdammt. Wir aber erklären, daß wir sie nicht verdammen. Und wir sagen das, damit jeder an dem Plage stehe, an dem er gehört.“

In einem anderen Artikel erklärt dasselbe Blatt, die Sozialisten seien bereit, mit allen gemeinsam zu marschieren, die sich vornehmen, diese Regierung zu stürzen. „Wenn aber aus Ungeschicklichkeit, Egoismus oder irgend einem anderen Grunde die anderen es nicht tun, werden wir allein unsere Pflicht tun.“

Politische Ueberblick.

Berlin, den 15. Oktober 1909.

Ein Prinzipienmensch.

Der Gesamtverband der deutschsozialen Partei hat, wie wir vor kurzem mitteilten, den Abg. Dr. Böhme, der bekanntlich das Amt eines Geschäftsführers des neuen, national-liberalen Bauernbundes übernommen hat, zur Niederlegung seines Reichstagsmandats aufgefordert. Herr Böhme antwortet darauf in einem offenen Briefe, in dem er allerlei niedliche Enthüllungen über die Ueberzeugungsfestigkeit des Antisemitenföhrers Liebermann von Sonnenberg macht. Er schreibt:

„Ich habe ferner dabei lediglich so gehandelt, wie ich es für die Pflicht eines freien und unabhängigen Politikers erachte, der nicht gesonnen ist, sich dem Terrorismus demagogischer Agitation zu beugen. Sie (Liebermann v. Sonnenberg) haben, wie die übrigen deutschsozialen Kollegen, das Verhalten des Bundes der Landwirte genau so auf das schärfste verurteilt wie ich. Sie persönlich dabei Urteile über den Bund, seine Führer und seine Presse gefällt, gegen die

alles das, was ich in dem Organe des Deutschen Bauernbundes über den Bund geschrieben habe, als milde Kritik zu bezeichnen ist. Sie haben ferner als Vorsitzender der Fraktion sich für die Annahme der Erbschaftsteuer unter gewissen Bedingungen erklärt. Diese Bedingungen wurden erfüllt, und trotzdem trennten Sie sich von der Fraktion und stimmten dagegen, fügten sich der gegen Ihre Haltung entfalteten Agitation des Bundes in Ihrem Wahlkreise.

Wenn ich anders als Sie die Konsequenzen meiner Denkwiese zog, so steht es Ihnen und dem Parteivorstand am allerwenigsten zu, jetzt derartige Vorwürfe gegen mich zu erheben. Denn mein Vergehen besteht ja lediglich darin, daß ich öffentlich zu vertreten wage, was ich denke. Außer der Verletzung der Majestät des Bundesvorstandes dürfte es Ihnen schwer fallen, mir nachzuweisen, daß ich irgend etwas von meinem alten Standpunkte aufgegeben habe. Ich habe mich weder einer anderen Partei angeschlossen, noch habe ich alte Grundsätze abgeschworen.

Dr. Böhm führt dann weiter aus, daß nicht seine Ueberzeugung, sondern lediglich das Bestreben, sich die Gunst der Leitung des Bundes der Landwirte zu erhalten, den Abg. Liebermann dazu veranlaßte, seine Stellungnahme zur Erbschaftsteuer zu revidieren.

Wie sagte doch Flora Gaf?

Unterstützungen aus dem Viermillionenfonds.

In Dresden wurde mit der Auszahlung der Unterstützungen für die Tabakarbeiter begonnen. Nach langwierigen Erhebungen durch die Wohlfahrtskommission wurden Unterstützungen im Betrage von 27, 33, 78 und 99 Pf. pro Tag — vorläufig für drei Tage — ausbezahlt. Die zahlreichen Ueberstunden, die vor Eintritt der Steuer mit Genehmigung der Polizei gemacht wurden, wurden mit in Rechnung gebracht. Bei Verteilung der Unterstützung wurde ganz verschieden verfahren; Familien mit 4 bis 5 Kindern erhielten nichts, andere Arbeiter, die im gleichen Betriebe beschäftigt waren, wurden unterstützt.

Die Tendenzprofessur.

Die Wichtigkeit der Mitteilungen zum „Fall Ehrenberg“, wie sie die „Dresdener R. Nachr.“ veröffentlicht haben, wird in ihren Einzelheiten von der gesamten sächsischen Presse befolgt; man nennt sogar den sächsischen Kultusminister Dr. Veit als Gewährsmann! Das Karneval soll jetzt der „Verein für exakte Wirtschaftsforschung“ (Berlin) sein, dem außer Akademikern auch Parlamentarier und Großindustrielle angehören. Diese gemischte Gesellschaft möchte — wie es heißt — den Professor Ehrenberg mit Gewalt auf einen Tendenzlehrstuhl in Leipzig setzen und sich diesen Spah jährlich 30 000 deutsche Reichsmark lohen lassen!

Daß Ehrenbergs Hintermänner inoffiziell und plump gearbeitet haben, kann die bürgerliche Presse Sachsens nicht leugnen; aber daß es gar nicht übel wäre, wenn der Moskoder Tendenzprofessor nach Leipzig käme, dieser Ansicht geben jene Blätter mehr oder minder offen Ausdruck, ja der sächsische Regierung und dem Leipziger Professorenkollegium wird nahegelegt, den Mann, der auf dem Schmutzweg durchs Hinterbüchlein zum Fall kam, in aller Form durchs Vorderportal in die Unversität zu bugsiieren!

Wir wundern uns über die Dreifügigkeit nicht, mit der die guten Leuten dieses Ansinnen zu stellen wagen; sie wissen offenbar, daß auf manchem deutschen Lehrstuhl reaktionäre Tendenzlehrer vom Schlage Ehrenbergs sitzen — nur daß diese durch ihre Prorektoren geschützt in Amt und Würden gelobt wurden als Ehrenberg, dessen Freunde wohl noch Keulinge im Professorenmaße sind.

Das neue Strafgesetzbuch.

Der Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch soll, wie schon früher gemeldet wurde, Ende dieses Monats erscheinen. Die „Deutsche Juristenzeitung“ teilt über die Vorlage folgendes mit: „... Danach wird sich dieser Entwurf ungefähr im Umfange des geltenden Strafgesetzbuches halten, nach der Zahl der Paragraphen sogar etwas kleiner sein. Es ergibt sich daraus ohne weiteres, was allerdings auch von vornherein anzunehmen war, daß nach der Absicht der Verfasser die zahlreichen und zum Teil umfangreichen strafrechtlichen Nebengesetze nicht in das neue Strafgesetzbuch eingearbeitet werden sollen. Auf dem Gebiete der Gesundheitspflege, der Nahrungsmittelfälschung, des unlauteren Wettbewerbes, des Gewerbes und Arbeiterrechts, des Schiffahrtswesens, des Verkehrs auf öffentlichen Straßen, des Steuer- und Zollwesens usw. werden daher die bestehenden Rechtszustände durch die Grundzüge des neuen Gesetzbuches nur insoweit berührt werden können, als es sich um allgemeine, für jede strafgerichtliche Vorschrift gültige Normen handelt, wie sie der erste Teil unseres geltenden Strafgesetzbuches enthält. Auch der Vorentwurf wird einen ersten Teil — „Allgemeiner Teil“ — und einen zweiten Teil — „Besonderer Teil“ — umfassen. Während aber jetzt dieser zweite Teil ohne weitere Gruppierung in 29 Abschnitte zerfällt, soll der Besondere Teil des Vorentwurfs zunächst in vier Bücher geteilt werden — Delikte gegen den Staat, gegen Einrichtungen des Staates, gegen die Person, gegen das Vermögen —, die insgesamt 28 Abschnitte begreifen. Ihnen folgt ein fünftes Buch mit den Uebertretungen, die nicht, wie vielfach angeregt ist, aus dem Strafgesetzbuch auscheiden, sondern in ähnlichem Umfange wie bisher darin verbleiben. Demgemäß wird auch die bisherige Dreiteilung der strafbaren Handlungen in Verbrechen, Vergehen, Uebertretungen aufrecht erhalten. Auch dem Strafvolzug sind, wenngleich nicht erschöpfend, eine Reihe von Bestimmungen gewidmet. In bemerkenswerter Gegensatz zu den Erklärungen, welche im Reichstage wiederholt für das Reichsjustizamt abgegeben worden sind, scheint der Vorentwurf von der Annahme auszugehen, daß es einer weiteren Regelung des Strafvolzuges durch Reichsgesetz nicht bedürfen wird. Ein Gegenstück zu dem bisher von der Regierung eingenommenen Standpunkt tritt ferner darin zutage, daß die bedingte Aussetzung des Strafvolzuges für einige Jahre der Erprobung des Verurteilten nicht mehr durch die Justizverwaltung nach dem gerichtlichen Urteilspruch verfügt, sondern daß darüber durch das Gericht erklart werden soll. Bis hier hat die Regierung den dahin gerichteten, im Reichstage geäußerten Wünschen stets Einwendungen entgegengesetzt.“

Aus dem sächsischen Landtagswahlkampf.

Je näher der Wahltag kommt, desto intensiver arbeiten unsere Genossen. Am nächsten Sonntag erscheint in allen 91 Kreisen das letzte Flugblatt. In vielen Orten — so auch in Dresden — wird eine Reihe von Spezialblättern verbreitet, so an die Bergarbeiter, Eisenbahnarbeiter, Beamten usw. Die Gegner verlegen sich jetzt, da sie mit Versammlungen nicht viel Glück haben, auf geheime Konventikel, um die Wähler in ihrem Sinne zu bearbeiten. Da werden von ihnen Zusammenkünfte für Lehrer, Beamte, Eisenbahnarbeiter arrangiert, und dort versucht dann der gegnerische Kandidat im Grunde mit den Wählern, die Leute breit zu machen. Bei allen möglichen Anlässen: Jungensvereinigungen, Kriegervereinszusammenkünften, Vergnügungen, überall wird jetzt gegen die gefährdete Sozialdemokratie geheut. So fand in Dresden vor einigen Tagen eine geheime Eisenbahnarbeiterversammlung im fünften Dresdener Wahlkreise statt, in der der Kandidat der nationalliberalen Partei, Rechtsanwalt Dr. Kaiser, den Eisenbahnarbeitern alles Mögliche versprach. Der Kandidat der Sozialdemokratie im 7. Dresdener Kreise, Genosse Wirth, der selber ein gemäßigter Eisenbahner ist, wurde trotz seines energischen Protestes mit dem Bemerkens hinangewiesen, es sei eine nicht öffentliche Eisenbahnerversammlung. Man drohte sogar mit gewaltsamem Entfernen.

Einfach skandalös ist auch das Verhalten der Behörden bei der Festsetzung der Wahlzeit, die ja nach dem Gesetz bis auf neun Stunden im Höchstsalle ausgedehnt werden kann, aber mindestens vier Stunden betragen muß. Nicht einmal in Dresden ist die Höchstgrenze festgesetzt, wie wird es da erst in den Landgemeinden aussehen! Natürlich hat diese Zeitbeschränkung nur den Zweck, die Arbeiter möglichst um das Wahlrecht zu bringen. Das ist sächsischer Geist, kleinlich und hochhaft!

Ein starkes Polizeistück.

In Mühlhausen i. Elb. ging dieser Tage ein Privatklageverfahren zu Ende, in dessen Verlauf, wie der Rechtsanwalt des Privatklägers jetzt erst festzustellen vermochte, der zuständige Herr Vorsteher der Mühlhäuser Revierpolizei folgendes „Leumundzeugnis“ über den Anwalt zu den Akten gab:

„Einer der eifrigsten Anhänger und Führer der sozialistischen Partei. Im öffentlichen und privaten Leben intolerant gegenüber anderen Parteiangehörigen. Von Charakter ammaßend und aufbrausend. Den Behörden gegenüber stets renitent. Im übrigen ist Rauteiliges gegen ihn nicht bekannt.“

Der Beamte, der dieses „Leumundzeugnis“ fabriziert hat, scheut sich nicht, derartige Gutachten abzugeben, obwohl er bereits wegen Erstattung unbegründeter amtlicher Strafanzeigen vom Richter öffentlich gerügt worden ist.

Nicht immer wird, wie in diesem Falle, in die Gerichtsakten hineingelesen, und so lassen sich denn Tausende von Mosen Strafrichter — bewußt oder unbewußt — durch derartige „Leumundatteste“ gegen Angeklagte, gegen Zeugen, gelegentlich wohl auch gegen Privatkläger beeinflussen — ein Zustand, der dringend der Abhilfe bedarf.

Vom Tabakarbeiterelend.

Fast täglich kommen Nachrichten aus dem Reiche über die Schwierigkeiten, die den unterstützungssuchenden Tabakarbeitern bereitet werden, bevor sie zu den Bettelstufen der Reichsunterstützung kommen. Neu dürfte jedoch sein, daß die arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter und Arbeiterinnen dem Ortsbesitzer als Arbeitskräfte zugewiesen werden. Der Amtsbezirk Klein- und Großvorshagen, Pesterode, Herreden (Wahlkreis Rordhausen) weist eine Anzahl Tabakarbeiter auf, die durch die neue Tabaksteuer teils vorübergehend, teils dauernd arbeitslos geworden sind. Der Amtsvorsteher bereitete den Arbeitslosen erst eine Menge Scherereien und verlangte schließlich von Tabakarbeiterinnen, sie sollten zum Räuberoden bei einem Gutbesitzer — namens Dittmann — in Arbeit treten. Dieser Gutbesitzer ist im ganzen Bezirk als schlaf fertiger Herr „berühmt“. Der Arbeitslohn beträgt dort 50 Pf. pro Tag.

Solche Fälle dürften sich schließlich wiederholen; es ist daher den Arbeitern dringend zu raten, daß sie sich nicht zur Fron auf den Gütern der Agrarier kommandieren lassen, sondern ihre Unterstützung beanspruchen, bis ihnen angemessene Beschäftigung zugesprochen werden kann.

Im südlichen Hessen sind Donnerstag, den 14. Oktober, in der Tabakindustrie große Arbeiterentlassungen vorgenommen worden. U. a. hat in Vorch eine Mannheimer Firma der Tabakbranche von ihren 160 Arbeitern 140 bis zum 15. November entlassen. Am 15. November soll der Betrieb wieder eröffnet werden. Die Arbeiter wollen den von der Regierung eingesetzten Unterstützungsfonds in Anspruch nehmen.

Auch ein Nachspiel zur Radbod-Katastrophe.

Wir werden auf Grund des § 11 des Preßgesetzes zur Aufnahme folgender Berichtigung aufgefordert:

„In Nr. 237 vom 10. d. M. des „Vorwärts“ bringen Sie unter der Ueberschrift: „Auch ein Nachspiel zur Radbod-Katastrophe“ die Mitteilung, der Frau Dora, die Mirzias wegen Falschrides verurteilt worden ist, sei die dauernde Rente aus der Knappschaftskasse verweigert, weil sie mit dem Vater ihrer Kinder nicht standesgemäß verbunden gewesen sei. Das ist durchaus unrichtig. Wichtig ist dagegen, daß Frau Dora genau wie die anderen Witwen ihre Rente erhält, sowohl die gesetzliche, wie auch die Zusatzrente aus den gesammelten Hilfsgeldern und die Unterstützung aus der Kronprinzenspende.“

Sie behaupten ferner, daß die Witwe Dora bei der Forderungverwaltung deswegen schlecht angezogen gewesen sei, weil sie sozialdemokratische Gesinnung vertrat und mit anderen Witwen zusammen Klage auf sofortige Auszahlung der gesammelten Unterstützungsgelder gemacht habe. Dies ist wiederum unrichtig. Wichtig ist, daß wir der Frau Dora gegenüber die äußerste Geduld und Langmut angewandt haben und uns erst dann dazu entschlossen haben, ihr die Wohnung zu kündigen, als uns dies von unserem Arbeiterausschuß und von anderen Witwen im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in der Kolonie nahegelegt worden war.

Wir fordern Sie unter Hinweis auf die Bestimmungen des Preßgesetzes auf, diese Berichtigung in der nächsten Nummer des „Vorwärts“ zu bringen.

Bergwerksgesellschaft Trier m. S. N.

Die Bergwerksgesellschaft Trier ist die Bestizern der Zeche Radbod. Wir haben zu dieser Verichtigung zu bemerken, daß es uns freut, wenn die Witwe Dora entgegen der Meldung, die wir einem anderen Blatte entnahmen, die Knappschaftskasse erhält.

Was den zweiten Teil der Verichtigung anlangt, so muß die Bergwerksgesellschaft Trier uns und allen denen, die von den Arbeitsverhältnissen auf den westfälischen Höhen etwas verstehen, schon gestatten, dieses Vorziehen des Arbeiterausschusses und anderer Witwen, denen die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in der Kolonie durch die Witwe Dorn gefährdet erschienen, zu jenen Mitteln zu rechnen, die man als unfein bezeichnet. Ueber die Begriffe „äußerste Geduld und Langmut“ denken wir außerdem anders als die Verwaltung von Radbod.

Halle.

Zur Nachwahl in Halle wird gemeldet, daß die Bemühungen, die mittelhändlerische Kandidatur wieder zu beseitigen, fehlgeschlagen sind. Unserem Genossen Kunert werden also der freisinnige Reimann und der Mittelhändler Gsche gegenüberstehen.

Koburg.

(Amliches Wahlergebnis.)

Bei der Reichstagswahl im Wahlkreise I Sachsen-Koburg-Gotha sind insgesamt 12 672 Stimmen abgegeben worden. Davon haben erhalten Redakteur Jietich-Charlottenburg (Soz.) 6188, Regierungsrat Dr. Luara-Koburg (natl.) 3445, Stadthalter Arnold-Kreuzstadt (fr. Sp.) 3043 Stimmen. Ungültig war eine Stimme.

Der Freisinn benimmt sich auch hier wieder echt „freisinnig“. Eine Depeche aus Koburg meldet:

Der freisinnige Parteivorstand erläßt einen Aufruf an die freisinnigen Wähler, bei der Stichwahl für den nationalliberalen Kandidaten einzutreten.

Die alten Nothbrüder liegen sich gerührt in den Armen...

Aus dem dunkelsten Brandenburg.

Aus Perleberg wird uns geschrieben: Endlich ist es nach vielen Mühen gelungen, hier die erste politische Versammlung unter freiem Himmel

abzuhalten. Sie fand am Sonntag, den 10. Oktober, auf dem Ackerland des Genossen Schwarz statt. Als erster Versuch war bei der Reichstagswahl eine Versammlung einberufen. Sie wurde aber aufgelöst, eine Begründung gab die Polizei nicht. Im August dieses Jahres ward die zweite Versammlung angemeldet. Die Genehmigung hierzu verweigerte man mit der Bemerkung, auf dem angrenzenden Ackerlande der Nachbarn könnten die Früchte zertrampelt werden. Eine Beschwerde beim Landrat wurde abgewiesen. Die Polizei sei mit der Verfolgung im Rechte gewesen. Darauf hatte das Provinzialsekretariat eine Besäuerde an den Regierungspräsidenten mit dem Grundriß des betreffenden Schwarzischen Ackerlandes eingereicht. Die Antwort hierauf steht aber noch aus. Die dritte Versammlung wurde nunmehr zum letzten Sonntag angemeldet. Vor der Erteilung der Genehmigung beauftragte ein Beamter des Katastramts das Schwarzische Land und nahm Ausmessungen vor. Die Versammlungslage war mit Pfählen umstochen und außerdem mit einer Wache umzogen. In dem so abgetrennten Raum hielten 4000 bis 5000 Menschen Platz gehabt. Erst hierauf erteilte die Polizei ihre Genehmigung. Wohl an 500 Personen hatten sich am Sonntag eingefunden, ohne jene, die von ferne kamen und sich nicht heran trauten. Wir zählten an 100 solcher Leute. Der Kandidat des Kreises, Genosse Boesle-Berlin, hob Eingang seiner Rede hervor, daß es beschämend für Perleberg sei, daß die Arbeiter zu ihren Beratungen kein Lokal zur Verfügung hätten. Die Polizei habe wahrlich andere Dinge zu erfüllen, als die Wirte einzuschüchtern oder die Versammlungen der Arbeiter mit der Gesamtzahl der im Ort befindlichen Polizeigeranten zu überwachen. (Ein Kommissar, 4 Sergeanten und noch ein Herr in Zivil waren zur Stelle; die Spitzhüben am Sonntag in Perleberg einen freien Tag.) Mit großer Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden den Ausführungen des Referenten. Aus der Zustimmung und den Beifallsbezeugungen war zu ersehen, daß sie mit ihm in der Einschätzung des Steuerabzuges der Junker einer Meinung sind. Öffentlich trägt die Versammlung dazu bei, daß die Bewegung in der Hochburg der Junker festen Fuß fahle.

Zwei Reichstagsmandate erledigt.

Die polnischen Reichstagsabgeordneten Graf Mielzinski und v. Chrzanowski (Vorsitzender des Verbandes der polnischen Sozialvereine) haben ihre Mandate niedergelegt. Nach berühmtem Muster schloßen sie „Gesundheitsrückichten“ vor. Die wahren Ursachen des Verzichtes aber sind natürlich die Mißtrauensvoten, die sie wegen ihrer Stellung zur Finanzreform erhalten haben.

Nittergutbesitzer Graf v. Brudzewo-Mielzinski auf Schloß Cobienice bei Adwyn hatte das Mandat für den Kreis Samter-Birnbaum-Schwerin-Dornitz inne; er ist seit 1903 Reichstagsabgeordneter und wurde am 25. Januar 1907 — im ersten Wahlgang — mit 15 834 Stimmen wiedergewählt; der konservative Gegenkandidat erhielt 12 258, der Zentrumskandidat 1154, der Sozialdemokrat 544 Stimmen; der Konservative sitzt dem Polen auf den Fersen.

Bombensicher dagegen ist der Kreis (Stadt Posen), den Reichsanwalt Bernard v. Chrzanowski bisher vertrat; er erhielt 1903 über 21 000, die Gegner brachten es zusammen auf 18 000 Stimmen.

Landtagewahltag in Schwarzburg-Rudolstadt.

Bei der am Freitag vorgenommenen Landtagewahl zum Rudolstädter Landtag wurde im Wahlkreise Königsee Genosse Winter-Frankenhausen mit 666 gegen 255 bürgerliche Stimmen gewählt.

Oesterreich-Angarn.

Berechtigigte sozialdemokratische Kritik.

Wien, 15. Oktober. Ein Nachspiel zum österreichischen Kaiserjubiläum, das in Wien durch einen pomphaften Festzug gefeiert wurde, beschäftigte in den drei letzten Tagen die Wiener Gerichte. Mehrere Wiener Gemeinderäte hatten gegen den sozialdemokratischen Gemeinderat und Reichsratsabgeordneten Schumier Klage erhoben, weil dieser im Gemeinderat dem Festzugskomitee Jagd nach Orden, Annahme von Prohibitionen, hochkapitulisches Unternehmen usw. vorgeworfen hätte. Schumier erklärte sich bereit, den Wahrheitsbeweis anzutreten. Der Prozeß endete mit der Freisprechung des Angeklagten.

Ein „Uebergangsministerium“.

Budapest, 15. Oktober. Der ehemalige Unterrichtsminister und jetzige Präsident des Verwaltungsgerichtshofes Wlassics hat die Bildung eines Uebergangsministeriums übernommen.

England.

Neuer Kriegshafen.

London, 15. Oktober. Der Prinz von Wales hat heute den neuen Kriegshafen von Dover eröffnet. Der Hafen ist bei jedem Wasserstande in der Lage, Dreadnoughts aufzunehmen. Der Bau hat mehr als zehn Jahre in Anspruch genommen; die Kosten betragen 3 1/2 Millionen Pfund. (Also 70 Millionen Mark.)

Wachstum der Arbeiterpartei.

London, 15. Oktober. Der Verband der bei den Eisenbahnen angestellten Schreiber beschloß gestern mit nahezu vierfacher Mehr den Anschluß an die Arbeiterpartei. (Voll. Stg.)

Bier neue Dreadnoughts.

London, 15. Oktober. Das Blatt „Engineering“ meldet: Der Bau von vier weiteren Dreadnoughts wird schon im Januar begonnen. (Voll. Stg.)

Finland.

Staatsstreik.

Helsingfors, 14. Oktober. Der Kaiser hat unter dem 7. Oktober ein Manifest erlassen, durch das die Einwohner Finnlands, bis die Militärfrage durch Gesetz endgültig geregelt sein wird, von der Wehrpflicht befreit werden. Dafür soll der finnische Staat jährlich einen gewissen Beitrag für militärische Zwecke entrichten, der für 1908 und 1909 je 10 Millionen Mark beträgt und im Laufe des letzten Quartals dieses Jahres zu bezahlen ist.

Stockholm, 15. Oktober. Oesteru wurde in Finnland eine halb-russische Regierung ernannt.

China.

Anfänge zur Konstitution.

Am 14. Oktober sind in den Hauptstädten von 21 Provinzen Ständeversammlungen zusammengetreten. Sie sind lediglich eine Vertretung der Weisenden. Zu Beginn soll der 14. Oktober als der Beginn eines in seinen Wirkungen weitreichenden Regierungssystemwechsels angesehen werden. Die Ständeversammlungen sind indes nur zu Ratsschlüssen, nicht zu Beschlüssen befugt.

Amerika.

Die Raubgerichte in Zentralamerika.

New York, 14. Oktober. Ein Telegramm aus Quezaltenango (Nicaragua) meldet, Juan Estrada habe Ribas besetzt und Oberst Ligarte habe mit mehreren Hundert Aufständischen Greytown eingenommen. Ein Telegramm aus Colon bestätigt die Einnahme von Greytown und meldet ferner, daß Juan Estrada auf Cape Gracias zu marschiert, wo 2000 Mann Regierungstruppen zusammengezogen sind, um den Aufständischen entgegenzutreten.

Gewerkschaftliches.

Der allmächtige Kapitalismus.

Die Mansfelder Kupferschiefer bauende Gewerkschaft, deren Lohnslaven sich erhoben haben, beherrscht eine ganze Landschaft, politisch und wirtschaftlich. Ja mehr: sie verändert Klima und Boden des von ihr unterworfenen Gebietes. Auf dem von ihr unterworfenen Gebiet tragen die Häuser zusammen und müssen gestützt oder von den Menschen verlassen werden. Die reiche Gewerkschaft macht alles mit Geld aus. Als ihr selbst aber im Jahre 1892 der „Salzige See“ bei Oberdröbigen, ein Gewässer von ähnlichen Dimensionen wie die Müggel oder der Schwielowsee bei Berlin, unbenutzt wurde, weil seine Abwässer in ihre Gruben einbrachten, enteignete die Gewerkschaft den See und pumpte ihn einfach aus. Seine beinahe neun Quadratkilometer große Fläche liegt jetzt trocken da. Ihre zirka 120.000 Kubikmeter salzigen Stollenwässers täglich aber führt die Gesellschaft trotz aller Proteste der Anlieger der Saale und Elbe zu.

Sie ist allmächtig. Sie meistert die Natur und sie meistert die Menschen. Überall hat sie ihre Vertreter. In den Gemeindeförperschaften des von ihr beherrschten Distrikts sitzen ihre Beauftragten, dank unseres famosen Gemeindeförperschaftensystems, das dem Kapitalismus günstig ist und dank des Terrorismus, der gegen die hilflosen Wähler geübt wird. Man könnte in Mansfeldischen geruhig die Formen des öffentlichen Lebens umgestalten und den Absolutismus der Gewerkschaft anerkennen. Nichts würde sich praktisch dadurch ändern, nur die tatsächlichen Machtverhältnisse erhielten dadurch nun auch äußerliche Anerkennung. Es gäbe lange in Mansfeldischen; es gäbe in allen Gesellschaftsklassen. Nicht nur die Arbeiter, alle Geschäftsleute, ja alle Behörden sind Sklaven der Gewerkschaft. Aber nur die Arbeiter tragen es endlich, wider den Stachel zu leiden.

Ein Vorfall, wie er sich in tausendfachen Varianten tagtäglich im Mansfeldischen wiederholt, mag die Verhältnisse illustrieren: Der Besitzer des Hotels „Kaiserhof“ in Hettstedt, wo die Genossen Sasse, Hausmann, Leimpecker und zwei Bezirksleiter Wohnung genommen hatten, erklärte diesen am Donnerstag, daß sie ausziehen müßten! Als Grund gab der Mann an, daß der Vorstand des Bergbeamtenvereins bei ihm gewesen sei und gedroht habe, wenn er die „Heher“ nicht sofort hinauswerfe, würden sie nicht mehr in seinem Lokal verkehren, und zwar wollte der Herr, daß der Hotelbesitzer die „Heher“ noch Mittwochabend hinauswerfe! Hiergegen wehrte sich der Mann, indem er doch noch so menschlich war, Gäste nicht mitten in der Nacht auf die Straße zu werfen; dafür gestand er zu, sie kernen Tag mehr zu behalten, womit sich die Bergbeamten von Mansfeld zufrieden gaben. Der Wirt entschuldigte sich und bedauerte, daß er sich eine solche Geschäftsschädigung gefallen lassen mußte, doch mühte er schließlich damit rechnen, daß der „gebildete“ Hüttenherr ihn ruinieren werde! Aber nicht nur im „Kaiserhof“ wurden sie ausgewiesen, sondern aus allen Hotels Hettstedts, und hätten sich nicht keine Worte gefunden, die für Unterkunft sorgen und mehr Mut beweisen, unsere Genossen hätten nach Anhalt flüchten und von dort den Streik führen müssen. Aus dem „Kaiserhof“ ausgewiesen, gingen sie nach dem „Zentralhotel“ und fragten um Unterkunft für 4 Mann an, die sofort von der Frau zugesagt wurde. Um nun nicht einer nochmaligen Ermitterung zu verfallen, erzählten unsere Genossen, daß sie im „Kaiserhof“ hinausgeworfen seien, weil die Grubenbeamten sie in Hettstedt nicht dulden wollten. Darauf sagte die Frau, die vorher 4 Zimmer zu vergeben hatte, daß sie dann erst ihren Mann fragen müßte, glaube aber, daß dieser nichts einwenden werde. Nachmittags kam vom Mann der Bescheid, daß seine Zimmer anderweitig besetzt seien!

Das sind „Kulturzustände“, wie sie heute selbst in Sorabien nicht herrschen und um die uns Rußland beneiden kann. Gewonnen haben die Terroristen damit nichts, denn untergekommen sind sie alle, die Heher, wenn auch nicht mehr so schön zusammen.

Berlin und Umgegend.

Die gegenwärtige Situation in der Berliner Brauindustrie.

Neuerliche Verhandlungen des Brauereiarbeiterverbandes mit den Vertretern der Brauereien wegen Verminderung von Arbeiterentlassungen infolge Konsumrückganges zeitigten das Ergebnis, daß die Brauereivertreter befanden, von Arbeiterentlassungen vorläufig abzusehen. Weiter erklärten sie jedoch, daß sie außerstande seien, wenn der Konsumrückgang infolge des Bierboykotts — namentlich des Pilsenerbieres seitens der Kantinen — weiter ein so erheblicher bleibt, den jetzigen Zustand aufrechterhalten zu können. Sie wären dann gezwungen, zu Entlassungen zu schreiten, wenn auch nicht in demselben Maße, als der Konsum zurückgegangen ist. Es lägen dabei mehrere Hundert Arbeiter in Frage.

Ferner wurde über die Entschädigung der Bierfahrer, die durch den Konsumrückgang erheblich in ihrem Einkommen geschädigt sind, verhandelt und die Brauereien erklärten sich bereit, den Ausfall bis zu einem bestimmten Lohnsatz zu beden.

Deutsches Reich.

Die Schiffszimmerer von Fürstberg a. O. stehen schon seit 21 Wochen im Streik wegen Nichtbewilligung einer minimalen Lohnforderung. Fast sämtliche Ausständigen haben anderweitig Arbeit gefunden. Die Arbeitgeber haben nun ausprobiert, wo die Streikenden arbeiten und legen alle Hebel in Bewegung, um sie wieder brotlos zu machen. In einem Falle ist ihnen dies auch gelungen. Es arbeiteten nämlich zwei der Ausständigen bei einem Meister in einem anderen Ort. Der betreffende Meister ist Mitglied des Vereins der Hüttenhändler. Dieser Meister wurde nun so lange gedrängt, bis er den beiden kündigte. Die Unternehmer geben sich alle erdenkliche Mühe, Streikbrecher anzuwerben. So ist einer in Stettin gewesen und hat dort auch einige Leute angenommen. Diese aber waren vorsichtig und erlaubten sich erst in Fürstberg a. O. wie die Sache dort liege. Darauf verzichteten sie auf die Arbeit. Jetzt ist nur ein Streikbrecher vorhanden. Jeder Schiffszimmerer muß es nun als seine Pflicht betrachten, in Fürstberg a. O. nicht in Arbeit zu treten. — Die Schiffbauer in Sachsenhausen bei Drakenburg stehen wegen Lohnreduzierung in einem Abwehrstreik. Auch hier ist der Zugzug fernzuführen.

Lohnbewegung der Sinnenhändler an der Elbe und Havel.

Für die am 1. Oktober gekündigten Mannschaften läuft heute das Arbeitsverhältnis ab. Den erwarteten Widerstand hat die Organisation nicht gefunden. Wir konnten vor einigen Tagen melden, daß ein Teil der noch ausstehenden Firmen sich entweder dem Arbeitgeberverbande angeschlossen oder sich mit der Organisation geeinigt hätte. Heute sind bereits wieder 5 Firmen zu melden, die sich dem Arbeitgeberverbande angeschlossen haben. Da nun bei den Verhandlungen vereinbart ist, daß der Arbeitgeberverband nicht nur für die Mitglieder, welche zur Zeit der Verhandlungen ihm angeschlossen waren, sondern auch für die zukünftigen Mitglieder Geltung haben, so ist den Herren wenig damit gedient. Die Furcht vor der Organisation hat sie in den Arbeitgeberverband getrieben; sie haben aber nur den einen Trost, nicht selbst mit der verhassten Organisation verhandeln zu müssen, sondern dies dem Arbeitgeberverbande überlassen zu können. Die Firmen, welche durch ihre Mitgliedschaft zum Arbeitgeberverbande sich verpflichtet haben, den Tarif anzuerkennen, sind: Schwarzkopf u. Co., Magdeburg; A. Lüdtke u. Co., Magdeburg; W. Gerloff, Wetzhausen; O. u. P. Benz und Spitta u. Co., Havelberg. Bei 12 Firmen waren die Kündigungen eingereicht, davon haben 9 bewilligt; außerdem haben noch 4 die Forderungen anerkannt. Bei 3 Firmen treten die Bootsleute in den Streik; diese sind: Dumling, Edonstedt; Buchlein, Dessau und Neubert, Rensburg. Sie werden sich kaum lange über Wasser halten können.

Der Bergarbeiterstreik in Mansfeld.

Das Feuerchen, das der jetzige Beherrscher der alten Grafschaft Mansfeld, Herr Bergrat Dr. Vogelsang, in seinem Uebermut angezündet hat, brennt so wunderbar weiter, daß sich Herr Dr. Vogelsang wie auch seine Hintermänner daran nicht nur die Fingerringel, sondern die ganzen Hände verbrennen dürften. Der Streik ist ein spontaner Ausbruch des langangehaltenen Unwillens dieser gelächelten Arbeiterschaft gegen die Willkürherrschaft und der Ausbeutung einer übermächtigen Sippschaft. Herr Vogelsang hat es verstanden, in seiner kurzen „Regierungszeit“ von einem Jahr, das fast zum Ueberlaufen zu bringen, und welche Dimensionen der Streik noch annehmen wird, hängt ganz von dem Verhalten des Herrn Dr. Vogelsang und seiner Inspiratoren ab. Wenn der Streik bis jetzt noch nicht das ganze Revier erfasst hat, sich vorläufig nur auf 6 Gruben erstreckt, so nur deshalb, weil die Streikleitung eine weitere Ausdehnung verhindert hat, da diese annahm, daß ein einziger Mann, der ein großes Verantwortungsfühl besitzt, zur Erreichung seiner Machtgelüste einen so immensen volkswirtschaftlichen Schaden nicht anrichten würde. Es scheint jedoch, als ob die Streikleitung sich geläufig hätte und Herr Dr. Vogelsang tatsächlich gewillt ist, ehe er seinen Berg- und Hüttenklaven das gesetzlich garantierte Koalitionsrecht gestatten will, einen Kampf aufzunehmen, der der Gewerkschaft Millionen kosten und das ganze Land ungeheuer schädigen wird; denn alle bisherigen Versuche zur Einigung sind fehl geschlagen. Alle Instanzen haben versagt: das Oberbergamt, der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Herr Oberbürgermeister Dittich von Leipzig und auch der preussische Handelsminister Herr von Sydow. Herr Dittich, dem Genosse Sasse die Leiden der Mansfelder Knappen vortrug, meinte, daß er sich nicht in die Direktion der Verwaltung hineinmischen dürfe und als Sache ihm sagte, daß Sauer unter 3 M. verdient hätte, die Bergmannsfrauen in Versammlungen erklärten, daß sie Hunger leiden müssen, erwiderte der Bürgermeister der „freien“ Seelstadt Leipzig, daß man bei einem Lohn von 3 M. doch nicht zu hungern brauchte! Herr Dittich, der alljährlich Tausende an Lantien aus der Gewerkschaft und dem Schweiß dieser armen Vergleute einsackt, erachtet einen Lohn von 3 M. als ausreichend für einen Bergmann und dieser Mann nennt sich — liberal!

Der preussische Handelsminister, den die Streikleitung telegraphisch um Vermittlung angegangen ist, hat telegraphisch erwidert, daß bei den prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten der Parteien er es ablehnen möchte, sich in den Streik zu mischen. „Prinzipielle Meinungsverschiedenheiten“ nennt es der Minister, wenn Arbeiter von ihm fordern, er möge sie in Ausübung ihrer gesetzlichen Staatsbürgerrechte schützen! Mehr kann man von einem Minister im „Reichstagen“ Preußen billigerweise nicht verlangen. Aber Herr Sydow wird mit dieser Antwort „den Weg zu den Herzen der Bergarbeiter“ nicht finden, den sein Vorgänger ebenfalls vergeblich gesucht hat. Die Antwort hat jeden Kenner der Verhältnisse nicht überrascht, doch hat sie von neuem die Wichtigkeit der Worte des ehemaligen Staatssekretärs Dr. Vöttcher an die Großindustriellen illustriert: „Keine Herren! Wir arbeiten ja nur für Sie!“

So ist die Situation des Streiks unverändert, die Zahl der Ausständigen die gleiche. Am Mittwoch und Donnerstag haben sich auf den Streikbureau 3800 Mann gemeldet, während die Werkspresse nur von 2070 berichtet, in der Absicht, die Öffentlichkeit zu täuschen. Alle Einschüchterungsversuche haben die Streikenden bisher standhaft zurückgewiesen, während in Helbra und Eisleben, wo noch gearbeitet wird, nicht nur Streikluft herrscht, sondern verlangt wird, daß auch dort der Streik proklamiert werden sollte. Auch die Hüttenarbeiter wollen sich mit den ausständigen Bergarbeitern solidarisch erklären und in den Streik treten. Zu diesem Zweck finden am Freitag in Hettstedt und Umgegend Hüttenarbeiterversammlungen statt, von denen es abhängen wird, ob nicht am nächsten Montag Zehntausende neu in den Streik treten.

Am Mittwoch fanden fünf überfüllte Frauenversammlungen in und um Hettstedt statt, die sich mit Begeisterung für den Kampf ihrer Männer aussprachen. In Klostermansfeld, wo Genosse Sasse sprach, waren an 1000 Personen, darunter 700 bis 800 Frauen erschienen, die voll Begeisterung seinen Ausführungen lauschten. Mehrfach wurde er durch minutenlange Weisfalls- oder Entrüstungsrufen unterbrochen, besonders, als er die volkswirtschaftlichen Schäden der Hauptpolitik des Schnapshotels und die Tätigkeit des Herrn Abgeordneten Dr. Arendt schilderte. Es war ein neues Evangelium, was diesen armen Frauen gepredigt wurde und mit Freude und Begeisterung lasen sie dem Redner die Worte von den Lippen. In dieser Versammlung konnte man auch merken, welcher Sympathie sich die Reichstreuen erfreuen und welchen Wert man ihnen zulegt. Als Sache auf die Reichstreuen, „feste Vollwerk“ gegen alle Streikgelüste zu sprechen kam, erscholl dröhnendes Hohngelächter durch den Saal und eine Frau rief: „Die Handwürste der Werksherren spielen, das ist der Zweck der Reichstreuen Verein!“ Jene Frau sprach nur aus, was das Volk allgemein empfindet — aber unter dem Druck der Verhältnisse machen die Leute bisher den Handwurf für die Herren. Damit dürfte nun doch endlich aufgeräumt werden. Den Frauenversammlungen am Mittwoch folgten am Donnerstag 8 Veleschaftsversammlungen, in denen die Fortsetzung des Streiks einstimmig beschlossen wurde.

Die Probe aufs Exempel.

Aus dem Bureau des Bergarbeiterverbandes wird uns geschrieben:

Unter obiger Ueberschrift bringen „Das Reich“ und einige andere Blätter gleicher oder ähnlicher Couleur einen Artikel, der sich mit dem Streik der Bergarbeiter in Mansfeldischen Revier beschäftigt. Der Artikel läßt den gelben Reib der „Christen“ erkennen darüber, daß die Mansfelder Bergarbeiter von der „christlichen“ Organisation nichts wissen wollen, sondern sich dem freien Bergarbeiterverbande angeschlossen haben. Daß sich die Stöckerjünger, dem Beispiele ihres „großen“ Meisters folgend, in dem Artikel eine Anzahl dreier Unwahrheiten leisten, versteht sich am Rande.

Zunächst ist unklar, daß „der sozialdemokratische Verband die von der liberalen Presse in dem Revier hervorgerufene Steuerdeckerung und die durch die Werkleitung durch Lohnreduzierungen veranlaßte Verbitterung der Arbeiter benützt, um agitatorisch vorzugehen“. Der „sozialdemokratische Verband“ hat schon vor einer Reihe von Jahren in jenem Revier Eingang gefunden und besitzt seit Jahren dort stabile Mitgliedschaften, wovon sich jeder durch die allmonatlich veröffentlichten Abrechnungen überzeugen kann. Daß die Lohnreduktionen und die mit Hilfe der „christlich-sozialen Arbeitervertreter“ geschaffene neue Belastung der Arbeiter mit dazu beigetragen haben, die Verbitterung der Arbeiter zu steigern, ist allerdings richtig; aber dann sollten „Das Reich“ und seine Gefinnungsgenossen auch verstehen, warum die Mansfelder Vergleute von den „Christlichen“ nichts wissen wollen. Aber die Lohnreduktionen und die neue steuerliche Belastung der Arbeiter waren doch nicht die ausschlaggebenden Gründe, welche die Mansfelder Vergleute in den Streik trieben. Der Hauptgrund war vielmehr das Bestreben der dortigen „christlichen“ Grubenprogen, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu rauben. Die fortgesetzten Maßregelungen von Arbeitern, die sich nicht haben zuschulden kommen lassen und deren einziges Verbrechen darin besteht, daß sie von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machen, brachte das Maß zum Ueberlaufen; dagegen den Kampf aufzunehmen, waren die Arbeiter ihrer Arbeiterehre schuldig. Daß sie sich zu Führern in diesem Kampfe nicht die waschlappigen „Christen“, sondern den Bergarbeiterverband, der schon seit Jahren sich bemüht hat, in dem Revier menschenwürdige Zustände zu schaffen, wählten, gereicht den Mansfelder Vergleuten nur zur

Ehre. — Eine Hegelei leistet sich „Das Reich“, welches vor wenigen Tagen dem Verbandsvorstand zugefügte Verleumdungen de- und wehmütig zurücknehmen mußte, durch folgendes:

„Die Kosten des Streiks werden die Ausständigen selber selbst zu tragen haben. Erfahrungsgemäß haben die Sozialdemokraten wohl Hunderttausende von Marx für russische und spanische Revolutionäre übrig, aber keine regelmäßige, ausreichende Streikunterstützung in solchen Fällen, wie im Mansfeldischen Revier.“

„Das Reich“ und seine Gefinnungsgenossen haben wirklich nicht nötig, sich ihre „christlichen“ Köpfe über die Streikunterstützung zu zerbrechen. Die Streikenden erhalten die statutarische Streikunterstützung, welche im Verbandsvorstand 12 M. pro Woche und für jedes Kind unter 15 Jahren 1 M. extra beträgt. Freilich, wenn die „Christen“ den Streik zu führen hätten, dann würde es den Streikenden wohl so gehen wie seinerzeit den dem „christlichen“ Gewerbeverein der Bergarbeiter angehörenden Streikenden in Lothringen. Dort konnte der „gewaltig starke“ Gewerbeverein keine Unterstützung zahlen, und was er gezahlt hat, hat er im dortigen Revier und sonstwo zusammengebetzelt. Die „Christen“ schließen also von sich auf andere, wenn sie behaupten, die Mansfelder Vergleute hätten die Kosten des Streiks selbst zu tragen.

Ueber die „christliche“ Hegelei, die Sozialdemokraten hätten wohl Hunderttausende von Marx übrig für russische und spanische Revolutionäre, aber nichts für die eigenen Mitglieder, gehen wir zur Tagesordnung über. Es hat keinen Zweck, sich mit dummdrechen Schafsköpfen über den Begriff Solidarität auseinanderzusetzen.

Soziales.

Strassenbahner.

Die Straßen- und Kleinbahn-Berufsgenossenschaft berichtet, daß im Jahre 1908 im ganzen 455 Betriebe, gegen 441 im Jahre 1907 berichtet waren. Während sich die Zahl der Betriebe vermehrt hat, ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter zurückgegangen. Im Jahre 1907 waren noch 97.669 Arbeiter beschäftigt, im Jahre 1908 dagegen nur 96.994. Eine Abnahme von rund 1000 Arbeiter. Und die Ursache? Der Bericht erwähnt nur, daß in 186 Betrieben die Elektrizität zur Anwendung gelangt und in diesen Betrieben allein 75242 Arbeiter schon beschäftigt werden.

Der Jahresdurchschnittslohn eines Verheirateten beträgt für einen Vollarbeiter im Straßenbahnbetriebe 1302 M. Bei den sogenannten Kleinbahnen mit Dampftriebeträg beträgt der Jahresdienst gar nur 980 M.

Die Zahl der angemeldeten Unfälle betrug im Berichtsjahre 4651 gegen 5125 im Vorjahre. Auf 1000 Verheiratete entfallen trotz des kleinen Rückganges immer noch 67,7 Verletzte im Durchschnitt. Erwähnt wird, daß in 4331 der gemeldeten Unfälle innerhalb der ersten 13 Wochen Genesung verzeichnet werden konnte. Nur in 321 Fällen mußte wohl oder übel eine Rente gezahlt werden, welche in 46 Fällen den Tod, in 339 Fällen teilweise und in 107 Fällen vorübergehende Erwerbsunfähigkeit zur Folge hatten. In 38 Witwen mit 86 Kindern wurde eine Rente neu gezahlt, ein Beweis, daß die Mehrzahl der Verletzten Familienväter waren. Der Bericht spricht auch von den „Witwen mit Unfallversicherung“, welcher jezt 5155 Krüppel und 366 Witwen mit 750 Kindern teilhaftig werden.

Der Bericht sucht wieder die Ursachen der Unfälle auf die Verheirateten selbst abzuwälzen. Nur in 16 Fällen will er eine Schuld der Unternehmer „festgestellt“ wissen. Unbewußt tragt er diese „Feststellung“ an einer Stelle lügen. Er hebt nämlich selbst hervor, welchen Einfluß die kurze und ungewohnte Beschäftigung in einem Betriebe auf die Unfallgefahr hat. In 41 Proz. der Unfälle waren es Verheiratete, die kaum im Betriebe tätig waren. Den Unternehmern wird zur Pflicht gemacht, „auf bessere Ausbildung des Personals“ bedacht zu sein, um Unfälle zu verhüten. Darüber, welchen Einfluß lange Arbeitszeit und Uebermüdung auf die Entstehung der Unfälle hatten, schweigt der Bericht.

Nach dem Sonderbericht der technischen Aufsichtsbeamten wurden insgesamt 254 Betriebe befristet; in 138 Betrieben oder 54,3 Proz. wurden 346 Mängel vorgefunden. Die Zahl der wirklichen Mängel war jedoch viel höher, denn der Bericht erwähnt selbst, daß für jeden Betrieb alle Verträge gegen ein und dieselbe Bestimmung der Verhütungsvorschriften nur als ein Mangel bezeichnet wurde.

Gegen 1856 erlassene Rentenbescheide haben 307 Verletzte Berufung zum Schiedsgericht erhoben und nur in 85 Fällen ein obliegendes Urteil über die Genossenschaft erzielt. Von 137 Refurten wurden wiederum 81 zugunsten der Genossenschaft erledigt und nur in 55 Fällen zugunsten der Verletzten.

Verfammlungen.

Der Zentralverband der Tapezierer hält in den Tagen vom 9.—16. Oktober in allen Städten, in denen sich Filialen des Verbandes befinden, zirka 140 Agitationsversammlungen ab. Der Zweck dieser umfassenden Agitation ist einerseits, die Unorganisierten dem Verbandszugezuführen, und andererseits, die Mitglieder aufzuräumen und anzuspornen, mitzuarbeiten an dem Ausbau der Organisation. Die hiesige Filiale hielt nun am Montag in den „Sophien-Sälen“ eine gut besuchte öffentliche Versammlung für die Tapezierer Berlins und der Vororte ab. Kollege Meyn aus Hamburg referierte über: „Wer schützt die Interessen der Tapezierer?“ Redner schilderte in großen Zügen die Entwicklung der Gewerkschaftsorganisationen im allgemeinen und des Tapeziererverbandes im besonderen, und führte den Beweis, daß einzig und allein nur der Zentralverband der Tapezierer die Interessen der Gehilfen in der wirksamsten Weise schützt. In der Diskussion suchten einige Anhänger der lokalistischen Richtung für ihre Organisationsform Stimmung zu machen, fanden aber bei der Versammlung keinen Anklang. Nachdem noch einige Redner vom Zentralverband unter lebhaftem Beifall der Versammlung die Argumente der Lokalisten zerplünderten, stimmten die Versammelten, nach einigen anfeuernden Worten des Vorsitzenden P i e t r i b e g e i z t in ein Hoch auf den Zentralverband ein.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Erregung in Spanien.

Madrid, 15. Oktober. (W. T. B.) Die heutige Sitzung des Ministerrates verlief sehr erregt. Die republikanischen und sozialistischen Mitglieder verließen den Saal. Die Eröffnung der Kammern, die heute nachmittags stattfand, ist ohne Zwischenfall verlaufen.

Gerbere, 15. Oktober. (W. T. B.) Aus Barcelona wird gemeldet, daß gestern abend 7 1/2 Uhr in einem Klavierlokal in der Nähe der Kathedrale eine Bombe gerade in dem Augenblicke platzte, wo die herbeigerufenen Schutzleute sich ihr näherten. Der Geschäftsinhaber und drei Schutzleute wurden schwer verletzt.

Madrid, 15. Oktober. (W. T. B.) (Deputiertenkammer.) Der Präsident verweigerte dem Republikaner Agazzi, dem Vertreter von Valencia, das Wort. Die Republikaner protestierten heftig und hinderten Maura zu sprechen. Die Majorität protestierte gegen die Haltung der Republikaner.

Triest, 15. Oktober. (W. T. B.) Während der heutigen Sitzung des Landtages hielt der liberal-nationale Abgeordnete Rascovic eine Gedächtnisrede für Ferrer. Alle Abgeordneten erhoben sich von den Sitzen. Der Redner schloß mit der Aufforderung, zum Zeichen der Trauer durch Verlassen des Saales die Sitzung unmöglich zu machen. Die Abgeordneten brachen in lauten Beifall aus und verließen den Saal.

Vom Bierkrieg.

Zurechnung der Konsumenten.

Die bürgerlichen organisierten Gastwirte aus dem Regierungsbezirk Potsdam beschäftigten sich am Donnerstag in einer Versammlung in Rauen mit der Bierpreisfrage.

Es wurde von dem Referenten Fiebig, dem Schriftführer des Verbandes der Gast- und Schankwirte für Berlin und die Provinz Brandenburg, festgestellt, daß die Verhandlungen mit den Brauereien vollkommen gescheitert sind, was, wie der Referent wiederholt betonte, in der Hauptsache der Schultzei-Brauerei zu verdanken sei.

Demnach sollen die Konsumenten mit den neuen Gläsern geküßt werden. Die Angriffe auf die Partei entspringen ebenfalls dem Bestreben, die Tatsachen zu verschleiern.

Die schimpfenden Gastwirte.

Die Gastwirte jammern jetzt in ihrer Hochpresse und in ihren Versammlungen gewollt über die schlechten Zeiten. Und kräftige Töne werden mitunter angeschlagen gegen Regierung und Reaktion.

Bei den letzten Wahlen 1907 sowohl als auch 1908 haben sich die Gastwirte redlich bemüht, der Reaktion zum Siege zu verhelfen. In geradezu widerlicher Aufdringlichkeit brachten sie sich als „Königstreue“ und „gut national“ bei den Wahlen und auch sonst in entsprechende Erinnerung.

Dabei pflegen sie sich aus Geschäftsrücksichten zu bemühen, nach außen die Fiktion aufrecht zu erhalten, als ob sie ganz „neutral“ seien und es bleiben müßten (was wir durchaus nicht verlangen).

Kleines feuilleton.

Wie entstand die Marschlied? Die von Rouget de Lisle gedichtete Nationalhymne der Franzosen, die in den Tagen der Revolution plötzlich wie ein Flammengzeichen ausluderte, war auf die Einzelheiten ihrer Entwicklungsgeschichte hin bisher noch nicht erforscht.

wird eröffnet, ohne daß nicht Guldigungstelegramme an den zuständigen „Landesvater“ und an den Kaiser abgehandelt werden. National und königstreu bis auf die Knochen, haben sie sich in ihren Organen (zuletzt noch während der Steuerberatung) wiederholt für die „Erhaltung von Deutschlands Wehrkraft zu Lande und zu Wasser“ erklärt, und daß dazu natürlich auch die notwendigen Steuern aufgebracht werden müßten.

Zudem ist die sozialdemokratische Partei, der „Vorwärts“ und die arbeitende Bevölkerung überhaupt an den das Gastwirts-gewerbe belastenden Steuern gänzlich unschuldig und das Geschimpfe der Herren Kühn, Herzberg und Konforten ist an die falsche Adresse gerichtet.

Biersteuererhöhung in Baden. Die süddeutschen Staaten haben ihre eigenen Biersteuern und müssen dafür einen entsprechenden Betrag als „Ausgleich“ an die Reichskasse abführen. Mit der Erhöhung der Biersteuer im Reich ist auch diese Ausgleichssumme gestiegen.

In München-Bladbach hat das Kartell der christlichen Gewerkschaften eine Boykottklärung gegen alle die Wirte erlassen, die Biergläser von zwei Zehntel Liter führen.

In Sachsen tobt der Bierkrieg weiter. Die Brauereien haben einen starken Rückgang des Bierabsatzes zu verzeichnen. In Leipzig hat der Bierkonsum ungewöhnlich stark nachgelassen.

Aus der Partei.

Der Sozialismus in Irland.

Dublin, 11. Oktober. (Fig. Ber.) Vor kurzem ist in Irland eine neue sozialistische Partei gegründet worden. Irland hat bislang nur wenige Sozialisten, da der Kampf um die politische Freiheit, das heißt um die Erlösung von Englands Herrschaft, die ganze Kraft der Irländer beschäftigt.

jagen nun mit diesem Marschlied nach der Hauptstadt und die Partier legten der Straßburger Hymne den Namen „Marschlied“ bei. Von Rouget de Lisle stammen nur sechs Strophen der Nationalhymne, während die siebente, die sich an die Kinder wendet und sie ermahnt, dem Vorbild der Väter zu folgen, bisher dem Dichter Lebrun oder auch dem bekannten Revolutionspoeten Marie-Joseph Ebner zugeschrieben wurde.

Die verfügbaren Wasserkraften. Auf der 17. Jahresversammlung des Verbandes deutscher Elektrotechniker gab Th. Koch einige Zahlen über die in einer Reihe von Kulturländern verfügbaren Wasserkraften, wie sie nach sorgfältigen Schätzungen auf Grund der in neun Monaten vorhandenen Wassermenge ermittelt sind.

Table with 4 columns: Land, Pferde-stärken, Landfläche in qkm, Einwohner. Rows include Schweden, Dänemark, Ungarn, Frankreich, Italien, Schweiz, Deutschland, Großbritannien.

Ueber Spanien liegen keine verlässlichen Angaben vor, ebenso wenig über die Vereinigten Staaten. Man erkennt, daß die nördlichen Länder an Wasserkraften außerordentlich reich sind.

den irischen nationalistischen Parteien anzugehören. Der Hauptzweck der neuen Bewegung ist die Ausführung eines erzieherischen Programms, um den irischen Arbeiter für den Sozialismus vorzubereiten, sobald er sich die politische Freiheit erobert hat.

Ein Volkshaus in Hannover.

Wie der „Volkswille“ mitteilt, ist am Dienstag beim Amtsgericht Hannover die Auflösung des Grundstücks Nikolaistr. 7, Weilerstr. 36 und Dodestr. 15/16 an die „Solidarität“, Partei- und Gewerkschaftshaus, G. m. b. H., erfolgt.

Vom Fortschritt der Presse. Die Magdeburger „Volkstimme“ hat beim Quartalswechsel 1600 neue Abonnenten gewonnen. Nege Werbearbeit der Genossen hat ihre Früchte gezeitigt.

De Felice gegen seine Verleumder.

Rom, 11. Oktober. (Fig. Ber.) Soeben ist in Rom ein Verleumdungsprozess beendet worden, den Genosse De Felice gegen das literale Blättchen „Pastore“ angestrengt hatte.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafentscheid der Presse. Wegen angeblicher Verleumdung eines Krankenträgers, der während der Typhusepidemie in Altwater seinen Beruf so ausgeübt hatte, daß er zu vielfachen Klagen Veranlassung gab, wurde Genosse Dars als Verantwortlicher der Dresdener „Volkswacht“ zu dreißig Mark Geldstrafe verurteilt.

Soziales.

Schadenersatz wegen mangelnder Beschäftigung.

Der Klavierarbeiter E. war beim Pianofortefabrikanten R. Pannwitz gegen Akkordlohn beschäftigt. Seine Arbeiten hat er des öfteren wegen Materialmangel unterbrochen und wiederholt aussetzen müssen.

Humor und Satire.

Wandprüche in einem gewissen Redaktionszimmer. Weh' dem, der zu der „Wahrheit“ geht durch Schuld, Sie wird ihm nimmermehr erfreulich sein. (Schiller.)

Bohottas jämmerliches Nachtlied. Ueber allen Gläsern Ist Ruh, In allen Häusern Findest du Kaum einen Spirit.

Notizen.

- Cool und kein Ende. Die Nordpolentdecker sind noch wie vor Gegenstand von lebhaften Meinungsäusserungen und Diskreditierungen. Ein Führer, der Cool bei seiner Besteigung des Mount McKinley in Alaska im Jahre 1906 begleitete, soll nach einer Meldung aus New York eifrig bekräftigt haben, daß der höchste von Cool damals erreichte Punkt noch mindestens vierzehn Meilen vom Gipfel entfernt war.

andern Teiles veranlaßt, so ist dieser zum Erfah des durch die Aufhebung des Dienstverhältnisses entstehenden Schadens verpflichtet. Das Gericht riet dem Beklagten, sich auf gutlichem Wege mit dem Kläger zu einigen. Dies geschah dann auch. Der Kläger soll noch 60 M. erhalten.

Darf das Weerdigungsweesen durch Polizeiverordnungen geregelt werden?

Verschiedene Städte der preussischen Monarchie haben die Leichenbestattung selbst übernommen und ordnungsgemäß geregelt. Eine solche Regelung des Weerdigungsweesens hat auch in Frankfurt a. M. stattgefunden. Dort schreibt eine Polizeiverordnung u. a. vor, daß ohne Genehmigung des Friedhofsamtes keine Leichen von Privatunternehmern nach den Friedhöfen befördert werden dürfen. Ein Privatunternehmer W. war auf Grund der betreffenden Polizeiverordnung angeklagt worden, weil er ohne Genehmigung des Friedhofsamtes Leichen nach einem Friedhofe in Frankfurt a. M. befördert hatte. Indessen sowohl das Schöffengericht als auch die Strafkammer sprachen W. frei, weil die betreffende Polizeiverordnung ungültig sei. Die Revision der Staatsanwaltschaft wurde zwar vom Kammergericht zurückgewiesen. Doch wurde unter anderem ausgeführt, eine Stadt sei berechtigt, das Weerdigungsweesen berart statutarisch zu regeln, daß nur sie die Leichen auf die Friedhöfe befördern dürfe. Eine Polizeiverordnung, welche Zuwiderhandlungen dagegen mit Strafe bedrohe, sei ebenfalls gültig, sie finde ihre Grundlage im § 86 und j des Polizeiverwaltungsgesetzes. Die Frankfurter Polizeiverordnung werde aber durch die Vorschrift ungültig, daß das städtische Friedhofsamt auch Privatunternehmern gestatten könne, Leichen nach dem Friedhof zu befördern.

Leipzig als Wadentunternemerin.

Den Leipziger Stadtverordneten lag am 18. Oktober ein umfangreiches Projekt zur Schaffung städtischer Wäder vor. Eine bereits vor Jahren eingesetzte Wäderkommission hatte das Resultat ihrer Arbeiten in einer Denkschrift niedergelegt. Die mit ihrer Beratung beauftragten Ausschüsse hatten im Prinzip den Plänen der Wäderkommission zugestimmt. Danach soll zunächst ein möglichst zentral gelegenes und großes Stills angelegt werden, in weiterer Folge würden dann in den verschiedenen Stadtteilen kleinere Anlagen zu errichten sein. In der Sitzung vom 18. Oktober wurden in namentlicher Abstimmung die Kommissionsanträge mit 41 gegen 22 Stimmen angenommen.

Aus der Frauenbewegung.

Zur Landtagswahl.

Am 29. Oktober hat die Arbeiterchaft im 5., 6., 7. und 12. Berliner Landtagswahlbezirk dafür zu sorgen, daß bei der Erwahl die verdient Vergeltung für den an den Vertretern der Sozialdemokratie begangenen schändlichen Mandatsraub geübt wird. Die Wiederwahl der bisherigen Abgeordneten ist einfach eine Ehrensache für die sozialdemokratischen Landtagswähler. Die taufkräftige Unterstützung der Wahlkämpfer durch die Klassenbewußten Proletarierinnen ist eine Notwendigkeit, denn die Wiedereroberung der Mandate wird infolge von illegalen, direkt arbeitersfeindlichen Praktiken bei der Aufstellung der Wählerlisten die Einsetzung der ganzen Kraft erfordern.

Von den Frauen gilt hier das Wort: Tuu res agitur. (Die Sache geht auch Dich an.) Wenn die Frauen auch nicht mitraten und mitlitten können im preussischen Landtag, so kann es ihnen auf keinen Fall gleichgültig sein, ob statt der mannhaften, aufrechten Vertreter der Sozialdemokratie im Dreiklassenhaufe vier freisinnige Einzugs halten. Freisinnshelben von jener rückgratlosen Sorte, die so oft den übermütigen Junkern den Steigbügel gehalten hat, wenn es mit Horrido und Hussah gegen Volkessforderungen für Privilegien der Besitzenden ging.

Es gibt keine Frage, die im preussischen Landtag verhandelt wird und nicht auch das Interesse der Frauen erheische. So ist der Landtag, dieser Hort der Reaktion, beispielsweise verantwortlich für die Vernachlässigung der Gewerbeaufsicht, von der in Preußen heute weit über eine halbe Million Industriearbeiterinnen betroffen werden. In keinem anderen Bundesstaat finden wir eine solche Vernachlässigung des geschlichen Schutzes von Leben und Gesundheit der Arbeiterchaft wie in Preußen.

Der Landtag ist dafür verantwortlich, wenn der preussische Staat im Punkte der Schädigkeit in der Bezahlung seiner Arbeiter allen anderen Arbeitgebern mit schlechtem Beispiele vorangeht. Noch immer werden den Unterbeamten und Arbeitern in Staats-

diensten wahre Hungerlöhne gezahlt. Ihre Frauen können ja sehen, wie sie sich mit Heimarbeit die Finger wund und die Augen blind nähen, um nach ein paar Groschen hinzu zu verdienen.

Am schlimmsten aber hat sich der preussische Staat unter ausdrücklicher Billigung von Seiten der reaktionären Mehrheit von jeher bis auf den heutigen Tag an der Erziehung der Jugend veründigt. Welche zum politischen Denken etwaige Frau empfindet nicht mit heiligem Schmerz die Armut der Vegriffe, ihre große Unwissenheit in so vielen wichtigen Dingen, für die einzig die Schule verantwortlich gemacht werden kann! Als Mutter zärtlich geliebter Kinder hat sie ein brennendes Interesse daran, daß die Volksschule nicht länger als „Armenerschule“ gedächet werde, für die der Staat so wenig wie möglich ausgeben will. Nach einer schulfstatistischen Aufnahme vom Jahre 1903 wurden in Preußen nicht weniger als 63 000 Klassen mit insgesamt 2 Millionen Schullindern nicht ordnungsmäßig durch eigene Lehrkräfte verwaltet. Fast ein Drittel sämtlicher der Volksschule besuchenden Kinder wurde hier von betroffen. 13 400 Klassen mit einer Million Schullinder waren sogar nach der von keinem Hauch moderner Pädagogik berührten Auffassung der Regierung in derselben Zeit überfüllt. Von den 6 1/2 Millionen preussischer Volksschüler — fast ausschließlich Kinder des Proletariats und der Landbevölkerung — wurde also fast die Hälfte in unverantwortlicher Weise in ihrer geistigen Entwicklung gehemmt und dadurch in ihrem späteren Fortkommen geschädigt. Bis heute ist nichts wirklich Durchgreifendes geschehen, um diesen skandalösen Zuständen ein Ende zu machen. Nimmt man dazu die Misere des Fortbildungsschulwesens, in dem insbesondere die Töchter des Volkes bis zur Stunde auf das ärgste benachteiligt werden, so ist das Sündenkonto des Landtags eigentlich schon groß genug. Aber es liege sich noch bis ins Unendliche verlängern.

In Kürze sei hier nur noch der für die Frauen des Proletariats so außerordentlich wichtigen Regelung der staatlichen Fürsorge für die Gebärenden gedacht. Die Sterblichkeit infolge von Kindbettfieber ist erschreckend hoch. Es fehlt an Entbindungsanstalten, es fehlt draußen auf dem Lande an tüchtigen Hebammen; wir haben in Preußen Landgemeinden, wo die Frauen aus Mangel an sachverständiger Geburts- hilfe wie die Fliegen dahinstirben oder bei der Entbindung langes qualvolles Siechtum erwerben. Das preussische Dreiklassenparlament hat erst im vergangenen Jahre bei der Beratung einer Reform des Hebammenwesens wieder gezeigt, daß es der Fürsorge für Pferde, Rinder und Schweine weit mehr Interesse entgegenbringt als der Sorge für Leben und Gesundheit der Mütter des Volkes. Millionen werden da für den Gestütetat bewilligt, während für die „Reform“ des Hebammenwesens die lächerlich geringe Summe von 50 000 M. ausgetorfen wurde. Bei 1 200 000 Geburten pro Jahr in Preußen kommen da auf jede Geburt genau vier und zwei Schentel Pfennig.

Die Frauen des Proletariats haben also alle Ursache, ihrer Anteilnahme an diesen wichtigen Fragen durch die Tat Ausdruck zu geben. Der Freisinn ist dem Volke nicht mehr wie alles schuldig geblieben, sonst hätte die Junkermacht nicht so groß werden und nicht so verbrecherisch an den vitalsten Interessen des Volkes freveln können. So kann die Parole in diesem Wahlkampf nur lauten: Gegen den lendenlahmen, volksverräterischen Freisinn, für die Verteidiger der Volkessrechte, für die Sozialdemokratie! Es ist Aufgabe der Frauen, überall, wohin sie kommen, aufklären in diesem Sinne, werbend für die Sozialdemokratie zu wirken.

Proletarierinnen, hinein in die Agitation, hinein in den Kampf! Macht Kaufleute, Lieferanten und Krämer auf die Bedeutung der Wahl aufmerksam! Wo Ihr unter Euren Bekannten und Verwandten abhängige Wähler und Beamte wißt, die nicht so wählen können, wie sie in ihrem eigenen Interesse wählen müßten, da veranlaßt sie, der Wahl fernzubleiben. So vermögen sie unserer Sache indirekt zu nutzen. Sorgt vor allem, daß Eure Männer, Brüder, Freunde am 29. Oktober ihre Pflicht tun und rot wählen! Helft, daß dieser Tag ein Ehrentag des Berliner Proletariats werde!

Die Lage der Glühstrumpfarbeiterinnen.

Die Fabrikation von Glühstrümpfen für Gasglühlicht ist ein einträgliches Geschäft. Es wirkt den Unternehmern, die es betreiben, reichen Gewinn in den Schoß. Sind es doch zumeist weib-

liche Arbeitskräfte, Mädchen und Frauen, die mit der Herstellung von Glühstrümpfen beschäftigt werden, und die Arbeiterinnen bilden für den Unternehmer immer noch einträglichere Ausbeutungsobjekte wie die Arbeiter.

Einiges über die wirtschaftliche Lage der Glühstrumpfarbeiterinnen erfährt man in einer Versammlung, zu welcher der Bezirksleiter Großkopf vom Deutschen Metallarbeiterverbande am Donnerstag die Arbeiterinnen der Firma Auergeellschaft, Abt. A., Abt. B., Richard Feuer und Export-Gasglühlichtgesellschaft eingeladen hatte. Die Betriebe dieser drei Firmen befinden sich in ein und demselben Gebäude am Commeniusplatz. Die Arbeitsverhältnisse der Glühstrumpfarbeiterinnen sind bei allen drei Firmen die gleichen. Nach dem, was hierüber in der Versammlung gesagt wurde, gehören die Glühstrumpfarbeiterinnen mit zu den schlechtestgestellten Industriearbeiterinnen. Die Arbeit ist Affordarbeit. Neun Stunden soll die tägliche Arbeitszeit betragen. Gegenwärtig müssen aber täglich 1—2 Ueberstunden gemacht werden, so daß der Arbeitstag regelmäßig auf 10—11 Stunden ausgebeht wird. Wie überall, so machen sich auch hier die schädlichen Begleiterscheinungen der Affordarbeit bemerkbar. Die ohnehin kurz bemessenen Pausen werden nicht inngehalten, denn der geringe Verdienst treibt die Arbeiterinnen schon vor Ablauf der Pause wieder an die Arbeit. Die Vesperpause ist auf 1/2 Stunde bemessen. Diese Zeit reicht nicht aus, um in den weitläufigen Fabrikgebäuden die im Keller befindliche Kantine aufzusuchen. Die Arbeiterinnen stehen deshalb auf den Fluren herum und sitzen auf den Treppen, während sie ihr Vesperbrot einnehmen.

Wie sieht es mit dem Verdienst aus, den die Glühstrumpfarbeiterinnen in der ausgebehten Arbeitszeit und bei aller Hast der Affordarbeit verdienen? Der Referent Großkopf sprach von Wochenlöhnen, die sich meist zwischen 11 und 14 M. bewegen und nur in Ausnahmefällen bereingt bis 18 M. steigen. Aber eine Arbeiterin, die in der Diskussion auftrat, schilderte die Verhältnisse als noch erheblich schlechter. Sie sagte: 18 M. verdient keiner in der ganzen Fabrik. Ich selbst habe in der Woche nur 9 M. und 9 Pf. verdient, 16 Pfennig die Stunde. Jetzt komme ich auf 15 Pf. die Stunde. Mehr verdienen die meisten Arbeiterinnen nicht. Aber es gibt welche, die noch viel weniger verdienen. Die jugendlichen Arbeiterinnen müssen mit 4 M. wöchentl. nach Hause gehen. Was aber das Betwertlichste ist: die niedrigen Löhne, die wir verdienen, werden durch Geldstrafen noch erheblich gekürzt. Wenn eine Arbeiterin ein Stück Papier auf den Boden fallen läßt oder ein ähnliches unbedeutendes Versehen begeht, so verhängt der Meister, der in dieser Hinsicht vollkommen willkürlich waltet, Strafen von 25 Pf., 50 Pf., ja es werden Strafen bis zur Höhe von 1 M. verhängt.

Wie weiter ausgeführt wurde, ist auch die Heimarbeit in der Glühstrumpffabrikation eingerissen. Viele Arbeiterinnen nehmen nach Schluß der 10- bis 11stündigen Arbeitszeit noch Arbeit mit nach Hause. Da sitzen sie denn bis spät in die Nacht hinein, um den kümmerlichen Verdienst, den sie in der Fabrik erzielen, durch Heimarbeit etwas zu erhöhen.

Auch über sanitäre Missetände im Betriebe wurde geklagt. Unter anderem wurde angeführt, daß in einem Saale, wo die Glühkörper abgebrannt werden, durch viele Gasflammen eine unerträgliche Hitze erzeugt wird, daß aber die Ventilation nicht genügend, um frische Luft einzuführen und die Hitze herabzumindern. Als einmal der Gewerbeaufsichtsbeamte die Fabrik besuchte, wurden in der Abrennerei sämtliche Flammen verlöscht und die Fenster geöffnet. Als dann der Aufsichtsbeamte den Saal betrat, war für den Augenblick über die Temperatur und die Luft nicht zu klagen. So hatte man den Beamten getäuscht. Nach seinem Fortgange herrschten natürlich wieder dieselben unerträglichen Verhältnisse wie vordem.

Man sieht, daß die Glühstrumpfarbeiterinnen Ursache genug haben, über ihre Verhältnisse nicht nur zu klagen, sondern sich zusammenzuschließen und etwas für die Verbesserung ihrer Lage zu tun. Diesem Zweck dient die Agitation, welche der Metallarbeiterverband unter den Glühstrumpfarbeiterinnen betreibt. In demselben Zweck war auch diese Versammlung einberufen. Die Vertriebsleitung aber arbeitet diesen Bestrebungen mit den bekannnten Mitteln entgegen. Meister suchten durch Drohung mit Entlassung die Arbeiterinnen vom Besuch der Versammlung abzuhalten. Ueberstunden waren für den Versammlungsabend angeordnet, und zwar derart, daß ein Teil des Betriebes um 6, ein anderer um 7, ein dritter um 8, ein vierter vielleicht noch später Feierabend machte, wodurch verhindert werden sollte, daß die Versammlung aus allen Teilen des Betriebes besucht werden könnte. Diese Maßnahmen hatten denn auch den Erfolg, daß der Besuch der Versammlung in keinem Verhältnis stand zur Zahl der im Betriebe beschäftigten Arbeiterinnen. Doch diejenigen, die erschienen waren, werden dafür sorgen, daß der Gedanke der Solidarität in den Reihen der Glühstrumpfarbeiterinnen Wurzel faßt, daß sie der Organisation zugeführt werden, um sich durch deren Hilfe eine Verbesserung ihrer überaus ungünstigen Arbeitsverhältnisse zu erkämpfen.

Warenhaus

Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestrasse 70-71.

Heute, Sonnabend, den 16. Oktober cr., Schluß des Verkaufs der preiswerten gestrickten Herbst- und Winter-Strümpfe, Barchent-Röcke, Beinkleider, Männer- und Frauen-Hemden

Von Sonnabend, den 16. bis Dienstag, den 19. Oktober ^{solange Vorrat:} Preiswertes Angebot in Lebensmitteln

Westf. Salamiwurst	Pfd. 1.60
Westf. Schlackwurst	Pfd. 1.60
Feste Salamiwurst	Pfd. 1.35
Feste Schlackwurst	Pfd. 1.35
Schlackwurst	Pfd. 98 Pf.
Salamiwurst	Pfd. 98 Pf.
Tee-Wurst	Pfd. 1.15

Fleischwaren

Kasseler Rippespeer	Pfd. 85 Pf.
Kalbfleisch	Pfd. 80, 85, 90 Pf.
Suppenhühner	Stück 1.65—2.25
Rehblätter	Stück 1.65—2.25
Brat- und Fettgänse	Pfd. 56, 65, 68 Pf.

Rotwurst	Pfd. 45 Pf.
Zwiebelwurst	Pfd. 45 Pf.
Berliner Mettwurst	Pfd. 60 Pf.
Mettwurst Braunschweiger Art.	Pfd. 85 Pf.
Fleischwurst	Pfd. 85 Pf.
Landleberwurst	Pfd. 85 Pf.
Feine Leberwurst	Pfd. 95 Pf.

Konserven neuester Ernte

Schnittbohnen	1/2 Dose 27 Pf.
Brechbohnen	1/2 Dose 27 Pf.
Junge Erbsen	1/2 Dose 35 Pf.
Gemischtes Gemüse	1/2 Dose 44 Pf.
Pfefferlinge	1/2 Dose 48 Pf.
Stangenspargel	1/2 Dose 98 Pf.
Erdbeeren	1/2 Dose 90 Pf.

Kolonialwaren

Gehrannter Kaffee					
Mischung	V	IV	III	II	I
Pfund	0.90	1.05	1.30	1.45	1.60
Unsere Marken sind wegen des vorzügl. Geschmacks allseitig bekannt.					
Victoria-Erbsen Ia	1 Pfd.	18 Pf.	5 Pfd.	85 Pf.	
Grüne Erbsen	1 Pfd.	17 Pf.	5 Pfd.	80 Pf.	
Gesch. Erbsen Ia	1 Pfd.	23 Pf.	5 Pfd.	1.10	
Linsen	1 Pfd.	12 Pf.	5 Pfd.	55 Pf.	
Linsen mittelgroß	1 Pfd.	16 Pf.	5 Pfd.	75 Pf.	

Frisches Obst

Weintrauben blau	Pfd. 10 Pf.
Kochbirnen	Pfd. 6 Pf.
Tafelbirnen	Pfd. 8, 10, 14 Pf.
Mus-Aepfel	Pfd. 8, 10 Pf.
Tafel-Aepfel	Pfd. 10—25 Pf.
Tiroler Aepfel	Pfd. 30 Pf.
Kranzfeigen	Pfd. 25 Pf.

Unsere Verkaufsräume werden um 1/2 9 Uhr geöffnet.

Die Ermordung des Francisco Ferrer

lautet die Tagesordnung von

drei

Volksversammlungen

welche am

Sonntag den 17. Oktober, 12 Uhr mittags

in folgenden Lokalen stattfinden:

Kliems Festsälen, Hasenheide 13/15.

Kellers Festsälen (Inhaber Freyer), Koppenstr. 29.

Prachtsälen des Westens (Moabit), Wickestr. 24.

Referenten: Reichstagsabgeordneter **Richard Fischer**, die Stadtverordneten **Borgmann, Heimann, Ad. Hoffmann**, u. Rechtsanw. **Dr. Osk. Cohn**.

Den Einwohnern Groß-Berlins soll Gelegenheit gegeben werden, gegen die

Verbrechen der spanischen Pfaffenherrschaft Protest einzulegen.

Jedermann ist freundlichst eingeladen.

Der Einberufer: **Eugen Ernst**, Wöhlertstr. 9.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charlotenstr. 3. Hof III. Amt 3, 1957.

Sonntag, den 17. Oktober 1909, vormittags 9 1/2 Uhr:
Bezirks-Versammlung für Spandau

im Lokal Vorkwärts, Schönwalder Straße 80.
Tages-Ordnung:
1. Der Generalfreitag in Schweden, und welche Lehre muß die Arbeiterschaft daraus ziehen? Referent Kollege Sandke. 2. Disziplin. 3. Verbandsangelegenheiten.

Achtung! Schlosser! Achtung!

Montag, den 18. Oktober 1909, abends 8 1/2 Uhr:
Schlosser-Versammlung
im Gewerkschaftshaus (Großer Saal), Engelufer 15.
Nur Mitglieder haben Zutritt. — Mitgliedsbuch legitimiert.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Stadtd. Genossen Axel Köhler über: „Die neue Reichsversicherungsvorschrift“. 2. Wahl des Branchenleiters, der Agitationskommission und der Schlichtungskommission. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
Kollegen, deren Organisationen der Berliner Gewerkschaftskommission angeschlossen sind, haben Zutritt.
Zahlreiches Erscheinen erwartet. 124/1

Die Ortsverwaltung.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß Protokolle vom Verbandstag in Hamburg bei den Kassierern und im Bureau zu haben sind.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter

Ortsverwaltung Berlin.
Geschäftsstelle Berlin O. 54, Wulsdorfstr. 10, I. — Fernsprecher Amt III, 4518.

Sonntag, den 17. Oktober, nachm. 1 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (großer Saal):

Allgemeine Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Robert Fendel** über: „Die gegenwärtige politische Lage!“
2. Geschäfts- und Kassenbericht vom 3. Quartal 1909.
3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich!
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Putzerträger. Achtung!

Sonntag, den 17. Oktober 1909, mittags 12 Uhr:
Öffentl. Versammlung der Putzerträger
von Berlin und Umgegend
im Lokal von **Paul Obiglio**, Schwedter Straße 24.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Gewerkschaftsleiters Genossen **Eugen Brückner** über: „Hat die Arbeiterklasse im heutigen Staats-Gleichberechtigung?“ 2. Diskussion.
Es ist Pflicht eines jeden Putzerträgers, in dieser Versammlung zu erscheinen. 80/17*

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen (E. H. 86 Hamburg).

Mitglieder-Versammlungen

finden statt:

- Bezirk A** am Sonntag, den 17. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 11.
- B** am Sonntag, den 17. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, bei **Ehlers**, Wiener Straße 25.
- C** am Sonntag, den 17. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei **Schulz**, Alte Jakobstr. 18/19.
- D** am Sonntag, den 17. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei **Hummel**, Sophienstr. 5.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftliches. 2. Kassenbericht vom 3. Quartal 1909. 3. Ergänzungswahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes.
NB. Zur Feier des 25-jährigen Bestehens findet am **Sonntag, den 30. Oktober 1909**, in den **Andreas-Festsälen**, Andreasstraße 21, ein **Kunstabend** statt. Billets sind in den bekannten Abstellen sowie bei jedem Vorstandsmitglied zu haben. 195/5
Die Ortsverwaltungen.

Zentral-Verband der Stukkateure, Gipser und verwandten Berufsgenossen.

Filiale Berlin.

Zeit Tarifvertrag ist die Arbeitszeit für die Wintermonate wie folgt geregelt: Vom 15. Oktober bis 15. November Anfang 7 1/2 Uhr, Frühstück 9-9 1/2 Uhr, Mittag 12-12 1/2 Uhr, Feierabend 4 1/2 Uhr, tägliche Arbeitszeit 8 Stunden.
Abweichungsversuche von dieser Regelung sind auf alle Fälle abzulehnen. 174/14
Die Ortsverwaltung.

Möbel Lechner

jetzt nur Brunnenstraße 7, am Rosenthaler Tor.

Laden und 1. Etage.

**Wohnungs-Einrichtungen
in kolossaler Auswahl
auf Kredit und gegen Bar**

Bei Anzahlung von Mk. 15,— bis Mk. 20,— 1 Kleiderschrank 1 Bettstelle 1 Matratze 2 Stühle 1 Tisch 1 Spiegelschrank 1 Kücheneinrichtung pro Woche Mk. 1,— bis Mk. 2,—	Bei Anzahlung von Mk. 30,— bis Mk. 40,— 1 Kleiderschrank 1 Vertiko 2 Bettstellen, 4 Stühle 1 Sofatisch 1 Spiegel 1 Spiegelschrank, 1 Sofa 1 farbige Küche pro Woche Mk. 2,— bis Mk. 3,—
--	---

Einzelne Möbelstücke von Mk. 5,— Anzahlung an.
Liefere auch nach auswärts! Auf Wunsch Katalog!
Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf Mk. 5,— gutgeschrieben. — Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

29 13

Das Geschäftshaus der Firma
Gardinenhaus Bernhard Schwarz
Wallstr. 29
wird am 21. Oktober abgebrochen.

Während des Umzuges am 15., 16. u. 17. Okt. nach

Wallstr. 13

bleibt das Geschäft geschlossen.

Am Eröffnungstage **18. Okt.** werden an
tags, dem **Wallstr. 13**
keine Präzente verabfolgt

Gänse! Täglich frisch! Gänse!

sowie sämtliche Gänse-Artikel, als Gänseklein u. Gänselebern, Gänsefleisch m. Keulen a Pfd. 0,70, ohne Keulen a Pfd. 0,40, Räucherkeulen mit und ohne Knochen. 119/4

Prima Schlack- und Salami-Wurst a Pfd. 1,10 empfiehlt
Hermann Leissner, Berlin G., Klosterstr. 93/95, Ecke Kaiser-Wilhelm-Str.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Blumen- u. Kranzbinderei

Aug. Krause,
Wiener Straße 7.
Liefert Vereinskränze usw. billig.

Vom Arbeiter

zum **Millionär**
vom Handwerker, vom kleinen Beamten, vom Kaufmann, überhaupt von Jedem, der auf sein Neuhäres hält, wird für billiges Geld wirklich aufstehende, taubelose Garderobe gesucht. Nur im Kaufhaus für Monatsgarderoben, Große Frankfurter Straße 93, erhalten Sie diese und können darin leicht

zum Millionär

werden. Wir verkaufen von Millionären, Doktoren, Reisenden sowie feinsten Kavaliere nur wenig getragene, in den ersten Werstätten Deutschlands und des Auslands, teils sogar auf Seide gearbeitete, an Stoff und Haltbarkeit unübertroffene

Serie I Serie II Serie III

Maß-Anzüge 8 M. 14 M. 18 M.

Maß-Paletots 6 M. 12 M. 16 M.

Geschäfts-Anzüge werden billigst verliehen.

Kaufhaus für Monatsgarderoben

Große Frankfurter Straße 93.

Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten. Streng reelles Geschäft. Keine Filialen am Plage.

Abteilung II Neue Garderoben.

A. WERTHEIM G.M. B.H.



LEIPZIGER STRASSE

ROSENTHALER-STRASSE.

ORANIEN-STRASSE.

Versand-Abteilung Berlin W. 66.

Heute **LEBENSMITTEL** soweit der
Sonnabend Vorrat reicht:

Schinkenwurst Pfund 1.15 Mk.
Salamiwurst Pfund 1.15 Mk.
Zervelatwurst Pfund 1.10 Mk.
Landschinken ca. 8-12 Pfund schwer 1.10 Mk.
Mausschinken ca. 2-3 Pfund schwer 1.20 Mk.
Schinkenspeck Pfund 1.00 Mk.
Gänsebrust Pfund 1.45 Mk.

Gänse Pfd. 55, 60, 65 Pf.
Suppenhühner 1.60, 2 Mk. 2.20
Brathühner 75, 90 Pf., 1.20
Kasseler Rippespeer
Pfd. 80 und 90 Pf.

Hallesche Leberwurst Pfund 1.00 Mk.
Feine Leberwurst Pfund 95 Pf.
Landleberwurst Pfund 90 Pf.
Jagdwurst Pfund 90 Pf.
Rotwurst Pfund 45, 65 Pf.
Teewurst Pfund 1.15 Mk.
Königsbg. Fleck 1/4 Dose 85, 1/2 Dose 50 Pf.

Hirschfleisch Keule und Rücken Pfd. 80, Blätter Pfd. 40, Ragout Pfd. 25 Pf.

Weintrauben blau Pfd. 10 Pf. Pisa-Goldtrauben Kiste ca. 9 1/2 Pfd. 1.45

Tiroler Aepfel Pfd. 8 Pf.
Grosse Kochäpfel Pfd. 10 Pf.
Tafeläpfel Canada-Reinetten Pfd. 12 Pf.

Ital. Tafelbirnen (Seiplone) Pfd. 14 Pf.
Kochbirnen Pfd. 7 Pf.
Ital. Pfirsiche Pfd. 20 u. 24 Pf.

Carl Zobel - Hermann Vandsburger

BERLIN

Köpenickerstrasse 121 im Eckhaus Friedrichstrasse 7 am Belle-Alliance-Platz Turmstrasse 30a Ecke Wilhelmshavenerstr.

Sacco - Anzüge

in den modernsten Fassons und Farben

16.50 20.- 24.- 27.- 30.- 35.- bis 60.- M.

Paletots - Ulster

in denkbar grösster Auswahl

18.- 22.50 25.- 28.- 30.- 36.- bis 65.- M.

Für die Solidität der Stoffe und Zutaten übernehmen wir volle Garantie

Herren-Bekleidung

fertig und nach Mass

Die Mass-Anfertigung

geschieht in eigenen Werkstätten unter Leitung erster Zuschneider und bürgt das alte, vorzügliche Renommee unserer Firmen für tadellosen Sitz und gediegene, elegante Ausführung.

Berliner Weißbier-Brauerei A.-G.

vorm. Carl Landré

N. 37, Straßburger Str. 6/8 Amt III. 1692

empfiehlt 2600L*



Prima Berliner Weißbier

sowie die stark eingebraute Spezialmarke

„Edelweiße“.

Flaschenbierversand durch unsere Verleger.

Aufträge nimmt die Brauerei entgegen.

Kottbuser Leske & Lehrer Kottbuser

Damm 78 Spezialhaus guter Herren- und Knabenbekleidung fertig und nach Maß.

Herbst- und Winter-Neuheiten!

Herbst- u. Winter-Anzüge, enorme Auswahl, vornehme Moden, 50.-, 48.-, 45.-, 42.-, 16.00
elegante tadellose Paletotten. Nur 40.-, 38.-, 36.-, 33.-, 16 M.
eigene Erzeugnisse! 30.-, 28.-, 24.-, 22.-

Paletots und Ulster. Nur eigene Erzeugnisse! Ueberraschende 55.-, 50.-, 45.-, 16.00
Auswahl in entzückenden Stoffenheiten. 40.-, 36.-, 32.-, 16 M.
Abarbeitung u. Fassons, Paletotten unübertroffen. 28.-, 24.-, 20.-

Reichhaltigste Auswahl in den neuesten Webarten. Vorzügliche Maßarbeit sehr preiswert!!!

Unerreichte Auswahl in Stoffenheiten zur Anfertigung feiner Herren-Bekleidung nach Maß. Sämtliche bei uns bestellten Kleidungsstücke werden unter Leitung erster Zuschneider in eigenen großen Betriebswerkstätten hergestellt.

Wir richten die ergebene Bitte an unsere geschätzten Freunde u. Gönner, uns Bestellungen recht bald zu übergeben, damit wir in der Lage sind, die uns bestellten Kleidungsstücke aufs beste verarbeiten zu können. Für tadellose Anfertigung und besten Sitz übernehmen wir weitgehendste Garantie.

78 Kottbuser Damm Leske & Lehrer Kottbuser Damm 78

Bitte beachten Sie genau Firma und Hausnummer! Bekleidungen für alle Berufe.

Unsere Grundsätze:

Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe in allen Abteilungen enorme Auswahl in allen Arten der Bekleidung und gute n Sitz in werden stets das Neueste zum Verkauf bringen in verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen in haben auf jeden Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Original-Entwurf! Nachdruck verboten!

Die Affäre des Hauptmanns Scheunemann vor Gericht.

Wegen Beleidigung des Hauptmanns der Schutztruppe Scheunemann hatte sich gestern vor der dritten Strafkammer der Kaufmann Max Müller zu verantworten.

In der Vernehmung über seine Person machte der Angeklagte folgende Angaben: Er ist im Jahre 1873 in Hamburg geboren und befindet sich gegenwärtig im Untersuchungsgefängnis.

Vor Eintritt in die Verhandlung stellte Staatsanwaltschaftsrat Borzell den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Stillschließung.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Nemeß: Vor Eintritt in die Verhandlung habe ich folgende Erklärung im Namen des Angeklagten abgegeben: Der Angeklagte will die Beschuldigungen, die er in dem Briefe an den Abgeordneten Nebel gegen den Hauptmann Scheunemann erhoben hat, nicht mehr aufrechterhalten.

Landgerichtsdirektor Lieber: Es handelt sich hier um die bekannten kolonialen Reichstagsdebatten vom Dezember 1906, die zur Auflösung des Reichstags führten.

Landgerichtsdirektor Lieber: Es handelt sich hier um die bekannten kolonialen Reichstagsdebatten vom Dezember 1906, die zur Auflösung des Reichstags führten.

Rechtsanwalt Dr. Nemeß: Der Angeklagte ist ein Mensch von sehr niedriger geistiger Begabung, und dies mag wohl hauptsächlich den Anstoß zu der ganzen Angelegenheit gegeben haben.

Es wird sodann der Einstellungsbeschluss in dem Verfahren gegen Hauptmann Scheunemann zur Verlesung gebracht, aus welchem hervorgeht, daß die eidlich vernommenen Zeugen die sämtlichen Behauptungen des Briefes als „Küstenkassch“ und platt erfinden bezeichnet haben.

Hauptmann der Schutztruppe Scheunemann bekundet als Zeuge folgendes: Ich kann die sämtlichen in dem Briefe enthaltenen Beschuldigungen und Angaben nur als ebende Verleumdungen bezeichnen.

*) Anmerkung. Gegenüber der unrichtigen Behauptung des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektors Lieber, und der unzutreffenden Ansicht des Zeugen Scheunemann, Nebel sei „in gewöhnlicher Weise“ vorgegangen, erinnern wir an den wirklichen Sachverhalt.

Unaufgelöst ist geblieben, weshalb die Kolonialverwaltung dem, wie aus der Untersuchung gegen den Hauptmann hervorgeht, als Küstenkassch in weiteren Kreisen bekannten Inhalt des Briefes nicht vor dem Jahre 1906 nachgegangen ist.

Unaufgelöst ist geblieben, weshalb die Kolonialverwaltung dem, wie aus der Untersuchung gegen den Hauptmann hervorgeht, als Küstenkassch in weiteren Kreisen bekannten Inhalt des Briefes nicht vor dem Jahre 1906 nachgegangen ist.

daß ich den Einküsterungen eines Lumpen Geschlechts habe. Es tut mir aufrichtig leid. — Zeuge Scheunemann: Es tut mir leid, daß Sie sich soweit haben hinreich lassen, und ohne erst zu prüfen, derartige Verdächtigungen in die Welt hinausgeschleudert haben.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen gab dann der Angeklagte Müller folgende Erklärung ab: „Ich bekenne, daß ich den an den Reichstagsabgeordneten Nebel gerichteten Brief aus Mitleid vom 14. Mai 1904 geschrieben habe, in welchem ich die seinerzeit im Reichstag erörterten schwereren Beschuldigungen gegen den Hauptmann Scheunemann, Dominil und den Oberleutnant von Stamm erhoben habe.“

Nachdem diese Erklärung öffentlich zur Verlesung gebracht worden war, verlas Landgerichtsdirektor Lieber eine von dem Unterstaatssekretär des Reichskolonialamtes unterzeichnete Erklärung, in welcher dieser namens des kaiserlichen Gouverneurs von Kamerun die gestellten Strafanträge mit Rücksicht auf die Erklärung des Angeklagten und seinen lebenden Zustand zurücknahm.

Der Vorsitzende verkündete daraufhin den auf Einstellung des Verfahrens lautenden Beschluß des Gerichts. Der Angeklagte wurde sofort aus der Untersuchungsanstalt entlassen.

Aus Industrie und Handel.

Pfäffischer Patriotismus.

Das Zentrum macht — aus ersichtlichen Gründen — wieder einmal in Patriotismus, in „Schutz der deutschen Arbeit“. In der Nummer vom 10. Oktober veröffentlicht die „Kölnische Volkszeitung“ einen Artikel, in dem auf die „Zentrale zur Verleumdung des deutschen Arbeitsmarktes durch die Inlandsindustrie“ aufmerksam gemacht wird.

Ein norwegisches Wassergesetz hat vor kurzem durch die Sanction des norwegischen Parlaments das Licht der Welt erblickt. Es bezweckt die Ausnutzung norwegischer Wasserkraft durch ausländische Gesellschaften zu erschweren.

Das Weltpostporto. Der englische Generalpostmeister wurde jüngst im Unterhaus um Einführung des Penny (1/2 Pf.) Postos, das im ganzen Reichsverkehr gilt, auch für den Verkehr mit Konstantinopel gebeten, da es keinen Sinn habe, daß Briefe dorthin 2 1/2 mal so viel kosteten als nach den englischen Besitzungen in der Südsee.

Gerichts-Zeitung.

„Amerik. prakt. Herzlin.“

Frau Emma Hellwig hatte in der Presse folgende Annonce veröffentlicht: „Amerik. prakt. Herzlin Frau Hellwig, kaal, approb., als Dr. med. daselbst in 10jähriger Praxis.“

wig die Ermächtigung im Staate Illinois erlangt hatte, im Staate Illinois die ärztliche Praxis auszuüben. Eine Zuwiderhandlung gegen § 147 Biffer 3 der Gewerbeordnung liegt aber nach Ansicht der Strafkammer vor, weil die Angeklagte sich als Dr. med. bezeichnet habe.

Nicht Pfund Käse — zum alsbaldigen Gebrauch.

Der Arbeiter Jawidoff hatte sich am 2. April vor dem Landgericht Lübeck wegen Diebstahls zu verantworten, der Korbmacher Meyer wegen Hehlerei. J. hatte in einem Laden ein 8 Pfund schweres Stück Käse im Werte von 2.20 M. entwendet und dem draußen wartenden M. zum Tragen übergeben.

Wenn die Anklagebehörden die Zeit, die sie auf den Versuch des Beweises verwenden, daß unbedeutende Schwärze und dergleichen gestohlen und nicht nur entwendet seien, ökonomischen und sozialen Studien widmen würden, so würde manche weltfremde Anklage in Horzfall kommen.

Der Gerichtshof im „Nientopp“

Eine eigenartige Gerichtshofung spielte sich gestern ab. Die 7. Strafkammer des Landgerichts I, unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Splettstößer, verhandelte gegen den Buchhändler Ariel Sch. wegen Verbreitung unzüchtiger Abbildungen.

Züchtigungsberechtigt des Ortsschulinspektors.

Vom Landgericht Stargard i. Pom. ist am 6. Mai der bisherige Pfarrer und Ortsschulinspektor Paul Herrmann in Schönwalde wegen fahrlässiger Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 30 M. verurteilt worden.

Verfammlungen.

Schweizer-Verammlung. Am Mittwoch fand in den Oranienburger Festsälen eine Verammlung der im Landarbeiterverband organisierten Schweizer statt, zu welcher Rechtsanwält Genosse Dr. Oscar Cohn das Referat übernommen hatte.

An der Diskussion beteiligten sich die Schweizer Schmidt, Eifermann, Engelmann, Kühle und Gnischwitz. Gnischwitz gestellte in kurzen Worten namentlich das Treiben des Stellenvermittlers Reichold, der zugleich Geschäftsführer des „Bundes Deutscher Sennen“ ist.

Der Vorsitzende Georg Schmidt schloß die sehr gut besuchte Verammlung mit der Aufforderung, daß auch die Schweizer recht regen Anteil an dem Schnapsdöbelfest nehmen möchten, damit auch sie ihrerseits ihr Teil dazu beitragen, daß den Junkern nicht die Taschen gefüllt werden. Eine große Anzahl der Erschienenen ließ sich in den Verband aufnehmen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 3, zweites Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 7 Uhr abends bis 9 1/2 Uhr Freitag, 7 Uhr Samstag, wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

Vier Streitfragen. 1. Rein, überhaupt nicht, sondern nur einzelne Gliedmaßen. 2. Eine reine Privatsache. 3. Nach einer Kammergerichtsentcheidung vom 19. Dezember 1906 werden die ungeliebten Kinder von aus der Kirche Ausgetreten der Religionsgemeinschaft zugerechnet, der die Eltern angehört haben. Es muß für die Kinder, so lange dieselben minderjährig sind, ebenfalls der Austritt erklärt werden, oder diese nachgehenden Austritt nach erreichter Volljährigkeit (21 Jahre) selbst. 4. Ja, im Jahre 1892. — R. G. 112. Wenden Sie sich an das Bureau des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Charlottenstr. 3. — Gmll. Ihre Anfrage ist nicht recht verständlich. — G. M. P. S. Und sind solche Vorgänge nicht bekannt. Vielleicht richten Sie Ihre Anfrage einmal an den Vorstand der Freien Galt- und Schankwirte, Berlin (Lützow, Kemeler Straße). — G. G. 9. In geschäftlichen Angelegenheiten können wir Sie nicht beraten. — Zwei Bartlöse. Die Mittel helfen dem Verkäufer immer. Der Käufer sollte sie aber, ohne vorher den Wert befragt zu haben, nicht benutzen. — Paulow, M. G. 101. Wenden Sie sich an den Senatspräsidenten Simonowitsch, Zentrale für das deutsche Krankenversicherungswesen, Berlin, Engelstr. 15. — Taber 475. 1. Rein. 2. Es ist nicht verboten. 3. Die von Ihnen angeführte Nummerierung fiel am 28. März 1901 bei der Einweihung der Einweihung der Kaserne des Alexander-Regiments. In der Rekrutenanfrage in Potsdam vom 29. November 1891 finden sich außerdem die Worte von Vater und Mutter sehr, die Eltern nicht bezeichnen. — P. 31. Wenden Sie sich an Frau G. Sorenson, Schöneberg, Gedankstr. 57, III. — Ungar 48. 1. Nein; aber in der Volksbuchhandlung in Jena und zwei Heften von nichtparteilichem Schriftsteller erschienen. 2. Dr. Lommel, Jena, Lützowstr. 3. Hotel Krone, Berlin, Wilhelmstr. 37. Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose, Schriftführer James Jakobus, Berlin O., Warschauer Straße 45. — Krebs 99. 1. Am 12. März 1881. 2. Laut Gesetz vom 19. März 1888: fünf Jahre (früher drei Jahre). 3. Vom 70. Lebensjahr ab. — H. 7. Wenden Sie sich an den Erziehungs- und Fürsorgeverein für schwachbegabte Kinder, Berlin N 29, Grasseer Straße 7. — Streitfrage. Brandenburg in Ostpreußen. Pleden. Kreis Heiligenbeil. Regierungsbezirk Königsberg. 1397 Einwohner. — G. G. 51. Wenden Sie sich an die Redaktion der „Flamme“, Berlin O., Breitenstr. 3.

Austritt nach erreichter Volljährigkeit (21 Jahre) selbst. 4. Ja, im Jahre 1892. — R. G. 112. Wenden Sie sich an das Bureau des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Charlottenstr. 3. — Gmll. Ihre Anfrage ist nicht recht verständlich. — G. M. P. S. Und sind solche Vorgänge nicht bekannt. Vielleicht richten Sie Ihre Anfrage einmal an den Vorstand der Freien Galt- und Schankwirte, Berlin (Lützow, Kemeler Straße). — G. G. 9. In geschäftlichen Angelegenheiten können wir Sie nicht beraten. — Zwei Bartlöse. Die Mittel helfen dem Verkäufer immer. Der Käufer sollte sie aber, ohne vorher den Wert befragt zu haben, nicht benutzen. — Paulow, M. G. 101. Wenden Sie sich an den Senatspräsidenten Simonowitsch, Zentrale für das deutsche Krankenversicherungswesen, Berlin, Engelstr. 15. — Taber 475. 1. Rein. 2. Es ist nicht verboten. 3. Die von Ihnen angeführte Nummerierung fiel am 28. März 1901 bei der Einweihung der Kaserne des Alexander-Regiments. In der Rekrutenanfrage in Potsdam vom 29. November 1891 finden sich außerdem die Worte von

Vater und Mutter sehr, die Eltern nicht bezeichnen. — P. 31. Wenden Sie sich an Frau G. Sorenson, Schöneberg, Gedankstr. 57, III. — Ungar 48. 1. Nein; aber in der Volksbuchhandlung in Jena und zwei Heften von nichtparteilichem Schriftsteller erschienen. 2. Dr. Lommel, Jena, Lützowstr. 3. Hotel Krone, Berlin, Wilhelmstr. 37. Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose, Schriftführer James Jakobus, Berlin O., Warschauer Straße 45. — Krebs 99. 1. Am 12. März 1881. 2. Laut Gesetz vom 19. März 1888: fünf Jahre (früher drei Jahre). 3. Vom 70. Lebensjahr ab. — H. 7. Wenden Sie sich an den Erziehungs- und Fürsorgeverein für schwachbegabte Kinder, Berlin N 29, Grasseer Straße 7. — Streitfrage. Brandenburg in Ostpreußen. Pleden. Kreis Heiligenbeil. Regierungsbezirk Königsberg. 1397 Einwohner. — G. G. 51. Wenden Sie sich an die Redaktion der „Flamme“, Berlin O., Breitenstr. 3.



Sunlicht Seife

hat einen märchenhaften Umsatz. 20 Millionen Stück ist der Wochenverbrauch. Über die ganze Erde ist Sunlicht-Seife verbreitet. Dieser enorme Consum ist aber das beste Zeugnis, welches diesem hervorragenden Fabrikat ausgestellt werden kann, das überall in stets gleichbleibender Güte zu haben ist!



Für den Inhalt der Anzeiger übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 16. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Dalber.
Kgl. Schauspielhaus. Die Kaffahier.
Neues Schauspielhaus. Das Gremel.
Deutsches. Hamlet. (Anf. 7 Uhr.)
Kammerspiele. Die Zerst. (Anfang 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Neues Königl. Opern-Theater. Der Geigenmacher von Mittenwald.
Festung. Hedda Gabler.
Römische Oper. Auferstehung.
Berliner. Einer von unsers Leut.
Nachm. 3 Uhr: Der Traum ein Leben.
Neues. Das Urbild des Tartuffe.
Hedda. Hanna Jagert.
Wochen. Die geliebte Frau.
Volksoper. Die Jüdin.
Thalia. Prinz Huss.
Reibens. Gretchen.
Trianon. Pariser Bildwe.
Lustspielhaus. Man soll keine Briefe schreiben.
Kleines. Moral.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Macbeth.
Schiller Charlottenburg. Die erste Geige.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Die goldne Eva.
Lustspielhaus. Der kleine Zeppelein.
Kaiser. Michael Kohlhans.
Metropol. Galoch!! — Die große Renne.
Hollés Gabrice. Mobilisierung. Der gemisse Augenblick. Anf. 8 1/2 Uhr.
Hoftheater. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Gebr. Herrnsfeld-Theater. Frau Elms Friseur. Meine = Deine Tochter.
Karl Haberland-Theater. Spezialitäten.
Café. Dufel Cohn.
Wohlfahrt. Spezialitäten.
Gastspiel. Ungerade Tage. Der Deserteur. Die kausche Tolnetto.
Cousin Paupoulette.
Palast. Großstadtgander. Spezialitäten.
Ronds Theater. Frauenlampf.
Vauage. Spezialitäten.
Reichshallen. Siedler Sänger.
Urania. Tausendfrage 18 49.
Abends 8 Uhr: In den Dolomiten.
Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. Donath: Die elektrischen Wellen und Strahlen.
Steruwart. Invalidenstr. 67/62.
Lessing-Theater.
8 Uhr: Hedda Gabler.
Sonntag, 3 Uhr: Der Hund der Sabirerinnen. 8 Uhr: Der König.
Montag, 8 Uhr: Des Pfarrers Tochter von Stralsdorf.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
In den Dolomiten.
Hörsaal 8 Uhr:
Prof. Dr. Donath: Die elektrischen Wellen und Strahlen.
Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die geschiedene Frau.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr. Halbe Preise: Ein Walzertraum.
Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr. Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Sonnabend, 16. Oktober, Anf. 8 Uhr:
Die goldne Eva.
Lustspiel in 3 Akten v. Fr. v. Schwan und Koppel-Wilfeld.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Dasselbe.
Abends 8 Uhr: Die goldne Eva.

Lustspielhaus.

Nachm. 3 Uhr: Am Klubsessel.
Abends 8 Uhr:
Man soll keine Briefe schreiben.

Residenz-Theater

Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Gretchen.
Grosste in 3 Akten von David und Vichsky.
Morgen und folgende Tage:
Dasselbe Vorstellung.
Diesen u. nächst. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Kümmere Dich um Amecke.

Gastspiel-Theater

Köpenicker Straße 67/68.
Täglich abends 8 1/2 Uhr:
Ungerade Tage.
Der Deserteur.
Die kausche Tolnetto.
Cousin Paupoulette.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Macbeth.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von William Shakespeare.
Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Macbeth.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Zwillingschwester.
Montag, abends 8 Uhr:
Ein Erfolg.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die erste Geige.
Lustspiel in 4 Akten v. Gustav Bied und Hans Peterfen.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Welt, in der man sich langweilt.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Don Carlos.

CASTAN'S PANOPTICUM

Friedrichstr. 165 (Pachoroplast).
Ohne Extra-Entree!
Sesam! Das neueste Geheimnis!
Täglich 7 1/2 Uhr abends:
Humoristische Künstler-Abende.
Neues Programm.
Margarete Cara,
Signor Arturo,
Moderns Zauberkünster.

Passage-Theater.

Der größte Erfolg der Theatersaison!
Henry Bender
in der tollen Burleske
Der süße Doktor.
Ferner:
Claire Waldoff
und der große Variété-Teil.

ROSE-THEATER
Große Jeanharter Str. 182.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Michael Kohlhans.
Historisches Schauspiel in 4 Akten nach Heinrich v. Kleists historisch. Roman von Louis Schen.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Grille.
Abends: Michael Kohlhans.
Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Pariser Witwen.

ROSE-THEATER

Große Jeanharter Str. 182.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Michael Kohlhans.
Historisches Schauspiel in 4 Akten nach Heinrich v. Kleists historisch. Roman von Louis Schen.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Grille.
Abends: Michael Kohlhans.
Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Pariser Witwen.

Trianon-Theater.

Abends 8 Uhr:
Pariser Witwen.

Zirkus Schumann

Sonnabend, den 16. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Abend.
Debut Debut
?? Les Aribots ??
Neu! Neu!
6 Damen Probenies 6 in ihren großartigen Leistungen.
Jagd-Sportakt
m. Wagen, Pferd u. Hund der Les Sohmans u. Ciotti.
Pferd u. Pony
Phantasie-Revue v. Miss Louise. Der Schimyanse als vorzüglichster Radfahrer. — Fräul. Dora Schumann mit 2 e i t t Nummeranten Hengst. — Jimu. Jam. Ovaro Bros., Argentinien.
Sonntag: Zwei Vorstellungen. 4 Uhr u. 7 1/2 Uhr. Nachm. ein Kind unter 10 Jahren auf allen Sitzplätzen frei. weitere Kinder zahlen halbe Preise.

Zirkus Busch.

Sonnabend, den 16. Oktober 1909, abends 7 1/2 Uhr präzis:
Gr. Galavorstellung.
Zwerg Clown Francois
als **Kunststreiter.**
Die Cleveland!
Herrn Manns Wunderlofant.
Mim. Smaragda Kalkondressur.
Herr E. Schumann, Noudress.
Um 9 1/2 Uhr: **Farmerleben!**
Morgen Sonntag, den 17. Oktob. 4 und 7 1/2 Uhr 2 gr. Vorst. Ein Kind u. 10 Jahren halbe Preise.

Casino-Theater

Vollringer Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Dufel Cohn
Dufel Cohn
Dufel Cohn
Dufel Cohn
Dufel Cohn
Dufel Cohn
Sonntag 4 Uhr: Familie Klankert

Stadt-Theater Moabit.

Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 17. Oktober 1909:
Der Dornenweg.
Schauspiel in 3 Akten v. F. Philipp.
Kassensührung 6 Uhr.
Vorstellung 7 Uhr.
Vorverkauf täglich von 10-11 Uhr im Theater-Restaurant.
Jeden Montag: Lustige Sänge.

Passage-Panoptikum.

Die Traumalerin
Aga d. schwebende Jungfrau.
Der Motoboy d. künstl. zeri. Mensch
Tamburitz-Brigant.
Panophon-Vorträge
Vltaskop-Theater
Alles ohne Extra-Entree!
Dauervorstellung von 4-7 Uhr.

Das Schlagwort Groß-Berlins

ist und bleibt
Union-U.T. Theater
Alexand. Platz. Neues Königstr.
Grand-Hotel Alexanderplatz.
Vornehmst. Riesen-Kinematograph der Welt.
Sensationell!! Sensationell!!

Auferstehung

nach dem Roman des Grafen Leo Tolstol
und **Riesen-Programm**
das nur aus-Pracht-Piöcen.
gewählter Programm frei. Garderobe frei
Eintrittspreise v. 30 Pf. aufw.
Ununterbrochen. Vorstellung von 5 Uhr an.

W. Noacks Theater

Braunstr. 16, am Rosenholer Tor.
Große Extra-Vorstellung:
Durch Nacht zum Licht.
Anfang 1/9 Uhr. Tanz.
Sonntag 3 Uhr: Die Klüber.
1/8 Uhr: Durch Nacht zum Licht.
Montag: Alt. Sonders humoristischer Abend.

Zirkus - Tunnel

im Zirkus Schumann-Gebäude, Karlstraße.
Täglich: erstklassige Spezialitäten
Konzert
der 30 Mann starken Hauskapelle.
Jeden Sonnabend: **Einzig frei.**

Walhalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 19-20, Rosenthal Tor.
Anf. 8 Uhr. Die großartigen Oktober-Spezialitäten.
Im Tunnel: Regimentskapelle.
Theaterbesuchern freier Eintritt.

1884 Zum 25jährigen Jubiläum 1909
haben wir unseren Käufern die Anzahlung und Abzahlung aufs geringste ermäßigt, ferner erhält jeder Käufer ein wertvolles Jubiläumsgeschenk!

Möbel auf **C. WACHSMANN & Co.**
Reinickendorfer Str. 15
Ecke Ravenéstrasse — neben der Feuerwache.

Einrichtungen sowie Ersatzstücke
Besond-res Angebot in Herren-, Damen- u. Kinder-Konfektion
Schuhwaren, Pelzkolliers
Teppiche, Gardinen etc. etc.

CREDIT

Berliner Theater.

Seit 8 Uhr:
Einer von unsers Leut'.
Nachm. 3 Uhr: Der Traum ein Leben.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr:
Das Urbild des Tartuffe.
Morgen und folgende Tage:
Das Urbild des Tartuffe.
Volks-Oper.
SW. Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8.
Zweites Gastspiel des Kammerjägers Werner Alberti.

Die Jüdin.

Anfang 8 Uhr.

Für Alle Welt

heißt das mit dem heutigen Tage neu eröffnete ganz kolossale Kaufhaus auf Kredit

zu
direkt am Kaiser-**Schöneberg** Hauptstrasse 19
: Wilhelm-Platz : dem alten Rathaus gegenüber

Warum der Name: FÜR ALLE WELT?

Weil es aller Welt bereitwilligst seine Waren: wie Möbel, Teppiche, Garderoben etc. etc., unter den kaum denkbar günstigsten Zahlungsbedingungen zur Verfügung stellt.

Weshalb Schöneberg?

Weil das enorme Wachstum von Schöneberg, Charlottenburg, Steglitz, Friedenau, Wilmsdorf und der angrenzenden Orte ein Unternehmen in der Art, wie wir es bringen, gerade zu erfordert.

Worin bestehen die Vorteile

für die, welche bei uns kaufen??
Das sollen und werden Sie sofort sehen, wenn Sie zu uns kommen!!!

Kommen Sie!!! Ob verheiratet, ob ledig!
Ob Dame, ob Herr!!!

Kommen Sie Alle, Alle ungeniert!

Sehen Sie sich erst ruhig unsern Betrieb an! Sie brauchen durchaus nichts zu kaufen; trotzdem bekommen Sie zur Erinnerung an Ihren Besuch bei uns eine **Überraschung**, die Ihnen und Ihren Angehörigen viel **Vergnügen** bereiten wird. Bringen Sie uns diese Annonce mit und die erwähnte **Überraschung** wird Ihnen sofort ausgehändigt.

Ergebenst

Für Alle Welt Warenvertrieb auf Teilzahlung G. m. b. H. **Schöneberg**
Hauptstrasse 19 am Kaiser-Wilhelm-Platz.



M. Schulmeister

Dresdener Straße 4,
am Kottbuser Tor.

Nur eigene Konfektion!

Herbst- u. Winter-Paletots,
modern gestreifte Eskimo- u. Melton- Qualitäten, Ia Bearbeitung 60, 51, 50, 48,50, 45, 38,50, 32,50, 30,50, **25⁵⁰** M.

Moderne Ulster,
1 und 2 reihig, Formen zum Durchknöpfen, in den neuesten Mustern 48,50, 45, 40,50, 36,50, 32,50, 29,50, **27⁵⁰** M.

Jackett-Anzüge,
eleg. Fassons, prima Roßhaar-Verarbeitung 50, 45, 42,50, 38,50, 34, 39,50, 27,50, **24⁵⁰** M.

Rock - Anzüge 29⁵⁰ 54⁰⁰ M.

Gehrock-Anzüge 36⁵⁰ 70⁰⁰ M.

Burschen- u. Knaben - Garderoben.
Herren-Beinkleider.
Arbeiter-Berufskleidung.

Anfertigung nach Maß unter Garantie für tadellose Sitz, haltbare Stoffe, Ia Verarbeitung, eleg. Paßform.

A. B. Koch

Kohlen-Preisgroßhandlung
Gegründet 1893.
Haupt-Kontor Berlin O. 34,
Petersburger Straße 1
(gegenüber Warschauer Straße).
Telephon Amt 7 Nr. 3040 u. 3096.

Lagerplätze u. Verkaufsstellen

- I. O. 31. Chb. Güterbahnhof, Sing. Müderdorfer Str. 71, fr. Chb. Bahnh. art.
- II. O. 17. Chb. Güterbahnhof, Fruchtstr. 13.
- III. Weihensee, Güterbahnhof, Greifswalder Straße 80a.
- IV. N. 113. Behmitzstraße 28-34, Ecke Schinkelbeiner Straße.
- V. N. 65. Antonstraße 36-41, Ecke Ruhelplatzstraße.

Preise für nur 10 Marken ab Platz von 10 Str. an:

- Prima Halbheine
- Herdinard Str. 88 Pf.
 - Goldheine Alfo. Str. 95 Pf.
 - Herdinard-Bril. Str. 90 Pf.
 - Anna und Waldmannsheil Str. 97 Pf.
 - Wäckerichstr. Str. 99 Pf.
 - la Diamant-Zalon gefällig gewählt (pr. Str. 110-120 St.) Str. 105 Pf.
 - Alte u. Anhalt.
 - Kohlenwerke Str. 105 Pf.
 - la Anthrazit-Cade Str. 2,30
- Kohle, Holz, Steintohlen usw. zu den billigsten Tages- u. Konventionspreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Str. 10-15 Pf. mehr. — Bei Originalwaggons und größeren Aufträgen verlangen Sie meine Spezialofferte.



Der neue architektonisch
prächtige Fassaden-Bau
unseres Geschäftshauses
Brückenstraße 11

BAER SOHN

Spezialhaus größten Maßstabes für gute Herren- und Knaben-Kleidung

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurterstraße 20 □ Schöneberg, Hauptstraße 10

Der Haupt-Katalog No. 58 und der Livree-Katalog No. 56 kostenlos und portofrei

Damen-
Kostüme, Röcke
Blusen, Jacketts, Pelzsachen

Ganze
Wohnungs-Einrichtungen
sowie einzelne Gegenstände

auf Teilzahlung.

S. Gottlieb
Rosenthalerstr. 54.

Herren- und Knaben-Anzüge
Paletots von 1 Mark
pro Woche an.

Gelegenheitskauf.

Wir empfehlen zu herabgesetzten Preisen:

Entwicklungsgeschichte der Natur.

Von Wih. Bötsche.
2 Bände, gegen 1785 Abbildungen im Text und zahlreichen Tafeln in Schwarz- und Farbendruck.
Statt 18,- M. nur 10,- M.

Länder- und Völkerkunde.

Von Dr. F. W. Paul Lehmann
Direktor des Schüler-Realgymnasiums in Stettin.
2 Bände mit 1024 Abbildungen im Text und vielen Tafeln in Schwarz- und Farbendruck.
Statt 18,- M. nur 10,- M.

Was ist die Natur?

Von Wih. Bötsche.
Tafellos erhaltene Reprintendruck-Exemplare in schönem Leinenband.
Statt 2,50 M. nur 1,50 M.

Werden und Vergehen.

Eine Entwicklungsgeschichte des Naturganges in gemeinverständlichster Darstellung.

Von Carus Stern.

Herausgegeben von Wih. Bötsche.
Zwei starke Bände, reich illustriert, dauerhaft und geschmackvoll gebunden.
Statt 25,- M. nur 10,- M.

Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW.
Lindenstr. 69 (Laden).

Schmelzer Volks-Humorist.
Gesellschaft Terzett, Stettinerstr. 57

Möbel

auf Teilzahlung
(geringe Anzahlung)
M. Goldstaub
Zossener Str. 38 pt. u. 1 Tr.
Ecke Gneisenaustraße.
Kein Abzahlungsgeschäft!

Anerkannt
größte Rücksicht
bei
Arbeitslosigkeit
und
Krankheit.

Partei-Angelegenheiten.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Mit Rücksicht auf die Landtagswahlen wird der diesmonatliche Lesabend der Frauen für Groß-Berlin Montag, den 18. Oktober, abgehalten.

Als Vortragsthema gilt überall: „Die Bedeutung der preussischen Landtagswahlen“. Die ständigen Referenten sollen an diesem Abend die Bedeutung der Landtagswahlen behandeln.

Auf den Lesabenden gelangt ein Flugblatt an die Frauen zur Ausgabe. Die Genossinnen sollen dieses Flugblatt in einer größeren Zahl von Exemplaren mitnehmen und an alle Frauen, auf welche sie einwirken können, zur Verteilung bringen. Durch diese Verbreitung von Frau zu Frau hoffen wir ebenfalls eine Wirkung auf das Wahlergebnis hervorzubringen.

Zweifellos haben auch die Genossinnen der Kreise, in welchen diesmal nicht gewählt wird, geschäftliche, freundschaftliche oder familiäre Beziehungen zu den Frauen der vier zur Wahl stehenden Bezirke und sind so in der Lage, auch ihrerseits für sozialdemokratische Wahlen, wenigstens indirekt, zu wirken. Nicht der kleinste Umstand, der das Wahlergebnis zu unseren Gunsten beeinflussen kann, darf bei dieser Wahl außer acht gelassen werden.

Das Flugblatt wird heute an die uns ausgegebenen Stellen verhandelt.

Das Verbandsbureau.

Zur Lokalliste. Das Lokal „Grünauer Garten“, Inhaber A. Fischer, Grünauer Straße 14, steht der Arbeiterkraft zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Zweiter Wahlkreis (Friedrichshagen). Drucker- und Nacharbeiter! Bohlmorgen am Sonntag, den 17. Oktober, bei Julius Meyer, Dranienstr. 103.

Tagesordnung: 1. Wie haben wir den Besuch unseres Zahlmorgens? 2. Stiftungsfeier. — Zahlreiches Erscheinen erwarten Die Bezirksleiter.

Herbstfest des ersten Kreises.

Das Bildungsbedürfnis des Arbeiters kommt vor allen Dingen in dem Interesse zum Ausdruck, das er allen künstlerischen Darbietungen entgegenbringt. Aus diesem Grunde haben die Arbeiterorganisationen die Verpflichtung, durch Veranstaltung von Theater- und Musikvorstellungen, Konzerten, Kunstausstellungen dieses Bildungsbedürfnis zu befriedigen.

Wie in jedem Jahre veranstaltet der Wahlverein des ersten Berliner Wahlkreises auch in diesem Jahre am Sonntag, den 17. Oktober, im Gewerkschaftshaus, Engelauer, sein Herbstfest. Anfang 8 Uhr, Einlass 8 Uhr. Verbunden mit dem Herbstfest ist die Feier des 20jährigen Bestehens des Wahlvereins, so daß diese Veranstaltung einen besonders glanzvollen Verlauf zu nehmen verspricht.

Dem Vorstand ist es gelungen, nicht nur den Gesangverein „Typographia“ für die Mitwirkung zu gewinnen, sondern erstklassige Berliner Künstler und Künstlerinnen werden nach der Festrede Regitationen, Gesangsvorträge und Klavierstücke zum Vortrag bringen. Es haben zugehört: Herr Fr. Richard vom Deutschen Theater, Frau Frida Richard vom Hebbel-Theater, Frau Mirjam Horwitz-Biegel vom Kleinen Theater, Herr Leo Reitenberg (Wägel).

Das diesjährige Herbstfest dürfte demnach künstlerisch eine Veranstaltung werden, die die Genossen zu zahlreicher Teilnahme veranlassen sollte.

Sechster Wahlkreis. Die Fortsetzung der am 28. September verlegten Generalversammlung findet am Dienstag, den 19. Oktober, in den Germania-Sälen statt. Die Debatte über die Beschlässe des diesjährigen Parteitag wird fortgesetzt.

Sonntag, den 17. Oktober, bei Wille, Brunnenseite 188. Öffentliche Versammlung für Männer und Frauen. Genosse Georg Udo spricht über die politische Lage mit besonderer Berücksichtigung der bevorstehenden Wahlen. Nachher gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Steglitz. Am Sonntagvormittag 8 Uhr findet die Sonderteller-Verbreitung für die am Mittwoch, den 20. d. M., stattfindende öffentliche Versammlung von den Bohlsstellen aus statt. Der Vorstand.

Lankwitz. Morgen (Sonntag) früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung. Der Vorstand.

Lichtenberg. Heute Sonnabend findet im „Schwarzen Adler“, Inhaber Gebrüder Arnold, Frankfurter Chaussee 6/6, das Herbstfest des Wahlvereins statt. Dasselbe besteht aus einem großen Musikkonzert (Kammermusik und solistische Vorträge des Neuen-Zonmücker-Orchesters, Dirigent Franz Hölzfelder, unter Mitwirkung des Violoncellisten Herrn Emil Seerlin. Nach dem Konzert: Großer Ball. Billetts sind bei sämtlichen Bezirks- und Gruppenführern zu haben. In Anbetracht der außerordentlichen Darbietungen wird auf ein zahlreiches Erscheinen der Mitglieder gerechnet.

Vogelhege-Nummernburg. Am Sonntag, den 17. Oktober, findet eine Agitationstour nach Niedersdorf-Kallberge und Alt-Landsberg statt. Die in Betracht kommenden Genossen werden ersucht, Sonntag früh 8 Uhr pünktlich in der Zeitungspedition, Alt-Vogelhege 66, zu sein. Die Bezirksleitung.

Nieder-Schöneweide. Die Genossen treffen sich am Sonntag, den 17. d. M., 8 1/2 Uhr, pünktlich zur Flugblattverbreitung in den Bezirkslokalen. Der Vorstand.

Neuenhagen, Frederksdorf, Peterzhagen, Bruchmühle, Eggersdorf. Sonntag, den 17. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn R. Wicke, Frederksdorf: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Berichterstattung vom Parteitage. Referent: Genosse Wessel. 2. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 3. Verschiedenes. — Sonntag früh 8 Uhr Federblattverbreitung. Der Vorstand.

Schöneiche. Am heutigen Sonnabend feiert der Wahlverein des Bezirks Schöneiche sein erstes Stiftungsfest. Die Genossen haben große Aufwendungen gemacht, um den Gästen einen gemächlichen Abend zu verschaffen; wie Blüten deshalb um zahlreiches Besuch. Die Bezirksleitung.

Buch (Bezirk Franz-Buchholz). Heute Sonnabend abends 8 1/2 Uhr: Jahlabend bei Junke, Schönower Straße.

Franz-Buchholz. Am Sonntagvormittag 7 1/2 Uhr Flugblattverbreitung. Treffpunkt am Bahnhof Blankenburg, Abfahrt 7.56 Uhr. Die Bezirksleitung.

Tegel. Morgen, Sonntag, früh von 8 Uhr an Sondertellerverteilung von den bekannten Bezirkslokalen aus.

Desgleichen findet morgen, Sonntag, nachmittags eine gemeinsame Besichtigung der Treptower Sternwarte statt. Die Teilnehmer treffen sich um 2 1/2 Uhr an der Endstation der Straßenbahn, Hauptstraße, Ede Berliner Straße. Abfahrtspunkt 2 1/2 Uhr mit bestelltem Wagen. Die nachträglich bestellten Karten werden an der Abfahrtsstelle ausgegeben. Schulpflichtigen Kindern ist die Teilnahme gestattet.

Am Montag, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet in 8. Krapps Festsaal, Bahnhofstr. 1, eine Volksversammlung statt. Agitiert für Massenbesuch. Die Bezirksleitung.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Heute Sonnabend findet im Restaurant Viednitz (an der Kirche) ein Lichtbildervortrag statt. Thema: Unsere heutige Kenntnis vom Ursprung des Menschengeschlechts. Vortragender Herr M. G. Baega. Anfang pünktlich 8 Uhr abends. Eintritt 25 Pf. Nach dem Vortrag findet gemütliches Beisammensein mit Tanz statt. Wir erlauben die Genossen und Genossinnen für einen guten Besuch Sorge zu tragen. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Gegen die Schand- und Greuelstaten der spanischen Reaktion,

gegen die Ermordung Francisco Ferrers

soll die Einwohnerschaft Groß-Berlins Stellung nehmen.

Morgen, Sonntag, den 17. Oktober, mittags 12 Uhr, finden

- in Kleins Festsaal, Hagenheide 13/15,
Kellers Festsaal, Kopenstr. 29,
Prachtfaal des Westens, Roabit, Wicelstr. 24

drei große Volksversammlungen statt.

Referenten: Richard Fischer, Hermann Borgmann, Hugo Heimann, Adolf Hoffmann und Dr. Oskar Cohn.

Wir ersuchen die Genossen und Genossinnen, für regen Besuch zu agitieren.

Der geschäftsführende Ausschuss.

Aus der Magistratsitzung vom 15. Oktober. Der Magistrat beschloß in seiner gestrigen Sitzung mit Rücksicht auf das vom Abgeordnetenhaus gelegentlich der Beratung des neuen Postzettelgesetzes an die Staatsregierung gerichtete Ersuchen und mit Rücksicht auf einen neuerlichen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, von neuem mit der Staatsregierung wegen Uebertragung der

Wohlfahrtspolizei auf die Stadtgemeinde in Verhandlung zu treten. — Die neue Feuerwache in der Ungarische (am Schillerpark), deren Fertigstellung am 1. Juli 1910 zu erwarten ist, soll mit vier Kraftfahrzeugen — Dampfspritze, Tender, Gaspräge, Leiter — belegt werden. Der Magistrat hat beschlossen, die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung dazu nachzusuchen, daß die Kraftfahrzeuge schon jetzt bestellt und die erforderlichen Summen in den Etat für 1910 eingestellt werden. Die städtischen Gaswerke führen seit dem Jahre 1874 der Gemeinde Stralau Gas zu und haben bis zum Jahre 1900 auch einen Teil der Straßen beleuchtet.

Damals ging Stralau zur elektrischen Beleuchtung über, will aber jetzt wieder die Gasgasbeleuchtung für ihre Straßen einführen. Einem aus diesem Anlaß neu abzuschließenden 10jährigen Vertrage mit der Gemeinde stimmte der Magistrat zu und wird die Genehmigung der Stadtverordneten dazu einholen.

Die Schuld an dem Eisenbahnunglück bei Reinickendorf-Rosenhof, über das wir am Mittwoch und Donnerstag berichteten, soll anscheinend dem Schächtermeister R a i m a l d aufgebürdet werden. Er ist mit einer Anklage wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes und fahrlässiger Körperverletzung mit tödlichem Ausgang bedroht. Raimwald bestreitet entschieden, daß ihm eine Schuld an dem Unglücke treffe, und er kann zu seinen Gunsten mancherlei anführen. Die Straße, die er entlang fuhr, war nicht beleuchtet; der Abend war dunkel und neblig; der Bahnübergang hatte weder Schranken, noch war er durch Lichter kenntlich gemacht; das Geräusch des rollenden Wagens auf dem gepflasterten Wege verhinderte, daß etwa das Geräusch des herannahenden Zuges wahrgenommen werden konnte. Sehr bemerkenswert ist, daß Raimwald durch Zeugen, die sich ihm angeboten haben, feststellen lassen kann, daß an derselben Stelle schon früher ähnliche Unglücksfälle, wenn auch nicht mit so tragischem Ausgange, vorgekommen sind. So ist vor Jahresfrist ein Eisenhändler aus Reinickendorf mit Pferd und Wagen von einem Wagnzug dort niedergedrückt worden. Der Händler kam mit dem Leben davon, wenn er auch verletzt wurde und sein Fuhrwerk einbüßen mußte; er erhielt später, wie er behauptet, 400 M. als Entschädigung. Von einem Lumpenhändler wird erzählt, daß er ebenfalls an jener Stelle verunglückt sei. Entsprechen diese Behauptungen der Wahrheit, so wäre es unverantwortlich gehandelt, daß man es auf ein neues Unglück ankommen lieg; zum mindesten hätte doch die Uebergangsstelle beleuchtet sein müssen. Von Lautzeichen der Lokomotive hat Raimwald nichts gehört, aber wenn darin die einzige Sicherheit bestehen sollte, so dürfte es in den meisten Fällen schon zu spät sein oder das Pferd könnte plötzlich erschrecken, und alles Wänter würde nichts nützen. Hier tragen offenbar wieder die sehr mangelhaften Einrichtungen die Schuld, und alle Bemühungen, eine Person für das geschehene Unglück verantwortlich zu machen, können darüber nicht hinwegtäuschen.

Das Befinden des Schächtermeisters Raimwald hat sich gebessert, er liegt zu Bett und steht unter ärztlicher Obhut. Bis Donnerstag abend war er noch nicht amtlich vernommen worden, abgesehen von seiner ersten Darstellung des Falles. Seine Tochter Grete ist unverfehrt geblieben, sein anderes Kind ist sofort gestorben. Das Befinden der kleinen Frieda des Gasarbeiters Arndt ist sehr schlecht. Das Leben verloren haben oder nachträglich gestorben sind die folgenden Personen: Bertha Henschel, Frh Ränigow, Hans Raimwald, Max Konrad, Erich Konrad. Die Zustände auf der Liebenwalder Kleinbahn sind schon oft Gegenstand lebhafter Klagen gewesen. Einen erneuten Beitrag liefert folgende Zuschrift, die wir aus Reinickendorf erhalten: „Ich fahre seit fünf Jahren jeden Sonntag nach Schildow. Was ich da bisher erlebt habe, spottet jeder Beschreibung. Wegen ohne Licht sind keine Seltenheit. Die Bahnhöfe sind mangelhaft beleuchtet, daß der Zugführer außerstande ist, den Zug zu übersehen. Es wäre der Unglücksfall, der am Sonntag abend einer Frau das Leben kostete, nicht passiert, wenn nicht solche Zustände herrschten. Die Plattformen der Wagen waren nicht erleuchtet, so daß auch ich fehltrat. Auf Bahnhof Schildow stehen die letzten Wagen des Zuges immer im Dunkeln, wenn nicht Mondschein ist. Geradezu empörend war es am 8. Oktober. Die Plattformen des Zuges 7.8 Uhr von Schildow nach Reinickendorf waren so erdrückend voll, daß man sich entsetzen mußte, wie hier mit Menschenleben gespielt wird; fogar Frauen mit Kindern auf dem Arm waren mit eingedrängt. Der nächste Zug geht erst um 9 Uhr. Es fühlte sich die Verwaltung nicht genügt, Vorkehrungen zur Beförderung des Publikums zu treffen. Diese Vorfälle sind keine Seltenheit, sie wiederholen sich im Sommer fast jeden Sonntag. Der Abort auf dem Bahnhof Schildow ist fast immer ohne Licht. Der Stationsvorsteher meint, er bekommt kein Petroleum. Was ich hier angeführt habe, ist nur ein kleiner Teil der Uebelstände, die wirklich existieren, und das bei einem Fahrgehd, welches dreimal so hoch ist als bei den Vorortbahnen.“

Mit dem Verkauf des Tempelhofer Feldes, soweit dies für militärische Zwecke entbehrlich ist und der Bebauung erschlossen werden soll, ist bereits begonnen worden. Die erste Käuferin militärischen Terrains ist, wie verlautet, die Schultheiß-Bräuerei, deren Etablissement bekanntlich zwischen dem südlichen Teile des Tempelhofer Feldes und dem Viktoriapark belegen sind. Das diesen

Anlagen vorgelagerte Terrain des Paradesfeldes südlich bis zur Dreibundstraße hat das Kriegsministerium zum Preise von rund 1 1/2 Millionen Mark an die Schultheiß-Bräuerei verkauft. Diese vergrößert dadurch ihren alten, umfangreichen Besitz am Kreuzberg um noch weitere 15 000 Quadratmeter.

Der neue Bahnhof Heerstraße zwischen Charlottenburg und Spandau ist bereits in dem neuen Fahrplan aufgenommen und wird voraussichtlich am 1. November dem öffentlichen Verkehr übergeben werden. Der neue Bahnhof ist im wesentlichen fertig gestellt und es wird gegenwärtig an der inneren Einrichtung desselben gearbeitet. Der Bahnsteig befindet sich an dem Einschnitt an der linken Seite der Heerstraße, von welcher eine Treppe den Zugang zu den Gängen vermittelt. Das prächtige Bahnhofgebäude, in welchem die Schalterräume, Dienstwohnungen und Stationsbüros sich befinden, liegt mit der Front an dem neuen Stationszuge. Die Fahrzeit wird durch die Einfügung der neuen Station nicht verändert. Sie beträgt von Charlottenburg bis Heerstraße 7 Minuten und von Heerstraße bis Spandau 8 Minuten.

Hausbesitzer und Polizei. Der Hausbesitzerverein „Süden“ hatte das Polizeipräsidium ersucht, die Polizeirevierverordnungen anzuweisen, der vom Vermieter oder dessen Stellvertreter von ihnen nachgesuchten Hilfe durch Abordnen eines Schuttmanns im Falle des sogenannten Mieters eines Mieters zu entsprechen, um dadurch die Fortschaffung der Mobilität zu verhindern, auch die Schulden anzuweisen, wenn sie zur ungewöhnlichen Tageszeit einen Mieter bei der straßbaren Handlung des Mieters betreffen, von Amts wegen einzuschreiten. Darauf erhielt der Hausbesitzerverein „Süden“ vom Polizeipräsidium den Bescheid, daß die Polizeireviere bereits nach den bestehenden Bestimmungen verpflichtet sind, dem Besuche eines Vermieters um Weisand bei Ausübung seines Pfandes oder Zurückbehaltungsrechts an den eingetragenen Sachen des Mieters insoweit Folge zu leisten, als die Sachen sich innerhalb des Besitzums des Vermieters befinden. Die Grenze des Besitzums bildet hierbei die Straßenfluchtlinie. Diese Hilfeleistung bezieht sich auf den persönlichen Schutz des Vermieters oder seines Stellvertreters gegen jede gewalttätige Beeinträchtigung seines angeblichen Rechts durch den abziehenden Mieter oder seine Helfershelfer. Dagegen steht der Polizei nicht die Befugnis zu, durch eigenes Eingreifen die Entfernung der Sachen seitens des Mieters zu verhindern, da es sich hierbei um private Rechtsverhältnisse handelt. Es ist natürlich Pflicht der Polizei, auf alle Ereignisse zu achten, die aus rechtswidrigem Verhalten schließen lassen. Jedoch Wahrung berechtigter Interessen der Vermieter bin ich daher bereit, die in Betracht kommenden Dienststellen anzuweisen, daß sie auf alles auffallende und verdächtige Fortschaffen von Sachen aus den Häusern achten und, falls der Hauswirt oder sein Stellvertreter, Portier oder dergl., ohne Schwierigkeit erreichbar ist, diesen aufmerksam zu machen. Sollte der Verein auf eine Anweisung in diesem Sinne Wert legen, so sehe ich einer entsprechenden Mitteilung entgegen.

Diese Anweisung ist den Polizeiorganen Berlins zur Befolgung zugegangen.

Wir meinen im Gegenzug zu dem diese Antwort erteilten Vertreter des Polizeipräsidiums, daß es nicht Aufgabe der Polizei ist, den Hausbesitzern in vorliegenden Fällen zu Diensten zu stehen. Eher ist es angebracht, daß Mietern Schutz gegen Uebergriffe der Hausbesitzer gewährt werde.

Biel erörtert wieder in bürgerlichen Blättern seit Wochen die Tatsache, daß die bekannte Schauspielerin Hedwig Wangel plötzlich der Wälsche Ballet gelagt hat und in das Lager der Heilsarmee gesüchtet sei. Die Dame habe angegeben, daß sie einen Abscheu vor der Wälsche bekommen habe und ihren bisherigen Verus an den Nagel hängen wolle. Dann wußten die Blätter zu berichten, daß ein früherer Heilsarmeeoffizier die Künstlerin auf einer Fahrt zwischen Frankfurt a. M. und Berlin „erwischt“ habe und seit der Zeit einen unheilvollen Einfluß auf die Künstlerin ausübe, um sie zur Scheidung von ihrem Gatten zu bewegen. Wir meinen, daß die Privatverhältnisse der Künstlerin niemanden etwas angehen und finden das Verhalten der bürgerlichen Presse geradezu widerlich.

Wegen Zuspätkommens kommen die Chauffeurs vielfach mit der Polizei und den Gerichten in Konflikt, aber wie offen zugegeben werden muß, erfolgen Anzeigen in vielen Fällen zu unrecht. Das zeigte sich wieder kürzlich gelegentlich einer Verhandlung vor dem Schöffengericht. Der Chauffeur J. postierte die Rauch- und Hühnerstraße. Hinter ihm her kam ein Privatautomobil, in welchem eine Dame saß, die ängstlich geworden war, weil der Chauffeur kurz stoppen mußte, um nicht anzufahren. Daraufhin erfolgte Anzeige wegen Zuspätkommens. Nun läßt sich das gar nicht so ohne weiteres behaupten, ob ein Chauffeur die ihm vorgeschriebene Schnelligkeit überschritten hat oder nicht. Aber der Führer des Privatautos behauptet, daß der Chauffeur 25 Kilometer gefahren sei. Das Gericht verurteilte daraufhin den J. 40 M. Strafe zu zahlen.

Betriebshörung auf der Hochbahn. Am Donnerstagabend nach 10 Uhr entstand durch elektrischen Kurzschluss im Lichtkabel der Hochbahn an der Wälsche Straße eine längere Betriebsstörung zwischen Warschauer Brücke und Wälschestraße. Das Starkstromkabel mußte mit Rücksicht auf die Gefahr für die Fahrgäste ausgeschaltet werden. Die alarmierte Feuerwehre erschien mit dem 9. Löschzuge aus der Schöneberger Straße. Ueber einen Stedleitergang und vom Bahnhof Wälschebrücke aus näherte man sich der Unfallstätte, wo die sogenannte Kabelbrücke in geringer Ausdehnung in Brand geraten war. Die Gefahr konnte bald beseitigt werden. Um 11 Uhr rückte die Feuerwehre wieder ab. Die Fahrgäste der auf der Strecke liegegebliebenen Wälsche hatten schon vorher die Hochbahn ohne Unfall verlassen. Nach Ausbesserung des Kabels wurde gegen Mitternacht der Betrieb wieder aufgenommen. Die Störung im Betrieb wurde unliebsam empfunden. Am Halleschen Tor warteten allein mehrere hundert Personen ständig auf Beförderung.

Drei schwere Straßenbahnunfälle auf dem Potsdamer Platz. Nicht weniger als drei Unglücksfälle haben sich gestern nachmittags auf dem Potsdamer Platz zugetragen. In allen Fällen handelt es sich um junge Radfahrer, die im Straßenbahnbetriebe verunglückt sind. So wurde der Boge Paul Mann, der am „Habsburger Hof“ angestellt ist, von einem Straßenbahnwagen überfahren und so schwer verletzt, daß er in bedenklichem Zustande nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden mußte. W. wurde in dem Augenblick, als er über den Platz fuhr, so heftig von einem Notortwagen angefahren, daß er mit dem Nabe stürzte und überfahren wurde. Dem Bedauernswerten wurde der Brustkasten eingedrückt. Nachdem er auf der Rettungswache in der Köthener Straße Notverbände erhalten hatte, erfolgte seine Ueberführung nach dem Krankenhaus. — Nibel zugerichtet wurde der 22jährige Hausdiener Walter Gund aus der Lohringstraße 4. D. geriet ebenfalls beim Passieren des Potsdamer Platzes an einen Straßenbahnwagen heran und wurde von seinem Fahrrad geschleudert. Er erlitt am ganzen Körper erhebliche Hautabschürfungen und fand gleichfalls Aufnahme auf der nahen Rettungswache. Schließlich kam der Kaufmann Gregor Tominius, Dragonerstr. 15 wohnhaft, auf dem Potsdamer Platz mit dem Nabe zu Fall und wurde von einem vorüberkommenden Straßenbahnwagen nicht unerheblich verletzt.

Ein tragisches Ende fand am Freitagmittag der Knischer Witz. W a j, der längere Zeit bei dem Schächtermeister Zees in der Reinickendorfer Str. 40 in Stellung war, kurz vor seinem Geburtstage und seiner Hochzeit hatte W. in der Prinz-Louis-Ferdinand-Straße zu tun. Im Begriff seinen eigenen Wagen zu bestiegen, schaute das junge feurige Pferd, ging durch und rannte gegen einen elektrischen Straßenbahnwagen. Nach geriet dabei unter seinen

eigenen Wagen, der ihm über Kopf und Brust ging. Der Schwerverletzte wurde sofort nach der Königl. Klinik in der Hiegelstraße gebracht. Als seine aus Ziegel herbei eilende, von der Schreckensbotschaft überraschte Braut in der Klinik ankam, war N. schon tot.

Eis Tage tot in seiner Wohnung gelegen hat der 34 Jahre alte Keller Wilhelm Mingwitz aus der Vorjägerstr. 25. Der Mann bewohnte hier mit einem anderen Keller zusammen im Hofe zwei Stuben und Küche. Vor 14 Tagen verzeigte sein Wohnungsgenosse, um außerhalb Berlins zu arbeiten. Seitdem hat man Mingwitz nicht mehr gesehen. Es kümmerte sich auch niemand um die beiden Männer, weil sie sich ihre Wirtschaft allein besorgten. Als nun gestern abend um 7^{1/2} Uhr der Verzeigte zurückkehrte, fand er keinen Einlass, weil die Wohnung von innen verschlossen war. Er schlug eine Scheibe ein und verschaffte sich so Zutritt. Jetzt fand er Mingwitz tot im Bette liegen. Die Leiche war schon ganz schwarz und stark verwest. Ein Arzt stellte fest, daß der Mann wohl schon elf Tage tot war. Nach dem vorläufigen Gutachten des Arztes ist er wahrscheinlich an Herzschlag gestorben. Die Leiche wurde von der Revierpolizei beschlagnahmt und zur gerichtsarztlichen Untersuchung nach dem Schauhause gebracht.

Konkurrenzeröffnung im Friedrich-Wilhelmsstädtischen Schauspielhaus. Ueber das Vermögen der Friedrich-Wilhelmsstädtischen Schauspielhaus-Gesellschaft m. b. H. zu Berlin, Chausseestraße 30/31, ist, wie amtlich bekanntgegeben wird, infolge nachgewiesener Zahlungsunfähigkeit vom königlichen Amtsgericht Berlin-Mitte das Konkursverfahren eröffnet.

Ein schwieriges Rettungswerk beschäftigte am Freitagnachmittag den 15. Löschzug an der Lutherkirche. Dort war ein Pferd mit dem Wagen über die hohen Mauermauern in die Spree gestürzt. Die Feuerwehr holte das Gespann mit vieler Mühe heraus.

In der 5. Wahlfortbildungsschule, SO., Hagelbergerstr. 84, findet am Montag, 18. Oktober, 1/8 Uhr abends, ein Vortrag über: „Die physikalischen Grundlagen und Fortschritte der Luftschiffahrt und Flugtechnik“ statt, wozu auch Gäste freien Zutritt haben. Dasselbst ist in diesem Winterhalbjahr auch Gelegenheit zur Teilnahme an folgenden Kursen: Montag, 7^{1/2} Uhr abends, in Elektrizitätslehre, grundlegender Teil; Donnerstag (Gewerkschaftsabteilung) in Elektrotechnik, Installationen mit elementaren Berechnungen; Mittwoch in Chemie der Metalle und Säuren.

In einem Südringzuge der Stadtbahn ist am Sonntag, den 8. d. Mts. ein Buch mit dem Titel „Du mein Jena“ liegen gelassen worden. Im Fundbüro der Stadtbahn ist es bisher nicht abgeliefert worden. Da der Verlierer erspürlich ist, bittet derselbe, es an O. Köster, NW., Wicelstr. 88, III, abgeben zu wollen.

Vorort-Nachrichten.

Wilmerdorf.

Tragödie einer russischen Studentin. Ein geheimnisvolles Dunkel umgibt den Selbstmord der aus Warschau gebürtigen 21 Jahre alten russischen Studentin Michalina Tannenbaum, die sich gestern abend mit Cyanid vergiftete. Die Studentin wurde gestern nacht um 8 Uhr in der Wohnung des russischen Studenten Heinrich Rubinstein in der Brandenburgerstr. 8 auf dem Sofa sitzend als Leiche aufgefunden. Rubinstein, der erst gegen 8 Uhr in Begleitung eines anderen Russen in seine Wohnung zurückkehrte, benachrichtigte sofort die Polizei, die die Ueberführung der Leiche nach Feststellung des Tatbestandes in das Wilmerdorfer Leichenschauhaus anordnete. Es bedarf noch der Aufklärung, auf welche Weise Michalina Tannenbaum in die Wohnung des ihr bekannnten Studenten Rubinstein gelangt ist. Aller Wahrscheinlichkeit nach war die Studentin im Besitze von Schlüssel zu der Wohnung Rubinsteins. Die Gründe für den Selbstmord sind völlig unbekannt. Man nimmt an, daß die Selbstmörderin, die längere Zeit krankte, ihrer Krankheit wegen freiwillig aus dem Leben geschieden ist.

Rixdorf.

Der Magistrat stimmte in seiner letzten Sitzung der Errichtung eines städtischen Leichenschauschaus grundlegend zu; zur Vorbereitung der Ausführung soll eine Kommission eingesetzt werden. — Die Inanspruchnahme der Standesämter für Zwecke der Säuglingsfürsorge durch tägliche Anzeige aller Geburtsfälle an die Fürsorgestelle wurde genehmigt. — Das neue Krankenhaus in Budow soll durch eine direkte Fernsprechleitung mit der Telephonzentrale des Rathauses verbunden werden.

Eine große öffentliche Agitationsversammlung hält am 17. Oktober nachmittags 2^{1/2} Uhr in Gröplers Bürgerkassen, Bergstr. 147, die freie Jugendorganisation Rixdorfs ab. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag über „Die konfessionellen Jugendvereine und die freie Jugendorganisation“. Nach dem Vortrage freie Aussprache. Die Gegner sind hierzu eingeladen. Die organisierte Arbeiterschaft wird ersucht, ihre schulentlassenen Söhne und Töchter zu dieser Versammlung zu schicken.

Charlottenburg.

Schweres Unheil verursachte vorgestern nachmittag in der Berliner Straße das schon gewordene Pferd eines Privatwagens. Das Fuhrwerk bewegte sich in der Richtung nach dem Brandenburger Tor entlang, als das Pferd plötzlich vor dem Signal eines vorbeifahrenden Automobils scheute und durchging. Der Kutscher verlor die Herrschaft über das Tier und er, sowie sein Begleiter stürzten vom Bod. Am Riss warf sich ein Schutzmann dem fächerlosen Pferde entgegen, wurde jedoch niedergedrückt und wurde überfahren. Das Ross stürzte gleich darauf und konnte nun zum Stehen gebracht werden. Der Beamte, der erhebliche Verletzungen erlitten hatte, wurde nach dem Krankenhaus Westend übergeführt, während der Kutscher und sein Mitfahrer mit leichten Kontusionen davongekommen waren.

Lichtenberg.

Die bewerkstellenden Kommunalwohnen werfen ihre Schatten vorwärts. Der erste Bürgermeister Herr Zietzen, einige Stadträte und Stadtoberordnete laden ein zur Gründung einer Ortsgruppe des Bundes! Man denke, der Erzkönig der konservativ-liberalen Paarung bei der letzten Landtagswahl ist ein Apostel des Bundes! Es ist zum Schreien. Die andere Hälfte derselben Paarung, der Landtagsabgeordnete Schupp, ist beruflich, einer zu gründenden Ortsgruppe des „freimüthigen Wahlvereins“ Geburtsheiferdienste zu leisten. Wieder sind es Magistratsmitglied und Stadtoberordnete, die „einem tiefgeföhnten Bedürfnis“ abhelfen wollen. Wenn nun die „Reichsverbandskassale“, die noch unter dem Namen eines „Nationalen Arbeitervereins“ bestehend in einer Exdifikation ihr Leben fristet, in die öffentliche Arena treten wird, dann kann es nicht mehr lange dauern, daß alle Welt von den Lichtenberger Kommunalwohnen sprechen und mit Spannung der Nachrichten harren wird, wie man in Lichtenberg bei Berlin mit vereinten Kräften aller Staatsbehörden die Sozialdemokratie vernichtet!

Ein Kindesmord beschäftigt die hiesige Kriminalpolizei. Auf dem Schulhof in der Wöllendorferstraße wurde gestern morgen von Schülern und dem Schuldner die Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden, dem die Kehle durchgeschnitten ist. Es ist noch nicht festgestellt, wie die Leiche, die verfault war, an den Fundort gelangt ist.

Ober-Schöneweide.

Gemeindevertreterprüfung. Für die Klärung macht sich die Aufstellung einer sauberen Schlammpresse notwendig, nachdem die Aufsichtsbekörde auf eine bessere Verarbeitend der Fäkalien drängt. Die Mittel in Höhe von 11 000 M. hierzu wurden bewilligt. — Die Beschlußfassung über einen Vertrag mit den Akkumulatorenwerken zwecks Mitbenutzung der Gemeindeablage an der Kunheimstraße wurde infolge einer noch in letzter Stunde geltend gemachten Forderung der Werke ausgesetzt. Für die Vermittlung des im Feuer-

wehrgebäude eingebauten Desinfektionskanals durch andere Gemeinden wurde eine Gebührenordnung nach der Vorlage beschloffen. Bewilligt werden die Mittel zum Einbau eines Heizkessels in der ersten Gemeindefeuerwehr, und zur Vagerung des Spreuers an der Treidlowstraße. In der Kostenveranschlagung für die Ausbaggerung vor der Friseursfabrik sind Differenzen entstanden, da die Gegenseite die Verschönerung des Ufers auf den in der Nähe befindlichen Auslauf der Gemeindefeuerwehr zurückführt. Die Verlegung des Beginnes der Vertreterprüfung auf einen späteren Termin wurde abgelehnt.

Der Gesangsverein Ober-Schöneweide Liedertafel feiert heute Sonnabend in Wilhelmshof sein 11. Stiftungsfest durch Gesang und Streichkonzert. Da der Verein die Arbeiterfeste jederzeit durch seine Mitwirkung unterstützt, so ist zu wünschen, daß die Parteigenossen sich recht zahlreich daran beteiligen.

Willetis a 80 Pf. sind nur im Vorverkauf in der Parteispedition Laufener Str. 2 I zu haben.

Groß-Lichterfelde.

Ein Baumsturz ereignete sich gestern nachmittag in der Zehlendorfer Straße. Dort läßt die Firma Walpe einen Neubau ausführen, der bereits bis zur zweiten Etage gediehen ist. Als sich vier Steinträger auf der Leiter von der ersten zur zweiten Etage befanden, brach dieselbe plötzlich entzwei; alle vier Träger stürzten in die Tiefe. Einer unter ihnen, der Träger Heyner aus Teltow, Vater von sechs Kindern, erlitt einen Schädelbruch und dürfte bereits seinen Verletzungen erliegen sein. Auch die anderen drei trugen erhebliche Verletzungen davon.

Petershagen b. Frederksdorf.

Zum ersten Male ist es der Arbeiterschaft möglich, am Orte ein Vergnügen zu begeben, nachdem ihr der große Saal im Restaurant „Zum alten Dehauer“ zur Verfügung steht. Am morgigen Sonntag bezieht dort der Arbeiter-Radsportverein „Frisch auf“ ein Herbstfest. Die Arbeiterschaft wird aufgefordert, sich an demselben zu beteiligen.

Boffen.

Ein Unfall ereignete sich am Donnerstag in der Marktstraße 4. Dort war der Dachbeder Strud mit der Reparatur des Daches beschäftigt, als er plötzlich schlief und herunterspritzte. Wie man uns berichtet, hat der Verletzte fast eine halbe Stunde unter Schmerzen im Gansturz liegen müssen, weil kein Krankenwagen erschien. Man schleppte den Verletzten schließlich mittels Tragbahre nach dem Krankenhaus. Herr Trzonat, dem der Krankentransport obliegt, soll augenblicklich nicht das nötige Gespann zur Verfügung gehabt haben, um den Transport bewerkstelligen zu können.

Das dürfte allerdings nicht vorzukommen. Denn ebenso gut könnte bei Feuergefahr die freiwillige Feuerwehr erheblich aufgehoben und somit an einem dringenden Rettungswerk gehindert werden. Es wird notwendig sein, daß die Stadtverordnetenversammlung sich einmal mit diesem Falle beschäftigt.

Friedrichsfelde.

Genosse Hutter schickt uns als Schriftführer des Wahlvereins auf die Verichtigung des Genossen Kohl gleichfalls eine längere Erklärung, in der er zum Ausdruck bringt, daß er den Eindruck gehabt habe, Genosse Kohl sei in seinen längeren Ausführungen für ein Bündnis mit den Freimüthigen eingetreten und auch den Vorschlag gutgeheißen habe. Dies anzunehmen habe er um so mehr Veranlassung gehabt, als Genosse Ledermann in längeren Ausführungen gegen Kohl polemisiert und betont habe, daß er, Kohl, den Freisinn zu hoch einschätze. Sollten jedoch die Ausführungen des Genossen Kohl einen anderen als den im Versammlungsbericht zum Ausdruck gebrachten Sinn gehabt haben, so sei er, Hutter, selbstverständlich auch gern bereit, die Verichtigung Kohl als wohl anzuerkennen.

Von Strophen überfallen und schwer verletzt wurde gestern abend der etwa 65 Jahre alte Bauwächter Meledusch, Luisenstr. 11 wohnhaft. Der alte Mann unterlagte auf dem Neubau Wäldersee-straße Ecke Brinzenallee jungen Vurschen das Umherwerfen mit Bausteinen in höflichem Tone. Sofort schlugen die Knodds auf den Wächter ein und verhielten sich hierauf. Er wurde später von einem anderen Bauwächter bewußlos aufgefunden. Ein hinzugerufener Arzt ordnete die Ueberführung des Verletzten nach seiner Wohnung an. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Sichwalde.

Endlich, nach zirka sieben Monaten ist die Wahl unseres Genossen K i r i g als Gemeindevertreter der dritten Klasse vom Kreisaußschuß für gültig erklärt und die Gemeinde zur Tragung der Kosten verurteilt worden. Es wird wohl nun dem Herrn Referendar und Gemeindevorsteher Nachring, auf dessen „juristischen“ Antrag die Gemeindevertretung die Wahl läßt hat, nichts anderes übrig bleiben, als unseren Genossen als ersten Schritt in dem Kampfe einzuführen. Sollten jedoch die Herren noch weiter gewillt sein, den Gemeindefiskus durch aussichtsloses Prozessieren zu erleichtern, so kann es uns recht sein; wir werden dann nicht verfehlen, dieses Gebaren vor den Eichwalder Steuerzahlern zu beleuchten.

Weihensee.

Eine neue Zeitung wird in den nächsten Tagen das Licht der Welt erblicken. Ganz im geheimen arbeitet man an dem Werk der „öffentlichen Meinung“. Die hier bestehende Antipresse hat es mit dem Hausbesitzerverein verboden. Schon seit zwei Monaten hat der verantwortliche Redakteur keinen Zutritt zu den Versammlungen der Hausbesitzer, weil die Protestler gegen die Grundsteuer ihre Interessen in dem Blatt nicht genügend gewürdigt fanden. Das neue Blatt soll die Maßnahmen des Gemeindevorstandes und der Gemeindevertretung ganz besonders unter die Lupe nehmen. An der Spitze des Unternehmens steht der Vorsitzende des Hausbesitzervereins, Direktor einer Terrangengesellschaft und Gemeindevertreter König, den man allerdings erst ablegen wollte, nachdem er aber reumüthig versprach, seinen Standpunkt zugunsten der Hausbesitzer in der Gemeindevertretung zu ändern, ließ er sich ein Vertrauensvotum ausstellen. Die neue Zeitung sollte bereits am 1. Oktober erscheinen, leider fehlten die Gelder, denn in Geldangelegenheiten hört bei den hiesigen Hausbesitzern der Spas auch auf; jetzt soll nun ein kapitalkräftiger Bruder gefunden worden sein. Wenn nur das neue Unternehmen nicht allzu früh dasselbe Schicksal ereilt, wie seinerzeit die „Bürgerpost“.

Reinickendorf.

Ein verhängnisvoller Zusammenstoß zwischen zwei Radfahrern fand gestern morgen 1/7 Uhr in der Schornweberstraße statt. Der Monteur Wolf aus Vorfigwalde fuhr auf einem Zweirad den genannten Strahenzug entlang, als an der Ecke der Schillingstraße ein anderer, leider unbekannt gebliebener Radfahrer in kürzesten Tempo um die Ecke bog und gegen die Maschine des W. anfuhr. Der Anprall erfolgte mit solcher Gewalt, daß W. ungerissen und auf das Strahenzuggleis geschleudert wurde, auf dem in diesem Augenblick ein Strahenzug der Linie 26 herankam. Dem Führer des letzteren war es unmöglich, den Zug sofort zum Stehen zu bringen und so geriet der Monteur unter die Vorderplattform des Kraftwagens, blieb vor dem Schutze liegen und wurde eine Strecke weit mitgeschleift. Wolf, der durch den Sturz eine schwere Kopfverletzung und anscheinend auch lebensgefährliche innere Verletzungen erlitten hatte, wurde in besinnungslosem Zustande nach dem Paul-Berhardi-Stift übergeführt.

Vorfigwalde-Wittenau.

Das Opfer eines übereifrigen Gendarmen wurde vor mehreren Tagen ein bei Vorfing beschäftigter Arbeiter. Kurz nach Feierabend begab sich der Arbeiter in der Schuberstraße, wofelbst sich seine Wohnung befindet, zum Barbier und von hier in das daneben liegende Schanklokal. Raum hatte er sich jedoch niedergelassen, als auch schon ein Gendarm das Lokal betrat, den Arbeiter am Arm

packte und ihn hinausbeförderte. Der so plötzlich Arrretierte frug verwundert, was denn vorgefallen sei, daß er in dieser Weise behandelt werde; hierauf wurde ihm die Antwort, daß er angeben solle, wo die zwei Stroiche geblieben seien. Da der Arbeiter sich nichts bedauert war, konnte er natürlich auch nichts sagen. Dessen ungeachtet, so berichtet uns der Arbeiter, soll er von dem Beamten noch längere Zeit in gerade nicht schonender Weise behandelt worden sein. Erst nach einer Weile, nachdem der Beamte wohl einsah, daß er einen falschen Griff gemacht hatte, sei er losgelassen worden. Der Arbeiter hat sich beschwerdeführend an den Wittenauer Amtsvorsteher gewandt, derselbe hat ihn zwar hinbestellt, doch konnte der Arbeiter den Amtsvorsteher bisher nicht antreffen, um sich über den Beamten zu beschweren.

Wir sind der Meinung, daß der Beamte sich erst vergewissern müßte, ob er in dem Arrestanten einen eines Vergehens Schuldigen vor sich hatte, ehe er in so verletzender Form vorging. Das konnte um so leichter geschehen, weil ja der Arbeiter im Nebenhaus, Schuberstr. 83, seine Wohnung hat. Das Publikum hat ein Recht zu beanpruchen, daß ihm von Sicherheitsbeamten nicht in so ehrenkränkender Weise mitgespielt wird.

Notawies.

Einen Theaterabend veranstaltet der vom Gewerkschaftskartei und der Partei eingeleitete Bildungsausschuss am 17. Oktober im Restaurant Deutsche Festhalle. Es ist dem Ausschuss gelungen, eine Berliner Theatergesellschaft zu gewinnen, die das lange Jahre verbotene soziale Drama „Ausgewiesen“ zur Aufführung bringen wird. Der Eintrittspreis ist auf 50 Pf. im Vorverkauf, an der Abendkasse auf 60 Pf. festgesetzt, so daß es auch den Arbeitern möglich ist, daran teilzunehmen. Der Eintrittspreis für die dem Jugendverein angeschlossenen jugendlichen Arbeiter beträgt 40 Pf., diese Karten sind nur bei dem Obmann des Jugendausschusses zu haben.

Vermischtes.

Auf der Suche nach dem Eisinger Raubmörder. Die Hoffnung, daß der in Stargard in Preußen verhaftete Mann der Eisinger Raubmörder Stolze sei, hat sich zerfallen. Der Fremde, der sich den Namen Raminoff beilegte, hatte in einer Wirtschaft das Klavier gestimmt. Während sich die Gäste von dem Raubmord unterhielten, verschwand er plötzlich. Dies erregte Aufsehen und man benachrichtigte sofort die Polizei. Es wurde festgestellt, daß Raminoff auf seinem Rade in das Nachbarort gefahren war. Dort wurde er verhaftet. Er gab an, daß er mit dem Morde nichts zu tun, und daß er sich das Rad bei einem Fahrradhändler in Stargard gefahren habe. Diese Angabe erwies sich als richtig. Trotzdem wird er vorläufig noch in Haft gehalten, bis von der Staatsanwaltschaft in Danzig die nötigen Weisungen eingetroffen sind. Unter der Stargarder Bevölkerung herrscht wegen der Eisinger Raubmordaffäre große Aufregung.

Mord und Selbstmord. Wie aus Moritzburg gemeldet wird, hat vorgestern abend 11 Uhr der 55jährige, beim Professor Dr. Kattner in Diensten stehende Hausmann Jakob dem dort gleichfalls bediensteten 16jährigen Hausmädchen Schröder, Tochter des Moritzburger Schlosswärters, mit einem Küchenmesser die Kehle durchgeschnitten, weil das Mädchen seinen Anträgen beharrlichen Widerstand entgegensetzte. Nach der Mordtat entließ er sich selbst, indem er sich ebenfalls die Kehle durchschnitt.

In der Grube verunglückt. Auf einem Hochofen der Henrichshütte schlug, wie aus Hattingen a. d. Ruhr berichtet wird, ein Förderort um, wodurch ein Obermeister einen Schädelbruch erlitt, der sofort den Tod herbeiführte. Ein Schloffer erlitt einen Einbruch und eine leichte Kopfverletzung; er wurde in das Krankenhaus gebracht.

Unfall des Aviatikers Nischt. Einer Meldung aus Jurbich zufolge stürzte gestern nachmittag auf dem Flugplatz Fort-aviation der Aviatiker Nischt aus 5 Meter Höhe zur Erde. Er brühte ein Auge ein und brach den linken Schenkel.

Nach späteren Meldungen haben sich die Verletzungen an Nischt als weniger schwer herausgestellt. Sie beschränken sich auf Kontusionen und auf die ernste Verletzung eines Auges, das jedoch nicht verloren ist.

Folgschwerer Kuppelsturz einer Moskauer. Einer Meldung aus Alexandria zufolge ist gestern in Mansurah die Kuppel einer Moschee eingestürzt. Acht Eingeborene wurden getötet, 18 verwundet.

Wirbelwind in den Vereinigten Staaten.

Memphis. Das westliche Tennessee ist gestern durch einen Tornado heimgesucht worden, bei dem verschiedene Personen umlamen; viele Personen wurden verletzt und mehrere Ortschaften zerstört.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 17. Oktober, vormittags 9 Uhr, in der Halle Pappelallee 16/17: Freireligiöse Vorlesung. 11 Uhr in der Schule, Kleine Franzfurter Str. 6: Vortrag des Herrn W. D. Dange über: „Das Unzuchtungsproblem und seine Lösungsmittel“. Herren und Damen sind als Gäste sehr willkommen.

Zentralverband der freien Händler, Hausierer und verwandten Berufsgruppen Deutschlands. Sitz Essen. (Verwaltungsstelle Berlin). Heute abend 8^{1/2} Uhr bei Dräsel, Neue Friedrichstraße 35: Generalversammlung.

Pantow. Heute Sonnabend, den 16. Oktober, findet beim Genossen Schumann, Biorastr. 7, eine Versammlung der Freien Jugendorganisation statt. Vortrag des Genossen Künstler über: „Die Volkserhebung in Tirol im Jahre 1809“.

Witterungsbericht vom 15. Oktober 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. Luft	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. Luft
Schwetmbe.	764	SW	4	wolkig	10	Dapontaba	750	SW	4	bedeckt	9
Hannburg	763	SW	5	wolkig	10	Petersburg	767	SW	1	halb bd.	9
Berlin	765	SW	2	wolkig	9	Selby	758	SW	5	bedeckt	13
Frankfurt	768	SW	5	Webel	6	Werten	741	SW	1	wolkig	8
München	769	SW	2	bedeckt	9	Paris	767	SW	2	wolkig	6
Wien	768	SW	2	bedeckt	12						

Wetterprognose für Sonnabend, den 16. Oktober 1909.

Gleitsch 131, vieloch kelter, jedoch unabhängig mit einzelnen Regenschauern und sehr leichten südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten			
Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.			
Wasserstand	am 14. 10.	am 13. 10.	am 12. 10.
Bregel, Mühl	100	+1	126
Bregel, Mühlberg	-35	+2	51
Beichel, Thom	44	-4	44
Dber., Rathor	134	-10	70
Krossen	107	+19	69
Frankfurt	91	+4	18
Wartbe, Schumm	22	+4	68
Landenberg	-10	0	476
Rehe, Borkamm	-14	+2	267
Eibe, Zeitmeitz	8	-10	312
Dresden	-15	+6	64
Darby	194	+4	134
Wagdeburg	117	+4	123

9 + bedeutet Hoch. — Tal. —) Unterpegel.

Abzählungsgeschäfte

Credit-Haus Moabit Turnstraße 55, Ecke Waldstraße gewährt jedem bei spielend leichter An- und Abzahlung mehrjährigen Kredit auf Waren und Möbel.

Credithaus Gebr. Weber, Neue Königstr. 58, Spandau, Potsdamerstr. 23 I.

Rosenheimer, M. Schöneberg, Colonnadenstr. 9 am Ringbahn. Weber, Herm., Danzigerstr. 73 I.

Alkoholfreie Getränke Krüger, E., G. m. b. H., Hohenstr. 28.

Bäckereien, Konditoreien Göken, Brotsfabr., Pappellallee, Hof.

Oskar Hanke's Brotbäckerei 75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins und in Rixdorf. Gegründet 1892.

Hankes Brotbäckerei Inh.: Paul Hanke. Läden in allen Stadtteilen.

Ulbrich Charlottenburg, 20 Filialen.

Badenanstalten Augusta-Bad, Köpenicker Str. 60/61.

Bandagen, Gummiwaren Lange, A. E., Brunnenstr. 167.

Wende, A., Turmstr. 54, Optiker. Zimmermann, Rich., gr. Frkf. Str. 112.

Beordigungsanst., Sargm. Fuchs, Paul, Frankfurter Allee 143.

Beleucht.-Gegenstände Maer, A., Danzigerstr. 96.

Schramm, H., Rixdorf, Richardstr. 118.

Berufskleidung Garderoben, Nordstern, Brunnenstr. 119.

Graff & Heyn, Rixdorf, Bergstr. 47.

Wilh. Scholem Kottbuserdamm 94, Keller.

Schuch, M., Rixdorf, Berlinerstr. 13.

Bierbrauereien, Bierhdlg. Bergstr. 22.

Bergbrauerei Feinstes Doppelbier Tel. III, 1412.

Patzenhofer Brauerei Die Patzenhofer Flaschenblere sind in allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Berliner Bock-Brauerei Berliner Weißbier-Brauerei, Carl Richter, Berlin, Daldorf, St. 13, T. 1960.

BORUSSIA

Brauerei „Germania“ Actien-Gesellschaft. In ca. 100 eig. Ausschanklokale. 1/10 L. Bairisch 10 Pfg., kl. Weißer 10, gr. Weißer 20 Pfg.

Groterjans Malzbier. Hempel, E., Müllerstr. 139d.

Richter & Co., J. C. A. Westbierbrauerei, Berlin O 54, Tel. III, 1517.

Spandauerberg-Brauerei, Westend. Stauch, Christian, Weiß- u. Malzbierbrauerei, Wildenowstr. 4, Tel. II, 1885.

Vereins-Brauerei Rixdorf Berliner Kindl. Butter, Eier, Käse

Cacao, Chocolate Beer, Gust., Möllerstr. 154.

Cylix, G., Filialen in allen Stadtteilen.

Cigarrenhandlungen Adelt, A. G., Müllerstr. 12.

Böckmann, J., Rixdorf, Bergstr. 156/157.

Damenkonfektion Hugo Ahronfeld, Gr. Frankf. Str. 117, Badstr. 32.

Dressel, Paul, Brunnenstr. 57.

Paul Loewenthal Rosenthaler Straße 16/17.

Wagner, P., Rixdorf, Bergstr. 47.

Drogen u. Farben Centr.-Drog., Spand., Neumeldarstr. 5.

Schramm, H., Rixdorf, Richardstr. 118.

Eisen- u. Stahlw., Waffen Ain, O., Ri., Kaiser-Friedrichstr. 6.

Kiessling, G., Rixdorf, Bergstr. 22.

Kniesch, A., Berlin 80, Skalitzerstr. 46 B.

Wolff, Carl, Turmstr. 59.

Fahrrad-Haus „Frisch auf“ Brunnenstr. 35, Kottbuserdamm 9.

Fahrrad-Müller, Frankf. Allee 19.

Hausbier, Willy, Alte Jacobstr. 93.

Hoppe, Lothringenstr. 40.

Kröger, Rich., Köpenickerstr. 47a.

Leopold & Schulz, Danzigerstr. 23.

Litauer, Verbr., Wilke, Ri., Kaiser-Friedr.-Str. 47.

Pehle, Reinhold, Schöneb., Hauptstr. 105.

Röpke, G. H., Hohenzollernplatz 15. Rund um Berlin, Rosenthaler Straße 33.

Färberereien, Wäschereien Berliner Dampf-Wäscherei, Fritz Hering, Neue Königstr. 84.

Naefe Fbr. Britz Rödowerstr. 34. Rixd. Kais. Frdr.-Str. 195.

Fischhandlungen Winkler & Barthold, Rixdorf, Bergstr. 5 u. 27.

Fleischereien u. Wurstw. Biesold, K., Ri., Hermannstr. 147.

Wurst, Speck, Schinken Anton Fehlau, Genthardstr. Stadtbahnhofen Ecke Königstr. 98.

Gelegenheitskäufe Fehlow, H., Turmstr. 73.

Grammophone, Sprechm. Becker, W., Wilmersdorferstr. 127, I.

Hoyer, A., Bergstr. 169 I.

Pietsch, Hugo, Spezialgesch. Röpke, Carl, Pörschke-Str. 4, Frkf. Allee 87.

Haus- u. Küchengeräte Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119.

Kleber-Schreiber Knebel, Emil, Brunnenstr. 178.

Sandow, Rud., Rixdorf, Lampen.

Schreiber, Ad., Rixdorf, Bergstr. 143.

Horren-Artikel Brocks, J., Müllerstr. 129, 4, Rab.

Nöring, Otto, Su. 53, Warschauer Str. 21.

Mahnke, Adolf, Hölle u. Schirme.

Sprengel, A., Wiesenerstr. 14 B.

Herren- u. Knaben Gard. Amerikanische Verkaufshallen, Frankf. Allee 196.

Ringel Sie kaufen real auch nach Maß. 31. Chaussee 31.

Rosner, Max, Schneidermeister, Rixd., Bergstr. 20/21.

Schneidm. u. Stoffe Priester, A., Gr. Frankf. Str. 40.

Hüte, Mützen u. Pelzw. Bazar Brunnen, Brunnenstraße 60.

Beise, Red., Chaussee 66. Casper, Ed., Rixdorf, Bergstr. 139.

Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119.

Haase, Rich., Kastanien-Allee 35. Jacob, Oskar, Schönhauser Allee 104.

Krüger, Otto, Müllerstr. 174.

Löber, Wilh., Allee 103.

Mandel's Hutfabrik, Frankfurter Chaussee 3.

Rieck, Em., Badstr. 64.

Vester, E., Kottbuscher Damm 18/19.

Wancke, Ernst, Brückenstr. 33.

Kaufhäuser Kaufhaus Gustav Pinkus, Müllerstr. 163 a.

Kaufhaus Gebr. Preuß, Berl. NW, Bunsenstr. 10.

Loebell, L., Kohlenb., Wedding.

Kolonialwaren Barz, Wilh., NO, Weberstr. 5.

Heinrich, R., Rixdorf, Bergstr. 25/26.

Michaelis, Paul, in Nord-Berlin.

Korbwaren, Kinderwagen Korn, Paul, Bunsenstr. 67.

Krankenbedarfsartikel Fischer, Wilh., N, Swinemünd. St. 116.

Manufakturwaren Belwe Nefl., Otto, Turmstr. 50.

Mehlhandlungen Adler, M., Kolonialw., Frkf. Allee 87.

Bethke, Georg, Muksauerstr. 44.

Borchard, G. Ri., Kaiser-Friedr.-Str. 29.

Gaegel, Otto, Frankf. Allee 188.

Grossen, Gebr., Neue Schönhauserstr. 173.

Heinrich, R., Rixdorf, Bergstr. 25/26.

Kurzleben, H., Kottb. Damm 94.

Schickman, Georg, Frankf. Allee 188.

Wioncke, O., Hohenzollernplatz 8.

Möbelmagazine Bauer, R., Landsberger Str. 91a.

Cohn, E., coul. Teilzahlung.

Gorbahn, Landsbergerstr. 82.

Hönnicke, Otto, Elksdorferstr. 30.

Lennert, Hans, Lothringenstr. 55.

Misch Möbel-Kaufhaus, Norden, Mühlstr. 121.

Möbel Krause Möbel, Kastanien-Allee 40, Fabrikgebäude.

Teilzahlung gestattet Möbel-Rosien, Allee 57.

J. Ostrowski jr., Gr. Frankf. Str. 1, am Frankf. Tor.

Neukirch, Gebr., Langestr. 9.

Schmidt, Otto, Möbelfabrik, Gartenstr. 52.

Stargard, O., Neue Königstr. 23.

Wedland, Ernst, Swinemünder Straße 131.

Molkereien „Schweizerhof“, Meierei und Mischkurausstellung.

Musikinstrumente Grunow, A., Frankfurter Allee 160.

Papier- u. Schreibwaren Friedrich, O., Ri., Hermannstr. 177.

Putz- u. Modewaren Bless, Paul, Ri., Hermannstr. 161.

Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119.

Haase, M., Rixdorf, Bergstr. 1.

Hannach, Geschw., Bergstr. 22.

Adolf Cohn jr., Gr. Frankf.-Str. 114, part. u. I. Stage.

Modenhause Wilhelm Metzner, große Frankfurter Straße 92.

Reuterhandlungen Doleschal, H., Kolonialw. 160 a.

Schirme u. Stöcke Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119.

Schuhwaren Achilles, Aug., Frankf. Allee 185.

Bornschein, H., Rixdorf, Bergstr. 128.

Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119.

Klein, A., Brunnenstr. 179.

Räsener, Lothringenstr. 66/67.

Räsener, Brunnenstr. 29.

Schroter, J., Kottbuserdamm 48.

Teppiche u. Gardinen Frankenstein & Co., Ri., Bergstr. 140.

Uhren u. Goldwaren Arlt, Erwin, Kottb. Damm 25/26.

Ebert, Otto, Huttenstraße Nr. 67.

Rudolph, H., Rixdorf, Bergstr. 152.

Schrad, Osw., Frankfurter Allee 24.

Werner, Herm., Pappel-Allee Nr. 3-4.

Wittig, Ad., Berlinerstr. 44.

Warenhäuser Brunn, Nachf., Allee 134.

A. Weiss & Co. Nachf., Schöneberg, Hauptstr. 11.

Weine u. Fruchtsäfte Hugo Beling, Flaschenverk. zu Engrospreisen.

Reins Rief, Fritz, Ri., Hermannsplatz 5.

Sello, Hermann, Fil. in allen Einzelverkauft zu Engrospreisen.

Woll- u. Wollw., Trikotasen Boeldicke, Max, Strp. u. Trikotasen.

Engel, R., Wienerstr. 33.

Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119.

Kaufhaus London, Ri., Bergstr. 67.

Raahner, C., Andreasstr. 69.

Zahnatel. u. Zahnkünstl. Beyer, R., Rixdorf, Bergstr. 132.

Hollbruch, Herm., Pankstr. 4, gegr. 1871.

Lüdecke, Franz, Großwälderstr. 21.

Wenn Sie von hartnäckigem Hautjucken befallen sind, so darf Sie, durch den übermächtigen Reiz gereizter, Arme und Beine mit den Regeln bearbeiten müssen und keinen Schlaf finden, verschafft Ihnen Dr. Kochs Kühlalbe sofort Erleichterung. Topf u. 3 Hart Berlin O.; Reichsandr.-Apoth., Große Frankfurter Str. 134; W.; Kronen-Apoth., Friedrichstr. 100; SW.; Elefant-Apothek, Leipziger Str. 74.

Herrenzimmer 100 Musterzimmer Salon und Speisezimmer Schlafzimmer Katalog gratis stehen zur gefälligen Ansicht ohne Kaufzwang bereit im Fabriklager des Tischlermeisters Julius Kiwy, Chausseestrasse 59.

So kann es kaum mehr weitergehen. Die Existenz wird immer schwieriger, Geschäft und Arbeitslosigkeit, sowie Unzufriedenheit und Steuern mehrten sich beständig. „Bilg's Zukunftsaar“ kann Wandelung schaffen. Das Werk enthält ca. 1000 Druckseiten. Preis broschiert M. 3,-, geb. M. 3,75. Zu bez. d. Bilg's Naturheilanstalt, Dresden-Neudöbel und alle Buchhandlungen. 109/117

IMK wöchentliche Teilzahlungen liefert elegante, fertige Herren-Garderoben Ersatz für Maß. Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung. Julius Fabian, Schneidermeister, Gr. Frankfurter Str. 37 II, Eingang Strausberger Platz. II. Geschäft: Turmstr. 18 nur 1. Etage, kein Laden. Besichtigung meines großen Lagers ohne Kaufzwang gern gestattet.

